

MICHAEL WENDL Erfolgreicher Streik?

Katrin Fuchs GPALS Der Traum von der Unverwundbarkeit

S

Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft



Auf der Suche nach der verlorenen Zeit



Ich möchte den Freitag kennenlernen: Sechs Wochen lang zur Probe für 10.- DM (nur Vorkasse: bar, Scheck oder Briefmarken).

Name/Vorname	 	
vaine/vorname		

PLZ/Ort

Straße

Datum/Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche beim Freitag widerrufen kann, Wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Ausgabe gekündigt, wandelt sich das Probeabo in ein reguläres Abo um.

Einsenden an: Vertrieb Freitag, PF 360 520, W-1000 Berlin 36



Weiterhin lieferbare Titel aus

SOW-Verlagsprogramm

ich bestelle:
Expl. Josef Hindels, Marxismus und Gegenwart Berlin 1985 (2. Auflage); 146 Seiten, Ladenpreis 9,- DM, für AbonnentInnen 6,- DM, bei Abnahme von min. 10 Expl. 5,- DM je Stüd
Expl.: FRAUENBILDER. Die weibliche Wirklichkeit ist anders
Hrsgg. von den JungsozialistInnen Berlin, Berlin 1986; Ergebnisse eines Fotowettbewerbs der Berliner JUSOS, 80 Seiten mit Fotos, Ladenpreis 19,80 DM, für AbonnentInnen 15,- DM.
Expl.: Kapitalistische Krise und Strategien der Euroli ken. Fragen einer sozialistischen Politik in Westeuropa Hrsgg. von Detlev Albers, Josef Cap, Jean-Pierre Chevènement und Pietro Ingrao, Berlin 1982; mit Beiträgen von AutorInnen aus der gesamten westeuropäischen Linken, 160 Seiten, Ladenpreis 21,50 DM, für AbonnentInnen 12,- DM.
Expl.: Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD
Hrsgg. vom Vorstand der JUSOS Ostwestfalen-Lippe, Berlin 1981 (2 überarbeitete Auflage); Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 5,- DM Grundlegende Positionsbestimmung von MarxistInnen in der SPD zu Beginn der 80er Jahre, anknüpfend an den marxistischen Traditione in der deutschen wie auch internationalen Sozialdemokratie.
Expl.: Linke Sozialdemokraten & bundesrepublikanische Linke. Diskussion am Beispiel der Herforder Theser Hrsgg. von Detlev Albers u.a., Berlin 1981; mit Beiträgen von Wolfga Abendroth, Rudolf Bahro, Joachim Bischoff u.a., Ladenpreis 10,80 Difür AbonnentInnen 8,- DM.
Expl.: Sozialismus der Zukunft. Grundlagen für das neue Programm der SPD Hrsgg. von Detlev Albers, Frank Heidenreich, Heinrich Lienker und Kurt Neumann, Berlin 1988; mit Beiträgen von Diether Dehm, Jürgen Egert, Katrin Fuchs u.a., 185 Seiten, Ladenpreis 17,50 DM, für Abonne tInnen 15,- DM.
Expl.: Projekt Moderner Sozialismus. 53 Thesen Hrsgg. von Susi Möbbeck, Fiete Saß und Birgit Zoerner, Ber 1989; Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 7,- DM.
In 53 Thesen formulierten marxistische Jusos in der SPD Bausteine f eine zeitgemäße Gesellschaftsanalyse und eine moderne sozialisti- sche Strategie.
Expl.: Vorwärts, rückwärts, seitwärts Das Lesebuch zur SPD-Organisationsreform Hrsgg. von Peter von Oertzen und Susi Möbbeck, Köln 1991, 190 Sten, Ladenpreis 19,80 DM
spw-Hefte 1, 3-29: Ladenpreis je 9,80 DM, für AbonnentInnen je 5,- DM. spw-Hefte 30-50:
Ladenpreis je 9,50 DM, für Abonnentlinnen je 7,50 DM. Ab spw-Heft 51:
Ladenpreis je 7,- DM, für Abonnentlnnen je 7,- DM.
Ich bestelle Expl. spw-Hefte Nr Ich zahle nach Erhalt der Rechnung (Preise zzgl. Versandko sten von 1,50 DM).
lch zahle mit Verrechnungsscheck (versandkostenfrei).
Name, Vorname
Straße
PLZ, Ort
Datum, Unterschrift

Herausgeber Herausgeberinnen: Hemz Arbrecht/Bernn Olemer Dehmi-Frankfurt M. Jurgen Egert (Berlin Katrin Fuchs (Vert: Josef Hindels † Wien Klaus Peter Kisker (Ber in Heinrich Lienker, Bielefeld; Susi Möbbeck (Bremen) Claudia Waither (Aachen, Kurt Wand (Hamburg) Kiaus-PeterWolf (Frankfurt M.) Burkharo Zimmermann (Ber in-

> Redaktion: Indo Arend Gisela Becker Birgit Zoerne

Redaktionssekretar Ralf Schmitz

Redaktions- und Verlagsanschrift: Kieler Str. 13, 5000 Kain 80 efon: 0.121.623271 Teletak -0.221.612818

spw Verlag Redaktion GmbF

Geschäftsführer Andreas Bac

Kto. Nr. 32443468. BLZ 44010046

Jahresapphhement DM 51

Wir freuen uns äber Manuskripte und Juschriften Manuskripte sollen in Maschinen schrift und mit einem ausreichenden Band

Wenn moglich i spilen Manuskripte at Jiskette mit einem Ausprückigel etert werde :MS DOS-Textverarge tungssyste

sow-Verlag Redaktion GmoH 1903

Titelfoto Stefan Hoppel Ko

Satz und Gestaltung:

Blick in die weit	1 V
Meinung	58
KOMMENTAR	

Michael Wendl: Ein erfolgreicher Streik - aber Unzufriedenheit bleibt	5
Oswald Linke: Von Liebknecht zu Lieberknecht	6
Cor Leendertse: Bildungspolitik in NRW	8
SOZIALDEMOKRATIE	

Uli Stark: Neue Farbenlehre
Detlef Umbach: Land unter in Hamburg!14
Susi Möbbeck: Landesparteitag der Bremer SPD17
Thomas Westphal: Absolute Mehrheit gewonnen - Vertrauen verloren!18
Heiko Mau: Für einen neuen Internationalismus

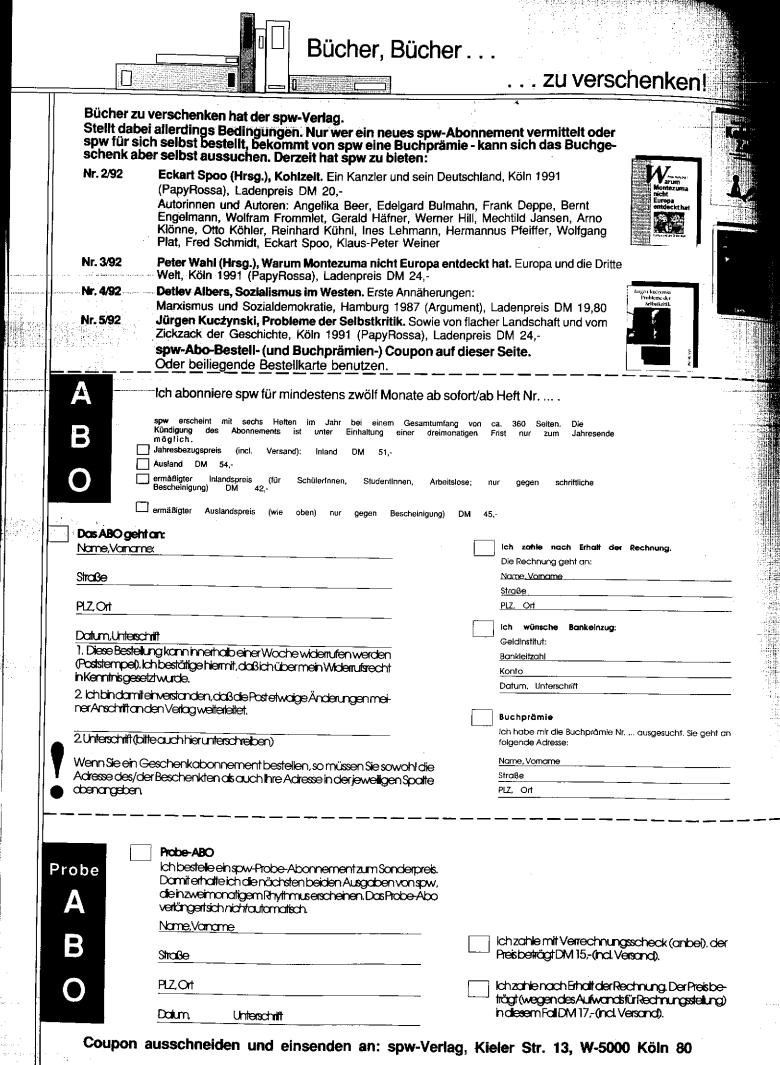
GEWERKSCHAFTEN

Uwe Kremer: Industriegewerkschaft im Strukturwandel. Ein Gespräch mit Heinz Bierbaum	20
Lorenz Schwegler: Keine Tabus gelten lassen	26 ·
Petra Frerichs: Frauen im Betrieb	31

DEBATTE

Michael Rüter: Der Erdgipfel	.35
Christoph Butterwegge: Für einen integralen Konversionsbegriff und einen regionalen Ansatz zur Rüstungskonversion)
Katrin Fuchs: GPALS. Der Traum von der Unverwundbarkeit oder die Hybris einer exklusiven Weltmacht	.44
Uta Biermann: Offene Gesellschaft mit geschlossenen Grenzen	49
Birgit Zoerner: Unregulierte Einwanderung als linke Programmatik?	52
Andreas Wöllersdorf: Öffnung der SPD im Osten	54

spw-Verlag, Kieler Str. 13, W-5000 Köln 80



erfolgreicher Streik - aber Unzufriedenheit bleibt

Michael Wendl*

Nach dem Verhandlungskompromiß vom 7. Mai - ein Ergebnis, das im Kern die ursprüngliche Schlichtungsempfehlung von 5,4% mehr Lohn und Gehalt übernimmt und nur unwesentlich modifiziert - kam das negative Votum in der 2. Urabstimmung für viele Außenstehende, aber auch für große Teile der ÖTV überraschend. Doch mit dieser Reaktion war nach einem erfolgreich durchgeführten zwölftägigen Streik zu rechnen. In der Ablehnung bündeln sich mindestens drei Faktoren:

Einmal war gerade für diejenigen, die länger gestreikt hatten, das Ergebnis unzureichend. Die Erhöhung von 5,4% brutto wird angesichts der ca. um einen Prozentpunkt niedrigeren Nettoerhöhung den Reallohn vermutlich nicht sichern. Entgegen den Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute wird die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt eher bei 5 als bei 4 Prozent liegen.

Zum zweiten hatten die Verhandlungstaktik der ÖTV und das überstürzte und über die Medien vermittelte Aussetzen des Streiks zu erheblichem Unmut bei den Betroffenen geführt. Zum dritten konnte sich bei dieser Urabstimmung die gesamte seit Jahren aufgestaute Verärgerung über die kärglichen Ergebnisse der Tarifpolitik der letzten Jahre entladen. Der Unmut der Mitglieder über die verselbständigte Tarifpolitik der ÖTV hatte sich schon in den vergangenen Jahren mehrfach deutlich gezeigt, zuletzt bei der breiten Solidarisierung, die ich nach meiner fristlosen Kündigung im vergangenen Jahr erfahren hatte. Bei den Verhandlungen hatte die ÖTV-Spitze nicht nur ignoriert, daß im Verlauf eines Arbeitskampfes der Anspruch an die Höhe des Ergebnisses steigt, sie hatte sich

Michael Wendt, stellvertretender Vorsitzender der ÖTV, Bezirk Bayern, München

mit der Annahme des Schlichterspruches vor dem Streik zunächst ein für einen längeren Arbeitskampf zu niedriges Ziel gesteckt. Spätestens nachdem dann Monika Wulf-Mathies am 1. Mai erklärt hatte, daß nach einer Woche Streik der "Schlichterspruch zu wenig" sei, wurden auch von dieser Seite die Erwartungen weiter angetrieben. Die Überraschung und gleichzeitig große Enttäuschung, mit der dieses Ergebnis von der ÖTV offiziell quittiert wurde, signalisieren ein hohes Maß an Verselbständigung des tarifpolitischen Entscheidungsprozesses vom Bewußtsein der Mehrheit der Mitglieder. Der Mitgliederprotest richtet sich gegen die politische Vernachlässigung der elementaren Fragen von Geld und Arbeitszeit. Mit der Klage über die Einkommensdifferenz zwischen den Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes und des öffentlichen Dienstes, die je nach Vergleichsmaßstab zwischen 14 und 18,5 Prozent liegt, hat die ÖTV auf dieses Problem selbst hingewiesen. Von sozialwissenschaftlicher Seite wird das tarifpolitische Defizit der ÖTV schonungslos konstatiert:

"Die Rolle des `Pattern Setters', die der öffentliche Dienst sowohl im Rahmen restriktiver Personalpolitik als auch bei der Flexibilisierung insbesondere der Befristungs- und Teilzeitpraxis spielt, korrespondiert mit seiner Rolle als 'Pattern Follower' im Bereich der quantitativen und qualitativen Tarifpolitik. Die Initiativen gehen sowohl bei der Einkommens- als auch bei der Rationalisierungsschutz- und Arbeitszeitpolitik sowie neuerdings ebenfalls bei der Qualifizierungs- bzw. betrieblichen Weiterbildungspolitik eindeutig von zentralen Branchen der Privatwirtschaft (vor allem der Metall- und Druckindustrie) aus. Die Tarifpartner des öffentlichen Dienstes nehmen diese Impulse erst mit einer deutlichen zeitlichen Verzögerung

Der mit hoher Motivation durchgeführte Streik hat deutlich gemacht, daß diese kämpferische Interessenvertretung auch schon früher möglich gewesen wäre. In diesem Frühjahr ist sie der ÖTV durch die Blockadehaltung der Arbeitgeberseite (insbesondere der Bundesregierung) aufgezwungen worden. Der Streik wurde in einer Phase beendet, in der sowohl der ÖTV als auch den öffentlichen Arbeitgebern die politische Dynamik dieser Auseinandersetzung klar wurde. Die politische Dimension des Arbeitskampfes lag einerseits darin, daß damit auch der Protest gegen die unsoziale Umverteilungspolitik der Bundesregierung

ausgedrückt wurde, andererseits war die Streikbeteiligung deutlich höher als ursprünglich konzipiert worden war.

Unmittelbar vor dem Kompromiß waren über 330.000 Beschäftigte im Arbeitskampf und diese Zahl hätte in der folgenden Woche noch gesteigert werden können. Diese politische Eskalation einer Tarifrunde war allerdings von den betreffenden Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes weder vorhergesehen noch gewollt. Sie wäre möglich geworden, wenn zwischen dem 15, und 20. Mai Arbeitskämpfe der IG Metall und IG Medien hinzugekommen wären. Für eine solche Situation jedoch gab es innerhalb der DGB-Gewerkschaften weder ein Konzept geschweige den eine politische Strategie. Jede Gewerkschaft kämpfte bzw. verhandelte in dieser Tarifrunde für sich. Unter diesen Bedingungen müssen die Ergebnisse politisch als Erfolg gewertet werden. Die Tarifauseinandersetzung hat aber nicht nur auf dieses politische Defizit der westdeutschen Gewerkschaften hingewiesen. Auch verteilungspolitisch sind die Gewerkschaften mangels einer alternativen wirtschafts- und finanzpolitischen Konzeption in der Defensive. Mit Ausnahmen bei IG Metall und IG Medien haben sich in der sozialwissenschaftlichen Politikberatung der letzten Jahre Sichtweisen durchgesetzt, die den zentralen Stellenwert einer gesamtgesellschaftlichen Beschäftigungs- und Umverteilungspolitik zwischen den Klassen in den Hintergrund gerückt und auf Umverteilungspolitik innerhalb der Klasse der abhängig Beschäftigten orientiert haben². Es zeigt sich, daß mit der Preisgabe einer klassentheoretisch orientierten Gesellschaftsanalyse auch der hohe Stellenwert der Verteilungsfrage aus dem Blickfeld gerät.

Dieser Verlust an Wirklichkeitsnähe mag bei Sozialwissenschaftlern noch angehen. Gewerkschaften hingegen, die das vernachlässigen, werden durch die reale Entwicklung auf den Boden der sozialen Tatsachen heruntergeholt, solange der interne demokratische Willensbildungsprozeß noch funktioniert. Die Urabstimmung gab dafür Gelegenheit.

 B.Keller, F.Henneberger, Privatwirtschaft und öffentlicher Dienst: Parallelen und Differenzen in den Arbeitspolitiken, in: W.Müller-Jentsch, Konfliktpartnerschaft, München-Hering 1991, S.236

2 siehe: F.Scharpf, Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt - New York 1987; J.Hoffmann u.a. (Hg.), Jenseits der Beschlußlage, Köln 1990. Zur Kritik an diesen Auffassungen: M.Wendl, Gescheiterte Anpassung, Hamburg 1988; Forum Gewerkschaften (Hg.), Angst vor den Individuen?, Hamburg 1992

Von Liebknecht zu Lieberknecht

Erneuerung der Thüringer Schule aber wie?

von Oswald Linke*

1. Das vorläufige Thüringer Bildungsgesetz

Im März 1991 wurde in Thüringen ein vorläufiges Bildungsgesetz vom Landtag beschlossen. Betrachtet man dieses Gesetz genauer, so muß man konstatieren: Zum Glück nur vorläufig.

Dieses Gesetz ist geprägt von einem Menschenbild konservativer Bildungspolitiker, die im Westen auf Grund ihrer Fähigkeiten zur 3. Garnitur zählen würden und nun an der Seite einer inkompetenten Kultusministerin Morgenluft witterten. Das einzige an diesem Gesetz, was aus Thüringen stammt, ist wohl die Unterschrift der Ministerin Lieberknecht, die im Zuge des Duchac-Sturzes in das Ministerium für Bundesrats- und Europaangelegenheiten wechselte. Dieses Ministerium wurde offensichtlich extra für sie geschaffen, da man sie auf Grund Ihrer Position in der CDU nicht fallen lassen konnte - obwohl dies vor dem Hintergrund ihrer politischen Kompetenz das Beste gewesen wäre.

So war es nicht verwunderlich, daß das dreigliedrige Schulsystem, wenn auch in einer modifizierten Form, in Thüringen eingeführt werden sollte. So sah es jedenfalls ein Referentenentwurf vor, der im Vorfeld der Diskussion um das Thüringer Bildungsgesetz vom Kultusministerium veröffentlicht wurde. Nach dessen Veröffentlichung brach unter Lehrern, Eltern und Organisationen ein Sturm der Entrüstung los, der die Thüringer Kultusministerin Lieberknecht zu der Aussage veranlaßte, daß dieser Entwurf nicht von ihr autorisiert sei und nur durch ein Versehen ihr Ministerium verlassen habe.

In Thüringen werden Hauptschule und Realschule additiv zusammengefaßt. Diese "neue Schulform" heißt in Thüringen Regelschule. Zwar betont das

Kultusministerium ständig die Möglichkeit zur integrativen Führung der Regelschule - als "eine kleine Gesamtschule" (Originalton Lieberknecht) -, legt man iedoch die Stundentafeln nebeneinander, so erkennt man, daß dies in der Praxis nicht umsetzbar ist. Es gibt ab Klasse 7 getrennte Stundentafeln für den Hauptund Realschulzweig, die ein Überwechseln von einem zum anderen Zweig nicht zulassen. So haben Schüler im Anforderungsprofil der Hauptschule in der ersten Fremdsprache 2 Stunden weniger Unterricht als ihre Mitschüler im Anforderungsprofil der Realschule. Dies ist um so bedenklicher, da es in Thüringen beim Übergang in das Gymnasium sehr

rigide Zugangsvoraussetzungen gibt. Die faktische Einführung des dreigliedrigen Schulsystems in Thüringen geschah auch gegen den Willen von Teilen der Thüringer CDU. So kam die Gesamtschule im ursprünglichen Wahlprogramm der Landes-CDU als mögliche Schulform vor, mußte aber dann auf Intervention des damaligen hessischen CDU-Kultusministers Wagner gestrichen werden. Grundgesetzartikel 23 gilt offensichtlich auch für die hessische und die Thüringer CDU?

Durch den massiven Druck der Öffentlichkeit, insbesondere durch das "Bündnis für eine neue Schule", dem neben dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft auch die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule sowie die SPD und Neues Forum/Grüne/Demokratie Jetzt angehören, konnte die Gesamtschule zunächst als Schulversuch in Thüringen ermöglicht werden.

Dieses Bündnis ist faktisch das einzige landesweite außerparlamentarische Bündnis in Thüringen, in dem SPD, Neues Forum/Grüne/Demokratie Jetzt und Gewerkschaften zusammen arbeiten. In diesem Zusammenhang läßt sich konstatieren, daß die SPD in der Bil-

dungspolitik nicht, wie in vielen anderen Politikbereichen, eine Ersatzregierung darzustellen versucht, sondern eine erfolgreiche und profilierte Oppositionspolitik betreibt.

Innerhalb einer Woche sammelte das "Bündnis für eine neue Schule" mehr als 10.000 Unterschriften gegen den Entwurf der Landesregierung eines vorläufigen Thüringer Bildungsgesetzes. Ein von der SPD-Landtagsfraktion vorgelegter Gesetzesentwurf wurde in alter Manier abgebügelt und spielte in der anschließenden Diskussion keine Rolle mehr - obwohl dieser Entwurf von seinen Inhalten her sicherlich unter der Thüringer Bevölkerung Mehrheiten gefunden hätte.

Die anhaltenden Proteste der Eltern, Lehrer und der Organisationen gegen das geplante CDU-Schulgesetz sollten durch die Gleichsetzung von Gesamtschule und "DDR-Einheitsschule" unglaubwürdig gemacht werden.

Dieser öffentliche Druck war abzusehen. Eine repräsentative Befragung von Thüringer Eltern durch Dr. Schlömerkemper von der Universität Göttingen zeigte, daß sich 42% der Eltern für Gesamtschulen aussprachen. Nur 12% der Eltern befürworteten eine Trennung der Kinder im Alter von 12 Jahren. Diese Ergebnis ist um so erstaunlicher, wenn man bedenkt, daß vorrangig Eltern aus dem Eichsfeld, das ja wegen seines sehr hohen Anteils an CDU - Wählern (bis zu 77%) bekannt ist, befragt wurden.

Daß das vorgelegte Gesetz schließlich im großen und ganzen dennoch bestätigt wurde, ist ein Musterbeispiel für die Paarung von Inkompetenz und parteipolitischer Arroganz der Macht. Wie sagte doch ein CDU-Abgeordneter zur Anhörung des Bildungsgesetzes sinngemäß: Schluß mit der Kommandopädagogik, bei uns werden die Kinder nach der 4.Klasse sortiert.

2. Die Lehrerüberprüfung

Unter Bezugnahme auf das vorläufige Bildungsgesetz sollten Lehrer wegen "fehlender persönlicher und fachlicher Eignung" aus dem Schuldienst entlassen werden. So unumstritten das Ansinnen der politischen Überprüfung auch war, so gab es doch an der Art und Weise des Überprüfungsverfahrens erhebliche, einer demokratischen politischen Kultur hohnsprechende, Mängel.

Allen Thüringer LehrerInnen wurden Personalfragebögen mit drei dazugehörigen Anlagen zugesandt, in denen reine Formalien abgefragt wurden. Um diese Fragebögen auszuwerten, wurden auf Kreisebene sogenannte "Fünfer-Kommissionen" gebildet. Diese setzten sich zusammen aus dem Schulamtsleiter, dem Vorsitzenden des Kreispersonalrates, einem zu diesem Zweck gewählten Mitglied des Kreisbildungsausschusses, einer vom Lehrerkollegium gewählten Vertrauensperson und einem von der jeweiligen Elternversammlung aus ihrer Mitte gewählten Elternvertreter. Die Eignung der LehrerInnen wurde nur angenommen, wenn vier Mitglieder der Kommission diese bejahten; bei 2 Gegenstimmen galt ein Lehrer als politisch bedenklich! Einzige Grundlage dieser Abstimmung war dabei das Vorliegen des oben genannten Personalfragebogens. Vom grünen Tisch aus wurde also, ohne klare Kriterien und ohne mündliche Anhörung, über die politische Bedenklichkeit der Thüringer LehrerInnen entschieden. Wer niemals in der SED war oder in einer anderen Massenorganisation eine höhere Funktion hatte, war fein raus. Würde man diesen Maßstab zur Beurteilung von Politikern der Regierungsparteien heranziehen, so müßten viele Mandate und Funktionen aufgegeben werden.

Fachliche Bedenklichkeit wurde in der Weiterfolge des Paragraphen 11 Abs. 3 des vorläufigen Bildungsgesetzes mit der Begründung, daß den Betroffenen die qualifizierte Ausbildung fehle, ausgesprochen. Diese Bestimmung bedeutete das Aus für alle Absolventen einzelner Bildungseinrichtungen, deren Abschluß vom Land heute nicht mehr anerkannt wird. Damit hat der Thüringer Landtag mit den Stimmen von CDU und F.D.P. sehenden Auges eine ganze Berufsgruppe aus dem Schuldienst herausgenommen und spricht ihnen, nachdem sie jahrelang ihren Dienst an Schulen getan haben, nachträglich die Eignung ab.

Das vorläufige Bildungsgesetz schafft somit im Nachhinein einen Kündigungsgrund. Spätestens an dieser Stelle stellt sich die Frage, ob dieses Vorgehen verfassungskonform ist und inwieweit dieses Bildungsgesetz in Einklang mit dem Kündigungsschutzgesetz steht.

Welche Blüten das Verfahren zur politischen Überprüfung getrieben hat, will ich an einigen Beispielen beleuchten. So rief ein Elternvertreter aus Erfurt alle Eltern seiner Schule auf, ihm "vertrauensvoll" die LehrerInnen zu benennen, die in der Vergangenheit "politischen Druck auf sie oder Ihre Kinder" ausgeübt hatten. Was dieser Elternvertreter, der in Erfurt als strenger Katholik bekannt ist, unter politischem Druck verstand und versteht, mag dahingestellt sein. Der Denunziation wurde jedenfalls

Tür und Tor geöffnet. Desweiteren wurden über die Gründe, die zur Entscheidung führten, keinerlei Protokolle geführt. Die Abstimmung selbst vollzog sich oft mit schwarzen und weißen Kugeln, die in einen Becher geworfen werden mußten. Die Kommissionsmitglieder waren dabei zur Verschwiegenheit untereinander verpflichtet. Die "bedenklichen" LehrerInnen erhielten einen Brief, in dem man Ihnen ohne weitere Begründung schrieb: "...wie Ihnen bereits mitgeteilt wurde, konnte Ihre Eignung für den Thüringer Schuldienst auf Kreisebene nicht bestätigt werden. Ihre Unterlagen legte das Schulamt dem Thüringer Kultusministerium vor. In diesen Unterlagen äußert die auf Kreisebene überprüfende Kommission wegen Ihrer Tätigkeit in der Vergangenheit Bedenken zur persönlichen Eignung." So wurden auch Lehrer-Innen als bedenklich eingestuft, von denen sattsam bekannt war, daß sie sich sehr stark in der Bürgerbewegung oder den Gewerkschaften engagierten.

Daß einige LehrerInnen ein Schreiben erhielten, in denen sie als "bedenklich" eingestuft wurden und ein Schreiben, in denen ihnen ihre "Unbedenklichkeit" mitgeteilt wurde, sei ebenso nur am Rande erwähnt wie die Tatsache, daß viele der Bedenklichkeitsschreiben kein Datum aufwiesen - ein Schelm, der Arges dabei denkt.

Protesten der GEW zur Durchführung der Lehrerüberprüfung stand die Zustimmung zur Verfahrensweise durch den Thüringer Lehrerverband gegenüber. Zweifelsohne hat die GEW mit ihrer lautstarken Kritik zusätzliche Sympathien unter den Thüringer Lehrer-

Innen gewonnen. Aber man muß sicherlich auch konstatieren, daß sich die GEW mit ihrer Forderung nach einem neuen Überprüfungsverfahren auch vor LehrerInnen gestellt hat, die berechtigt aus dem Schuldienst ausscheiden müssen. Dabei ist das Dilemma nicht zu verkennen, daß die berechtigte Kritik an dem Verfahren durch Opposition und Gewerkschaften entgegen den eigenen Intentionen in einen Verzicht auf Vergangenheitsaufarbeitung umschlagen kann, das heißt, daß Mentalitäten von LehrerInnen gestärkt wurden, die Schule als unpolitischen Hort der DDR und der Gesellschaft ansehen und die nach individueller Verantwortung am Funktionieren der DDR nicht mehr

Wie umstritten dieses Verfahren selbst unter den sogenannten Reformern der Thüringer CDU war, zeigt die Außerung des damaligen bildungspolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion, Dieter Althaus, der es als Fehler der Landespolitik bezeichnete, daß ganze Berufsgruppen pauschal verurteilt und Menschen nach ihren Tätigkeitsfeldern katalogisiert werden. Mittlerweile ist Dieter Althaus Kultusminister und kann sich offensichtlich mit seiner damaligen Argumentation gar nicht mehr anfreunden und sieht die Überprüfung der Lehrer als weitgehend erfolgreich an. Den bedenklichen Lehrern wurde von Seiten des Kultusministeriums empfohlen, sich für die Dauer des Überprüfungsverfahrens beurlauben zu lassen. Zitat Lieberknecht: "Hierfür setze ich vorerst nicht auf Anordnungen. Ich vertraue darauf, daß die Lehrkräfte die Zwiespältigkeit der Lage erkennen und aus eigenem Antrieb Entgegenkommen zur Behebung Schwierigkeiten zeigen, ohne daß dies eine Wirkung auf den Verlauf oder Ausgang des Überprüfungsverfahrens haben kann. ... Die Wirkung dieses Appells wird abgewartet. Danach wird entschieden, ob weitere Schritte erforderlich sind." Dieses "Angebot" wurde von einem Sprecher des Kultusministeriums als "goldene Brükke" bezeichnet.

In einer zweiten Stufe der Überprüfung jetzt mit mündlicher Anhörung - wurden
die bedenklichen Lehrer aufgefordert,
zu dem Überprüfungsergebnis Stellung
zu nehmen, allerdings ohne daß ihnen
die genauen Gründe ihrer Ablehnung
bekannt waren. So wurden Fragen
gestellt wie:" Sagen Sie mal, wollen Sie

Oswald Linke, Lehrer in Erfurt

nicht doch noch so ein ganz kleines bißchen Sozialismus?" oder "Was glauben Sie, warum sind Sie bedenklich?" Fragen, die einem aus der Geschichte bekannt vorkommen und die Vermutung nahe legen, daß alles, was nach sozialistischen Ideen riecht, an den Rand der Illegalität gedrängt werden soll. Von Seiten der Rechten wird hier der Versuch unternommen, Demokratie mit Antisozialismus zu identifizieren und damit die Idee des Sozialismus in den Rang der Verfassungsfeindlichkeit zu heben. Diese Entwicklung würde unweigerlich sowohl auf die SPD als

auch auf die Gewerkschaften zurückschlagen.

Nach dieser Anhörung wurde den betroffenen LehrerInnen mitgeteilt, daß allen nunmehr bedenklichen LehrerInnen ein Schreiben zugeht - für die Unbedenklichen hatte man keine Möglichkeit der Benachrichtigung vorgesehen. Das hieß, jeden Tag am Briefkasten zu hoffen. Von den 38.000 Thüringer PädagogInnen waren nach der ersten Stufe der Überprüfung 4.565 "politisch" bedenklich, nach der zweiten waren es "nur noch" 3.036 - man höre und staune.

Daß die politische Überprüfung vor allem ein Instrument des Personalabbaus war, zeigt die Tatsache, daß erst mehrere Monate nach Abschluß des Überprüfungsverfahrens die Überprüfung der Lehrer durch die Gauck-Behörde eingeleitet wurde. Aber offensichtlich reicht die Zahl der Entlassenen immer noch nicht aus, um den LehrerInnenüberhang an den Thüringer Schulen zu überwinden. Deshalb kündigte das Kultusministerium eine neue, aber wahrscheinlich nicht die letzte Runde der Überprüfung an - eine erneute fachliche Überprüfung ...

Bildungspolitik in NRW

von Cor Leendertse*

"Dies wird das Thema sein, an der sich die Zukunft der Landesregierung entscheiden wird." So ein Mitglied der Bildungspolitischen Kommission der NRW-SPD nach Abschluß der Zeitplanung für die weitere Arbeit.

"Dieses Thema" ist in diesem Fall der gesamte Komplex der Bildungspolitik, und diese wird z.Z. in NRW in ausgesprochener Heftigkeit diskutiert.

Mehr als nur Kienbaum

Dabei geht es um weit mehr als die aktuellen Sparmaßnahmen der Landesregierung in Reaktion auf die im September 1991 publizierte "Organisationsuntersuchung im Schulbereich" der "Kienbaum-Unternehmensberatungs GmbH". Kern der Handlung ist vielmehr die Bewältigung der immanenten Probleme eines Schulsystems, das sich durch die offene und ungelenkte Konkurrenz zwischen den Schulformen des traditionellen dreigliedrigen Systems untereinander und gleichzeitig mit der Integrierten Gesamtschule auszeichnet.

Auch wenn ein deutlicher Zusammenhang konstatiert werden muß, so ist doch unerläßlich, die zwei wesentlichen derzeit existenten Diskussionsstränge auseinanderzuhalten: Nämlich zum einen die Sparmaßnahmen der Landesregierung in Folge von Kienbaum und der Kampf dagegen, zum zweiten die "Schulstrukturdebatte", die mit dem letzten Landesparteitag vom Dezember 1991 eingeläutet wurde, und bei der es um die zukünftige Gestaltung des ge-

samten nordrhein-westfälischen Schulsystems und die Zukunft der einzelnen Schulformen geht.

Wie das einleitende Zitat schon andeu-

tet, geht es bei der derzeitigen bildungs-

politischen Debatte auch um die Perspektiv- und Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokratie in NRW. Da ist zunächst der Kampf um die Gunst der WählerInnen. Und ein nicht geringer Teil dieser WählerInnen reagiert mit nennenswertem Protest auf die Sparmaßnahmen der Landesregierung (Anhebung der Klassengrößen, Kürzung der Stundentafel, Reduzierung des Ganztagszuschlags, Reduzierung des Entlastungspools für LehrerInnen, etc. . .), was umso schwerer wiegt, da die Bildungspolitik wohl jenes landespolitische Thema mit dem größten Konflikt- und Polarisierungspotential ist. Über das "übliche" Problem der Interessengruppenvergraulung bei Sparmaßnahmen hinaus steht die bildungspolitische Debatte in engem Zusammenhang mit der Frage, ob die nordrhein-westfälische Sozialdemokratie überhaupt in der Lage ist, zukunftsweisende Perspektiven bei strukturellen Problemen zu entwickeln und durchzusetzen.

Das traditionell gegliederte Schulsystem ist in der Krise

Bei diesem "strukturellen Problem" handelt es sich in erster Linie um die Krise des traditionellen gegliederten Schulwesens, die zur Zeit in allen Bundesländern immer offener zutage tritt. Ein verändertes, auf (hoch-) qualifizierte Abschlüsse ausgerichtetes Schulwahlverhalten, und die sich entsprechend verän-

Wie das einleitende Zitat schön andeutet, gehr es bei der derzeitigen bildungspolitischen Debatte auch um die Parspektiv- und Mehrheitsfähigkeit der Suzkaidemakratie in NRW.

dernden Übergangsquoten auf die jeweiligen Schulformen, stellen die für die Dreigliedrigkeit konstituierenden Funktionszumessungen an die Schulformen und damit die gesamte für ein gegliedertes System zwingend notwendige Hierarchie in Frage. Konkret heißt das, daß die Hauptschule mit z.T. unter 10% Übergangsquote eben schon lange keine Hauptschule mehr ist, und ein Gymnasium mit z.T. über 50% oder gar 60% Übergängerquote sich zur de-facto-Gesamtschule entwickelt, ganz zu schweigen von einem Elitebildungsauftrag. In NRW heißt dies, daß eine Reihe von Systemen nicht mehr lebens- und leistungsfähig ist, und vor allem in ländlichen Regionen, aber auch Teilen größerer Städte die Bereitstellung aller Schulformen nicht mehr zu leisten ist¹. Von dieser Krise des gegliederten Systems wird in NRW auch die Gesamtschule erfasst. Ihre Situation gestaltet sich von Region zu Region unterschiedlich, aber nur selten ist sie in der Lage, eine ersetzende Funktion zum gesamten Angebot des gegliederten Systems wahrzunehmen. Meist steht sie in Konkurrenz, allerdings nicht zum gesamten gegliederten System, sondern nur zu einzelnen Schulformen dieses Systems und wird

damit Teil der o.g. Hierarchie. Letztlich stellt diese Situation den Anspruch der Gesamtschule als integrativen Bildungsgang, als Ersatz zum hierarchischen selektiven System, in Frage. Es geht also auch um ihre Zukunft. Gleichwohl wird sie in hohem Maße gewählt und verfügt inzwischen über einen erfreulichen Verbreitungsgrad, auch wenn sie nicht vermocht hat, das Gymnasium nachhaltig zu gefährden oder gar zu ersetzen.

Wie geht es mit der sozialdemokratischen Bildungspolitik weiter?

Diese Probleme erzeugen einen enormen Handlungsdruck, und es gibt wohl keine Partei und keinen bildungspolitischen Verband, der oder die zur Zeit nicht an Lösungsmodellen arbeitet.

Die NRW-SPD tut dies natürlich eben-

falls, gemäß Auftrag des Landesparteitages des letzten Jahres, 1993 erste Lösungsmodelle vorzulegen (gleichwohl mit der Orientierung, konkrete Maßnahmen erst nach der Landtagswahl 1995 einzuleiten). Dabei sind die aufeinandertreffenden Interessenlagen durchaus unterschiedlich: Ist die Landesregierung bemüht, intensive öffentliche Diskussionen zwecks Erhaltung der Ruhe im Land möglichst zu vermeiden, wird von großen Teilen der Partei die Debatte begrüßt. Die große Frage wird allerdings sein: Wo bleiben die Ansätze sozialdemokratischer Bildungsreform? Immer mehr kristallisiert sich heraus, daß es nicht nur um die Lösung der Probleme des gegliederten Systems geht, sondern auch um die Zukunft der Gesamtschule und der mit ihre verbundenen bildungs- und gesellschaftspolitischen Ziele. Teile der Partei in NRW sind in der gegenwärtigen Debatte offensichtlich bereit, von dem großen progressiven bildungspolitischen Projekt, der Gesamtschule als alleiniger Regelschule, Abschied zu nehmen, mit der Begründung, beim Schulwahlverhalten durch die Eltern hätte sich eindeutig eine Präferenz für Gymnasium und Gesamtschule ergeben. Folgerichtig müsse man diese beiden Schulformen zu den tragenden Säulen einer zukünftigen Schulstruktur weiterentwickeln². Mit anderen Worten wird die Ersetzung der derzeitigen Dreigliedrigkeit durch eine Zweigliedrigkeit von Gymnasium und Gesamtschule vorgeschlagen. Nun ist dies sicher nicht zu vergleichen mit reaktionären Modellen, wie wir sie u.a. in

Konkret heilit das, daß die Hamptschule mit z.T. unter 10% Übergangsquote dien schon lange teine Hamptschule mehr ist, und ein Gymassium mit z.T. über 50% oder gar 60% Übergängerunne sich zur de-facto-Gesamtschule entwickelt.

einigen der neuen Bundesländer finden, aber es findet ein offensichtlicher Verzicht auf den Anspruch statt, daß die Gesamtschule auch das Gymnasium ersetzen soll. Betont wird dieser Verzicht zudem mit dem Ansatz, daß diese zukünftige "Gesamtschule" eher berufspropädeutisch sein soll, während die Wissenschaftspropädeutik des Gymnasiums nicht in Frage gestellt wird. Das Modell der Gesamtschule als integrativem Bildungsgang wird hiermit auf die bildungspolitische Müllhalde verfrachtet.

Nun soll hier keine Komplettanalyse der derzeit in NRW zur Debatte stehenden Modelle erfolgen. Aber es ist unverzichtbar, darauf hinzuweisen, daß mit derartigen Modellen gleichzeitig der Verzicht auf Ansätze erfolgt, die die Funktion der Schule bei der Kompensation von gesellschaftlichen Ungleichheiten hinsichtlich späterer Lebenschancen als wesentlichen Teil der Bildungspolitik ins Zentrum rücken.

Daß es sich hierbei nicht um eine böswillige Interpretation o.g. "Modells" von seiten eines verbohrten Gesamtschulbefürworters handelt, zeigt sich insbesondere an Äußerungen, die die stellv. SPD-Landesvorsitzende Gabriele Behler regelmäßig bei einschlägigen Podiumsdiskussionen tätigt: "Man kann gesellschaftliche Ungerechtigkeiten nicht durch Schule reduzieren wollen. Man muß sie dort bekämpfen, wo sie entstehen." Letzterer Satz ist sicher nicht falsch, aber mit dieser Begründung auf den Kampf für Chancengleichheit durch integrative Bildungsgänge zu verzichten ist hart an der Grenze einer Bildungspolitik, die sich sozialdemokratisch nennen darf. In der Tat sind derartige Vorstellungen in einem Kontext zu sehen mit der sog. "Modernisierungsdebatte" einiger Teile der Partei, die von der Analyse ausgehen, die soziale Frage sei gelöst und die wesentlichen Ziele der ArbeiterInnen-Bewegung verwirklicht³. BildungsforscherInnen lächeln bei derartigen The-

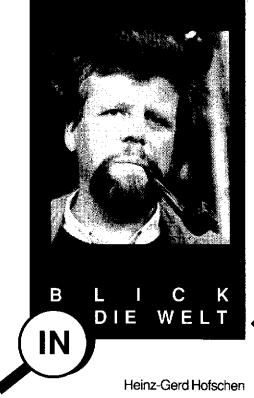
sen müde, schließlich gibt es immer noch nennenswerte Chancendefizite bei Kindern bestimmter gesellschaftlicher Schichten. Offensichtlich ist in großen Teilen der Sozialdemokratie der Anspruch nicht mehr existent. Bildungsreform im Interesse von Chancengleicheit, Emanzipation, demokratischer Erziehung, sozialen Lernens und Integration durchzuführen und dafür zu kämpfen. Vielmehr wird argumentiert, das "Aufdrücken der Gesamtschule sei etatistisch und demokratisch nicht legitimierbar". Mit dieser bewußten Fehlinterpretation gesamtschulfreundlicher Politik wird der Versuch unternommen, den heimlichen Abschied von der Gesamtschule zu proben. Dieser Trend findet sich im übrigen nicht nur in NRW. Auch im Saarland oder in Bremen haben integrative Bildungsgänge in der SPD deutlich an Beliebtheit verloren, z.T. wird offen mit der CDU über Gesamtschulmoratorien und ähnliches verhandelt.

Die Situation ist in der Tat nicht einfach für die GesamtschulbefürworterInnen, und natürlich ist es politisch nicht durchsetzbar, von heute auf morgen die IGS zur alleinigen Regelschule in NRW zu machen. Darum geht es aber auch nicht. Es geht vielmehr darum im Rahmen der Lösung der derzeitigen Probleme des gegliederten Systems und der Gesamtschule, Entwicklungsmöglichkeiten für die Gesamtschule offen zu halten und sie nicht als Unterbau zum Gymnasium auf Dauer aus dem Rennen zu werfen. Spannend ist auch die Frage, ob die

NRW-SPD in der Lage ist, den dringend notwendigen Umbau der Schulstruktur zu bewältigen und Lösungsperspektiven für die anstehenden Probleme aufzuzeigen. Dabei wird es u.a. darum gehen, ob zusammen mit den betroffenen gesellschaftlichen Gruppen Lösungen gefunden werden können. Bei den Sparmaßnahmen in Folge von Kienbaum ist die NRW-SPD den versprochenen öffentlichen Dialog schuldig geblieben, bei der Schulstrukturdebatte darf ihr das nicht passieren.

- Mit Rücksicht auf die Kürze des Artikels soll hier auf eine ausführliche Schilderung des veränderten Schulwahlverhaltens und der daraus erwachsenen Krise des gegliederten Systems verzichtet werden. Empfohlen sei Rolff H.G., Strukturelle Probleme der Sekundarstufe I angesichts veränderten Schulwahlverhaltens und wachsender Schülerzahlen, Dortmund 1992;
- 2 Verwiesen sei hier insbesondere auf das Positionspapier des SPD-Bezirksvorstandes Ost-Westfalen-Lippe "Anstöße zur Zukunft sozialdemokratischer Bildungspolitik in NRW"
- 3 s. hier insbesondere das "NRW-Modernisierungspapier", SPW

Cor Leendertse, stellvertretender Juso-Landesvorsitzender NRW, Hattingen



Noch vor fünf Jahren löste Ernst Noltes Versuch, die Nazi-Barbarei als eine Art Notwehrexzeß der sich vom Bolschewismus bedroht Fühlenden neuzubewerten, eine heftige "Historikerdebatte" aus. Heute ist nicht nur der Vergleich der Nazi-Herrschaft mit dem SED-Regime üblich, sondern die junge Garde der Reaktion, die inzwischen im "FAZ"-Feuilleton das Sagen hat, versucht uns nunmehr klarzumachen, daß der Realsozialismus viel üb-April rechnete Konrad Adam dort mit dem Antifaschismus, dem "letzten Trumpf der Linken" ab, um zu folgendem Ergebnis zu kommen: "Im letzten Kapitel seiner 'Anmerkungen zu Hitler' stellt Sebastian Haffner die Frage, ob Hitler die Deutschen geliebt habe. So konnte man im Blick auf Hitler immerhin noch fragen. Auf die Machthaber des Ostens, die Bierut, Gottwald, die Rakosi und Ulbricht angewandt, erscheint die Frage aber sinnlos. ... Geliebt haben die gewalttätigen Bürokraten in den Zentralkomitees der kommunistischen Parteien keine lebendigen Wesen, weder als einzelne noch als ganze Völker, sondern immer nur die Theorie. ... Aber muß man nicht gerade in dieser Theorieversessenheit den inhumanen Kern erblicken, der alles Weitere aus sich hervorgetrieben hat?" Klar, was ist schon ein theorieloser Massenmörder Hitler, bei dem sich noch zu fragen lohnt, ob er seine Deutschen geliebt hat - seine Liebe zu den Juden, Sintis, Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberalen, Homosexuellen, Kriegsgegnern, Behinderten, Intellektuellen ist ja allgemein bekannt (aber vielleicht waren das keine richti-

gen Deutschen?), von seiner Liebe zu Volksantisemitismus". Ja. was soll dar-Polen, Russen, Franzosen, Tschechen und Slowaken, Serben, Griechen, Franzosen, Engländern, Dänen, Norwegern und Amerikanern ganz zu
schweigen - was also ist schon ein HitDer machte schlechte Verse und verler gegenüber den theorieversessenen Monstern der Politbüros nach 1945, die zu solcher Liebe jedenfalls nicht fähig waren?

Nachdem bereits ein bekannter ostdeutscher "Bürgerrechtler" und Schriftsteller das Stasi-Erbe mit einem so historisch grotesken wie ge-Vergleich schmacklosen "Auschwitz der Seelen" bezeichnet hat, will auch die erwähnte Feuilleton-Redaktion nicht zurückstehen. In einem Artikel über die Stadt Schwedt an der Oder erscheinen dem Verfasser die "Plattenbauten der 'Wohnkombinate' als soziale Massengräber". Es ist nur noch widerlich, was ein großer Teil der deutschen Publizistik gegenwärtig abson-

Unlängst hat die französische ler als die Nazis gewesen sei. Am 6. Journalistin Sylvie Brunel ein 320 Seiten dickes Buch veröffentlicht, in dem sie nachweist, daß die Zahlen zum Hunger auf der Welt, wie sie die UN-Organisationen verbreiten, übertrieben sind. So stimme die von der Unicef veröffentlichte Zahl von 40.000 Kindern, die täglich verhungern, schon deshalb nicht, weil nach demographischen Angaben jedes Jahr nicht 15 Millionen, wie es dieser Zahl entspräche, sondern 9 Millionen Kinder sterben. Also verhungern täglich nicht 40.000 Kinder unter 4 Jahren sondern nur 25.000. Das beruhigt uns aber.

> Wolfgang Leonhard, seit 40 Jahren führender "Sowjetexperte", bleibt auch nach Wegfall seines Lebensthemas Fachmann für Östliches. Unlängst äußerte er sich laut "FAZ-Magazin" über den Zerfall der Sowjetunion folgendermaßen: Dort sei inzwischen "das Negative weitgehend überwunden worden", was man beispielsweise an der Haltung der lettischen Regierung zu den Juden sehen könne: "Früher hat es einen Regime-Antisemitismus gegeben. Der ist weg. Stattdessen erleben wir jetzt einen

an schon negativ sein?

fertigte Propagandaschriften, die er Reiseberichte nannte. Diese handelten von der Ausbeutung und dem Rassismus in den USA und von den glücklichen Zuständen in der Sowjetunion. Der Schriftsteller war Mitglied der DKP. So hatte er eine treue Lesergemeinde, die richtige Gesinnung für den Ausdruck wahren Dichtertums hielt. Als Gebrauchslyriker war er der Partei so wertvoll, daß sie ihn in ihren Parteivorstand wählte. Dort schrieb er linientreue Gedichte, solange der Kommunismus bei Teilen der Intelligenz en voque und die kommunistische Verlagslandschaft intakt war. Als sich die Zeiten änderten, ging er zur "Erneuerer-Fraktion" der DKP und verfaßte nun Verse gegen seinen Parteivorstand. Auch veröffentlichte er flugs einen neuen Reisebericht über die UdSSR, wo er Gorbatschow lobte und die alten Verhältnisse kritisierte. Aber wieder hatte der Schriftsteller auf das falsche Pferd gesetzt. Die DDR brach zusammen und damit nicht nur die Erneuerer-Strömung der DKP, sondern auch seine Lesergemeinde. Dennoch mußte die Miete bezahlt und die Tinte abgelassen werden. Also veröffentlicht er ietzt Berichte über die Interna der DKP in allen Zeitungen, die rechts sind und gut zahlen, vom "Rheinischen Merkur" bis zur "FAZ". Staunend erfahren wir. daß er schon immer ein kritischer Geist gewesen sei und daß ihn der DKP-Vorstand nur durch unmittelbaren körperlichen Zwang dazu brachte, die Biermann-Ausweisung zu billigen, Seine Schilderungen von Dienstreisen nach Äthiopien, wo die Stasi Blondinen für die Führer von Bruderparteien bereithielt, und von seinen Führungen über die Reeperbahn, die er für wodkaselige sowjetische ZK-Mitglieder machte, bereichern nun unser Geschichtsbild. Auch enthüllte der Schriftsteller passend zur Adventszeit die infamen. aber gottseidank erfolglosen Pläne der DDR, das christliche Weihnachtsfest abzuschaffen. Selbst seine maoistische Jugendphase vermarktet er noch in der "FAZ", wo er schildert, wieviele Blusenknöpfe Ulrike Meinhof über ihren nackten Brüsten offen zu lassen pflegte. Der Mann ist fleißig, schließlich

haben seine Berichte ein recht rasches Verfallsdatum, denn in drei Jahren interessiert es noch nicht einmal mehr einen "Welt"-Redakteur, welcher DKP-Funktionär sich bei welcher Gelegenheit mit wem zusammen besoffen hat. Also muß jeder Anlaß genutzt werden, und wenn es ein Todesfall ist. So enthüllte er uns unlängst in der "Frankfurter Allgemeinen" die Geschichte seines SED-Betreuers bei der Bezirksleitung Rostock in einem besonders appetitlichen Stück deutscher Literatur: "Nachruf auf den Genossen Schorsch." Dieser habe sich, da seine Stasi-Machenschaften ruchbar geworden seien, umgebracht: "Durch seinen Selbstmord hat er sich der Verantwortung vor seinen irdischen Richtern entzogen ... Mancher seiner Genossen hat vielleicht erleichtert aufgeatmet, als er die Nachricht vom Tod des Georg Rechel gehört hat. Schorsch hat sein Wissen, seine mögliche Schuld und vermutlich auch viele Akten mit ins Grab genommen. Ich trauere ihm nicht nach, aber ich hätte ihm gewünscht, mit seiner SED- und Stasi-Vergangenheit anders fertig zu werden." Der Mann hat sich nicht umgebracht sondern ist an mehreren Herzinfarkten gestorben, und auch von einer Stasi-Vergangenheit ist in Rostock nichts bekannt geworden. So ist unser Schriftsteller inzwischen bei der Leichenfledderei angekommen. Ein Leserbriefschreiber kritisierte den Schriftsteller Peter Schütt - so heißt der Lump - mit dem (zugebenermaßen chauvinistischen) Sprichwort, daß aus jungen Huren alte Betschwestern werden. Bei Herrn Schütt ist es allerdings umgekehrt.

Heutzutage sind die Kapitalisten sozialkritischer als manche Linke: "Der Erfolg des Kapitalismus beruht . . . darauf, daß er die effizientere Wirtschaftsform ist, nicht die gerechtere", sagte das VW-Vorstandsmitglied Daniel Goeudevert auf einem Ost-West-Kongreß in Wolfsburg im letzten Jahr. Aber er muß es schließlich auch wissen.

Daß sich im profansten Alltag die größten Abgründe auftun, weiß man aus der Literatur der Moderne. Aber wenn es einen dann trifft, das Abgründige im Menschen, bringt es einen im-

tet, ja im größten Seelenfrieden nach ausgiebigem Frühstück, finde ich in der Post die Einladung eines mir unbekannten Geschichtslehrers aus Verden an der Aller, gerichtet an "liebe Freunde" ("die meisten von Euch kennen mich persönlich, deshalb bleibe ich beim 'Du' "), der mich zu einem Wochenendseminar zum Preise von "180 DM plus Lebensmittel" einlädt über das Thema "Hitler in uns". Der Mann hat bislang an seinem Fachgymnasium in zwei Kursen die "Hexenverfolgung im Bistum Verden" und "Zwangsarbeit im Landkreis Verden während des 2. Weltkrieges" bearbeitet und eine "Geschichts-AG" gegründet. Das hatte Folgen für ihn: "Letztes Jahr stellte sich mir die Frage, warum ich mich eigentlich für diese 'Mord- und Totschlag-Themen' interessierte. Im Unterricht fiel mir auf, daß ich mich in eine Art Moralapostel, mit erhobenem Zeigefinger, verwandelte. Auch die Schüler hatten Probleme, sich in diese Zeit hineinzuversetzen, konnten nicht verstehen, wie man zum Täter bzw. zum Mitläufer werden konnte. Die Idee lag nahe, dies am eigenen Körper zu erleben, ich fing an, ein Selbsterfahrungsseminar für meinen Geschichtskurs zu planen. Als Therapeuten konnte ich den Diplom-Psychologen Dr. Rudolf G. Wormser (Autor von `Sensitiv-Spiele', München 1976) aus Heilbronn gewinnen. Er schrieb mir: `lhr Titel - Hitler in uns - ist ein hervorragender Ansatz, denn genau so sehe ich das heute, nämlich daß jeder das Potential zum faschistischen Handeln hat (ob als Täter oder als Opfer ist letzten Endes zufällig)". Mit diesem Mann, der wie er weiter an den Lehrer schreibt eine einjährige Depressionsphase als seine "KZ-Zeit" bezeichnet, wird also ein Wochenendseminar "in der Gruppe mit Atem- und Körperbewußtseinsübungen, Meditationen und Rollenspielen" der Frage nachgehen "Können wir selbst zum Täter/Opfer werden?". Das Seminar findet passenderweise in den Gruppenräumen eines Neurologen statt ("Matratzen vorhanden") und für die Verpflegung schlägt der Lehrer "Obst- und Gemüserohkost" vor ("Mehrheit entscheidet"). was zweifellos die Einfühlung in den inneren Hitler, der offenbar wie der reale ebenfalls Vegetarier ist, erleichtern

wird. Die abschließende Leitfrage des

Seminars lautet: "Wo sind meine

mer wieder durcheinander. Unvorberei-

Schattenseiten, bin ich wirklich so moralisch, sozial und antifaschistisch?" Die Antwort darauf kann der weder zufällig Opfer noch zufällig Täter gewordene Lehrer samt seinem inneren Hitler bei mir für deutlich weniger als 180 DM bekommen, schon aus Dankbarkeit dafür, daß ich keine Kinder auf dem Verdener Fachgymnasium habe. Die größte Schattenseite liegt allerdings darin, daß dieser verquaste Unfug, die Verschlampung von Sprache und Denken, die Reduktion von Wissenschaft und Politik auf gruppendynamische Selbsterkenntnisspielchen. wahrlich keine Seltenheit ist unter deutschen Alternativos, vor deren Abgründen und Albernheiten man noch nicht einmal am heimischen Briefkasten sicher ist.

Die russische Regierung unter Jelzin hat die Feiertage neu geordnet. Der 1. Mai ist abgeschafft worden. Dafür werden die Kirchenfeste wieder begangen und die Popen segnen die Fahnen der neuen Armeen. In den Verfassungen von Slowenien, Kroatien und Litauen ist die Abtreibung verteten worden. Ich verstehe gar nicht, warum die deutschen katholischen Bischöfe da noch von der Notwendigkeit einer neuen Missionierung Europas re-



Nege

Zur Landtagswahl in Baden-Württemberg

von Uli Stark, Eßlingen

Das "Moment noch!" lag mir auf der Zunge. Soeben hatte die erste Trendrechnung der CDU 41% verheißen und die versammelten SPD-Wahlkämpfer bei der Fete im Stuttgarter Landtag spendeten erleichtert Applaus. - Sekunden später war's schon passiert: Lange Gesichter bei der Verkündung der Prognose für die Südwest-SPD, blankes Entsetzen, als für die Republikaner ein zweistelliges Ergebnis prophezeiht wurde.

Klar war vor diesem denkwürdigen 5. April 1992: Die CDU verliert ihre absolute Mehrheit. Die Rechten haben ein Potential von mindestens 8%, wobei das Spannende lediglich die Frage war, ob die REPs davon mehr als 5 auf sich vereinen könnten. Völlige Konfusion hingegen herrschte bei der Einschätzung der SPD-Chancen: An die vollmundige Ankündigung "Wir überholen die CDU", die für erhebliche Belustigung bei der Landespresse gesorgt hatte, glaubte das Führungs-Duo Spöri/Maurer vermutlich alleine. Ansonsten das vom '88er-Wahlkampf gewohnte Bild: Die Ergebnisse der (allerseits bestellten) Meinungsforscher variierten bezüglich der SPD zwischen 30 Komma irgendwas bis 38% und beide Volksparteien ziehen sich darob gegenseitig kräftig der Manipulation.

"Der Tanker leckt am Heck"

1988 hatte die Landes-SPD mit einem glasklaren Yuppie-Wahlkampf versucht, vor allem die als "moderne Mittelschichten" und Späth-Fans identifizierten Einwohner des Mittleren Neckarraums zu gewinnen, in dem mehr als ein Viertel der Wahlberechtigen leben. Damals standen den ansehnlichen Gewinnen bei Jungwählern und auf Kosten der Grünen bereits zum Teil dramatische Verluste in Arbeiterwohngebieten und bei den wahlstrate-

gisch immer wichtigeren Alten gegenüber.

Die Landes-Spitze um Uli Maurer hatte dementsprechend bundesweit den Vorreiter beim Aufbau der Arbeitsgemeinschaft der Senioren gespielt und in diesem Wahlkampf auf die "harten" Themen Wirtschaft und Soziales gesetzt: Es galt, Dieter Spöri gegenüber dem hausbackenen Späth-Nachfoger Erwin Teufel als den kompetenteren Ökonomen darzustellen. Gleichzeitig sollten CDU und FDP für die Grausamkeiten der Bonner Regierung mit haftbar gemacht und der Ausstieg des Landes aus dem Sozialen Wohnungsbau - den die Liberalen unterstützt hatten - angeprangert werden.

Allein die Rechnung ging nicht auf. Leichten Gewinnen oder unwesentlichen Verlusten in den Uni-Städten und den Disapora-Gebieten Oberschwabens standen wiederum Einbrüche zum Teil weit über 5% in den "Stammwähler"-Gebieten gegenüber. Zwar kam Spitzenkandidat Spöri bei dem beliebten Meinungsforscherspiel "Wer ist der bessere Ministerpräsident?" bis auf einen Prozentpunkt an Teufel heran. Dafür konnte die größte Oppositionspartei die Unzufriedenheit mit der CDU-Regierung nicht für sich nutzen. Einzig die Grünen - inzwischen weitgehend fundifrei und dafür endgültig für's Bürgertum wählbar (in manchen Stuttgarter Nobelvierteln über 30%) - verbuchten leichte Gewinne.

REP fiel nicht vom Himmel

Bekanntlich ist man hinterher immer schlauer. Anzeichen für eine mögliche böse Überraschung hatte es freilich genügend gegeben: Mit der Asyldiskussion wurden praktisch alle anderen landespolitischen Themen plattgemacht. Das Bonner Artikel-16-Theater war schon seit Monaten nicht mehr durchschaubar. In der Landeshauptstadt soll im Märzganz entgegen aller langjähriger Wahlkampferfahrungen - drei Wochen langkein SPD-Beitritt registriert worden sein. Nicht zuletzt hatten selbst die wohlmeinenden Kaffeesatzleser zwischen den Zeilen einen Anteil von bis zu 25% noch nicht entschiedener Wähler durchblicken lassen.

Lehrreich ist auch ein Blick zurück: Gerade in Baden-Württemberg hatte die Schönhuber-Partei im Europawahlkampf 1989 spektakuläre Ergebnisse hingelegt, die ihr schließlich den Einzug ins Europaparlament verschafften. Dieser Trend setzte sich bei den Kommunalwahlen im Oktober fort und wurde erst durch die Ereignisse im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit unterbrochen. Zweieinhalb Jahre danach scheint die Normalität der Politikverdrossenheit zurückgekehrt zu sein - nur diesmal mit doppelter Wucht: So wie man sich inzwischen nicht mehr geniert, den braunen Info-Stand zu besuchen, bekennt man sich am SPD-Stand freimütig als REP-Wähler. Die 18-24-jährigen Männer bilden das Hauptpotential (ca. 14% REP-Stimmen). Demgegenüber scheinen die Alten (knapp 6%) in ihrem Wahlverhalten den Volksparteien am treuesten geblieben zu sein.

Was nun?

Während ein großer Teil der Landespresse am Montag nach der Wahl mit staatsmännischem Ernst der Großen Koalition das Wort redete, wurde bereits am Wahlabend zu vorgerückter Stunde in den Gängen des Landtags - als vermeintlicher Witz zunächst - eine in Deutschland völlig neue Variante gehandelt: schwarz-grün. Für dieses Modell sprechen in der aktuellen Situation eine Reihe von Argumenten:

Große Koalition würde die Fredrossenheit erhöhen und REPs zur stärksten Oppositiktion werden lassen

Nach diesem Wahlkampf und dem Späth-Untersuchungsausschuß ist die Stimmung zwischen SPD und CDU absolut "versaut". Demgegentiber gibt es eine Reihe guter Kontakte vor allem zwischen JU und Grünen, Teile der CDU zeigen sich zudem seit längerem für bestimmte Initiativen der Grünen im Umweltbereich offen (wie die "Nahverkehrsabgabe", eine "Kopfsteuer" für Großstadtbewohner, die von der SPD zu Fall gebracht wurde)

Die politische Landschaft wird ordentlich aufgemischt. Beide Parteien haben die Chance, publikumswirksam ein neues Modell zu probieren, die Grünen können darüberhinaus ministeriale Kompetenz beweisen

Selbst Personen wie der Marinerichter und Ministerpräsident a.D. Filbinger haben inzwischen das schwarz-grüne Modell favorisiert.

Es besteht natürlich kein Zweifel, daß es bei Grünen und Schwarzen zu Zerreißproben kommen würde: Für die CDU haben Rechtsausleger wie Finanzminister Mayer-Vorfelder und der ehemalige Biberacher Landrat Steuer ("Mit den REPs reden!") das schon angekündigt, bei den Grünen soll es einige Austrittsdrohungen geben. Weil CDU und Grüne im neuen Landtag nur 2 Stimmen Mehrheit besitzen und damit je 1 Fundi schon zur Niederlage reicht, wurde sogar die "schwarze Ampel" ins Spiel gebracht.

Wo bleibt die SPD?

Natürlich gibt es vereinzelt Stimmen, die sofort an das staatstragende Verantwortungsbewußtsein der SPD appellierten, wie der frühere Innenminister unter Filbinger und jetzige Seniorenvorsitzende Krause. Zunächst verspürte die Landesspitze jedoch wenig Lust, nach dieser Niederlage in einer Koalition der "Looser" das "Sonnenkabinett" als Torso zu realisieren. Demgegenüber ist die Vorstellung, einige Genossen könnten sich als Minister profilieren und damit endlich an dem Negativ-Image der

SPD als ewiger Oppositionspartei kratzen, nicht ohne Reiz. Für Spöri und Maurer, die vor der Alter-

native stehen, die Partei noch einmal 4 Jahre zum Jagen tragen zu müssen, ist dies bestimmt keine einfache Situation. Zwar haben Kreisvorsitzende und Landesvorstand zumindest in ihrer großen Mehrheit die Linie gebilligt, nach dem Scheitern von Schwarz-Grün an den beiderseits eingebauten Sollbruchstellen für die Übernahme der Verantwortung bereit zu stehen. Jedoch auch die Elefantenjäger (vgl. spw Nov. '91) wittern wieder Morgenluft: V.a. aus den Universitätsstädten und den Reihen der Jusos kommt jetzt der bemerkenswerte Vorwurf, im Wahlkampf seien - wie in der Asylfrage - zu schlabbrige Positionen vertreten worden, das Volk wolle in Wirklichkeit harte und kompromißlose Parteilinien. Dazu gesellt sich eine Art "Urmißtrauen" vor möglichen Verhandlungen mit Teufel und Co.: Man kann nicht, ohne sich lächerlich zu machen, ernsthaft statt Spöri und Maurer andere Verhandlungsführer fordern. Aber man kann vor (!) möglichen Verhandlungen einen Sonderparteitag einklagen, um die beiden in ein Korsett zu pressen, mit dem sie gegenüber der CDU von vornherein als haushohe Verlierer feststehen. Teile der Linken verstiegen sich in ihrer Psychose gegenüber der Macht sogar dazu, die Tolerierung einer CDU-Minderheitenregierung vorzuschlagen - die, erst einmal im Amt dann auch gegen die SPD mit wechselnden Mehrheiten regieren könnte. Es bleibt zu hoffen, daß sich diese inner-

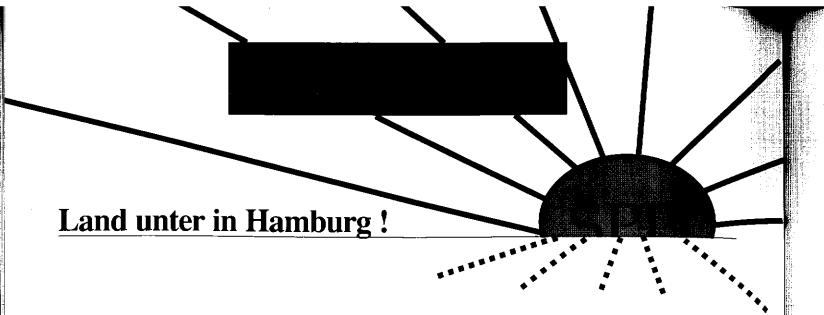
parteilichen Profilierungsversuche angesichts der wirklichen politischen Entwicklungen in Baden-Württemberg nicht vollends als Schmierenkomödie erweisen werden. Sicher scheint jedoch, daß die Zerreißprobe innerhalb der SPD bei einer Koalition mit Schwarz mindestens so groß werden, wie innerhalb der Grünen. Neben grundsätzlichen Erwägungen (nach dem letzten schwarz-roten Abenteuer verlor die SPD fast 8%) lassen vor allem die leeren Landeskassen und der 20 Jahre alte CDU-Filz in allen Ministerien eine sozialdemokratische Handschrift der neuen Regierung als zumindest zweifelhaft erscheinen. Mögliche SPD-Minister sind gegenüber Wählern und Partei wenigstens zu zwei, drei spektakulären Erfolgen verdammt sei es beim Verkehr, dem Müllproblem, dem Paragrafen 218, den überlaufenen Unis oder im Wohnungsbau. Sonst kann

es schnell passieren, daß die SPD-Basis sich auf ihren angestammten Lieblingsgegner beschränkt und die sozialdemokratischen Regierungsteile in eine katastrophale Zange zwischen schwarzer Macht und rot-grüner Unzufriedenheit geraten.

Fazit

Es hat sich wieder gezeigt: Die Stigmatisierung der REPs verfängt nicht. Protestwähler, die "es denen da oben 'mal richtig zeigen" wollen, lassen sich durch die Abstempelung "braun" nicht von ihrem Ansinnen abhalten. Es scheint sogar so, daß die Panik der "Etablierten" und das Gezänk um die gegenseitigen Schuldzuweisungen die Rechten geradezu aufgebaut haben. Gerade in Baden-Württemberg, wo Parteien und Parteiräson traditionell auf großes Mißtrauen stoßen und die Freien Wähler bei Kommunalwahlen stärkste Kraft sind, verfangen aufwendige Wahlkampfstrategien und scharfe Angriffe auf den Gegner kaum. So war bei vielen Nichtwählern am "Day after" zwar die Reue groß - kam aber gewiß nicht an die weit über die REP-Wählerschaft hinaus verbreitete Schadenfreude heran. Insoweit wäre die Hoffnung auf "Besserung" und "Einsicht" bei Neuwahlen ein Hasardeurstück.

Sicherlich hat die CDU mit ihrer Plakataktion "Asylproblem lösen - CDU wählen" sich selbst und der Demokratie geschadet. Die Sozialdemokraten wären aber von allen guten Geistern verlassen. wenn sie - wie im Wahlkampf geschehen - weiterhin gebetsmühlenhaft derlei Kampagnen der CDU für die Erfolge der REPs verantwortlich machen wollten. Und es muß bei der anvisierten Zielgruppe wie Hohn klingen, wenn jetzt die Forderung nach mehr politischer Bildung für die "armen verführten Schäfchen" als Geheimrezept gehandelt wird. - Vielleicht könnte die SPD bei der Regierungsbildung mit der Nominierung parteiunabhängiger Experten in der momentanen Atmosphäre bereits punkten. Wer auf "Weiter so!" macht, sollte sich nicht wundern, wenn die Kids der "68er" irgendwann mit jungen Schönhubers statt mit Dutschke und Adorno ihr "1968" veranstalten.



von Detlef Umbach*

Die europäische Sozialdemokratie erlebt schwere Zeiten: In Schweden wurde sie abgewählt, in Großbritannien konnte sie den "fußkranken" Konservativen die Regierungsmacht nicht abnehmen, und in Frankreich steht sie vor ihrer wahrscheinlichen Deklassierung durch die Wahlen im nächsten Jahr. Die deutsche Sozialdemokratie hätte es demgegenüber relativ einfach, sie steht einer Regierung gegenüber, die mit ihren wesentlichen Versprechungen aus dem Wahljahr heute schon gescheitert ist. Aber die SPD ist sich über den Weg zum Machtwechsel völlig im Unklaren - "im Schlafwagen und auf leisen Sohlen" oder lauthals und polarisierend -, daher schwankt sie zwischen der Anbiederung als Juniorpartner der Regierungspartei und ihrer Oppositionsrolle. In der Summe scheint die Einschätzung von Ralf Dahrendorf - "die Sozialdemokratie ist am Ende ihrer Kunst" - das Selbstbewußtsein in der Bonner Baracke zu tref-

Von all diesen Problemen ist die Hamburger Sozialdemokratie z.Z. weit entfernt, sie braucht weder den europäischen "Zeitgeist" noch die Unsicherheit über den Weg zu Macht: Die Hamburger Sozialdemokratie ist seit fast einem Jahr mit absoluter Mehrheit an der Regierung, das genügt für ein politisches Trauerspiel ohne (absehbares) Ende.

Nach dem Gewinn der absoluten Mehrheit in den Hamburger Bürgerschaftswahlen im Juni 1991 wollte die SPD "auf dem Teppich bleiben" und das "Bündnis mit der ganzen Stadt" suchen. denn die SPD hatte gegenüber der Bürgerschaftswahl 1987 deutlich an Stimmen verloren. Zugleich war die Wahlbeteiligung von 79,5 (1987) auf nur 66,1%

Detlef Umbach, Diplom-Politologe und Buchhändler, lebt in Hamburg und ist Mitglied der

in 1991 zurückgegangen: Die Hamburger Wahl fiel in die Zeit, als die "Steuerlüge" das Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit voll erreicht hatte. Deshalb traf die Wahlenthaltung ausnahmsweise die CDU (minus 116.000 Stimmen) sehr viel stärker als die SPD (minus 50.000 Stimmen), und nur durch diese besonderen Umstände erhielt die SPD eine absolute Mehrheit in der Hamburger Bürger-

Nach der absoluten Mehrheit das Debakel

Das Versprechen der Bescheidenheit war kaum gegeben, da fand die allein regierende SPD mit der Diätenerhöhung das Thema, mit dem sie in Zusammenarbeit mit der CDU dann in weniger als 200 Tagen das Vertrauen in die Hamburger Politik auf einen neuen Tiefststand brachte. Nach einer Umfrage im Dezember 1991 hat "nur noch jeder zweite Wahlberechtigte die Absicht. sich an Bürgerschaftswahlen in Hamburg zu beteiligen... 50 Prozent, das wäre eine absolute Mehrheit für die 'Partei der Nichtwähler'. Ein trauriges Novum in der Geschichte der bundesrepublikanischen Demokratie."1

Eigentlich war das letztlich doch gescheiterte Abgeordnetengesetz in seiner Grundregelung (3900,-DM für jeden Abgeordneten plus 600,-DM Aufwandsentschädigung) ein maßvoller und sinnvoller Reformschritt, auf den dann die verfassungsändernde Mehrheit von SPD und CDU gemeinsam "draufgesattelt" hatte: Es wurden erstens die außerordentlichen Bezüge für Fraktionsvorsitzende sowie ParlamentspräsidentInnen (19500,-DM monatlich) und zweitens eine rückwirkende Altersversorgung für die bisher ehrenamtliche Abgeordnetentätigkeit "draufgesattelt", und dabei wurde eine Anrechnung anderer Einkommen oder Versorgungsansprüche fast gänzlich "vergessen".2

An den "draufgesattelten Wohltaten"

hat sich die Empörung festgemacht, während die eigentliche Diätenregelung kaum Aufregung verursacht hat. Niemand konnte der Öffentlichkeit glaubhaft erklären, welchen Nutzen diese "Wohltaten" für Parlament und Demokratie in Hamburg bringen sollten. Die dümmliche Argumentation, mit einer besseren Bezahlung bekäme Hamburg mehr qualifizierte Abgeordnete, wurde durch die geplanten Privilegien absurd und unglaubwürdig: Erstens berührt eine rückwirkende Altersversorgung der jetzigen Abgeordneten die Qualität der zukünftigen Bürgerschaft überhaupt nicht, und zweitens sollten Fraktionsvorsitzende und ParlamentspräsidentInnen in einer Weise versorgt werden, die selbst die Vergütungen in den Vorständen großer Firmen in den Schatten gestellt hätte.3 Das Herausragende wäre nicht die gute Bezahlung, sondern die noch viel gewichtigere Altersversorgung gewesen: "einen gleichwertigen Versorgungsanspruch durch eigene Beiträge während der vier Jahre laufenden Periode am privaten Versicherungsmarkt (zu) erwerben, müßte an Beiträgen monatlich über 54000 Mark aus versteuertem Einkommen" bezahlt werden.4 D.h. gleichwertige Versorgungsansprüche erforderten vier Jahre lang ein Bruttoeinkommen von weit mehr als einer Million jährlich, um nur die Altersversorgung zu finanzieren.

Hinzu kam die Entdeckung, daß nicht nur die Diätenregelung der "Spitzenkräfte" in der Bürgerschaft sondern auch ihr Vorbild, die seit 1987 bestehende Neuregelung der SenatorInnenpenüberprüfungsbedürftig ist: Durch die 1987 in der letzten Sitzung der 12. Legislaturperiode im Schnellverfahren beschlossene Pensionsregelung für Senatsmitglieder sind Versorgungsansprüche für SenatorInnen geschaffen

worden, die in Deutschland einmalig sind.

"Und mach dann noch `nen zweiten Plan, gehn tun sie beide nicht ..."

Die SPD mußte sich mit dem Abgeordnetengesetz auf zwei Landesparteitagen beschäftigen; auf dem ersten Parteitag im September wurde der erste Entwurf des Gesetzes beerdigt, auf dem zweiten Parteitag im November konnte der zweite Entwurf des Gesetzes dann nicht gestoppt werden. Entscheidend dafür waren weder das freundliche Abraten von Björn Engholm, noch der erbitterte Protest vieler Delegierter, entscheidend war dagegen die Drohung des Ersten Bürgermeisters, Henning Voscherau, mit der Regierungsunfähigkeit der SPD: man könne das Gesetz nicht ein zweites Mal stoppen, man könne nur noch die Parlamentsreform insgesamt beerdigen und damit das Verhältnis von Fraktion und Partei nachhaltig zerstören. Angesichts der Alternative Regierungskrise oder Zustimmung fand sich eine knappe Mehrheit (156:153) dafür, die Bürgerschaftsfraktion gewähren zu lassen. Das Gesetz wurde dann am 28. 11. 1991 mit den Stimmen der SPD und der CDU in der Hamburger Bürgerschaft verabschie-

Auch wenn das Abstimmungsresultat des Parteitages als "Backpfeife" für die Führung der Hamburger SPD zu werten war, an der Partei blieb der Makel haften, daß sie als eine Partei der "Selbstbedienung" dastand. Die Folge war eine Austrittswelle in der SPD, die innerhalb der Woche nach dem 28. November die Größenordnung von rd. 500 Austritten erreicht hat. Insgesamt soll es rd. 1000 Austritte wegen der Diätenregelung gegeben haben. Eine ähnliche Austrittswelle erlebte auch die CDU.

In der Öffentlichkeit nahm die Empörung nicht ab, sowohl in der SPD als auch in der CDU verstärkte sich der Druck der Bundesparteiführungen, und es zeigte sich, daß man wegen der Schärfe der Kritik faktisch politikunfähig geworden war... Spät kamen die SPD-Führung und der Erste Bürgermeister zu der Erkenntnis, daß "der politische Frieden in Hamburg in Gefahr ist... Das Ansehen der Politik in Hamburg darf keinen weiteren Schaden nehmen."5 Der Senat erhob gegen das Abgeordnetengesetz Einspruch nach Art.50 der Hamburgischen

Verfassung, und die SPD-Bürgerschaftsfraktion akzeptierte diesen Einspruch, damit erlangte das beschlossene Gesetz keine Gesetzeskraft.

Der Zug der Lemminge

Mit dem Thema Diäten und SenatorInnenversorgung ist Hamburg noch lange nicht zuende. Mit dem Untergang des Abgeordnetengesetzes fiel auch die Erhöhung der SenatorInnenpensionen von 1987, und ein Untersuchungsausschuß wurde eingesetzt, der das Zustandekommen des Versorgungsgesetzes von 1987 aufhellen sollte. Mit diesem Rückzug und dem Ansatz zur schonungslosen Aufhellung hätte die Chance bestanden, daß das Ganze als Hamburger Provinzposse in die Geschichte eingeht: SPD und Senat stehen am Ende "ohne Hosenknöpfe" auf der Bühne, das Publikum tobt, aber das Leben geht weiter...

Eine solche freundliche Entwicklung hätte nur durch große Anstrengungen erreicht werden können, denn hier war sehr viel mehr geschehen als nur ein Irrtum oder eine Fehleinschätzung: In einem sehr langen Verfahren und nach harten Auseinandersetzungen wurde genau das Falsche verwirklicht, das sich dann als unhaltbar erwies. Am Ende gab es in Hamburg kein neues Abgeordnetengesetz, aber den Vertrauensverlust in der Bevölkerung und die Abstimmung mit den Füßen sowohl in der CDU als auch in der SPD.

Selbst allein unter dem Aspekt des Machterhalts war das Verhalten der Mächtigen in der Stadtpolitik borniert: es wurden genug Argumente geliefert und genug "Brücken" gebaut, es wurde ihnen in allen Stufen der Auseinandersetzung leicht gemacht, Korrekturen anzubringen und eine Umkehr einzuleiten. Erst als der von Vielen vorhergesagte politische Flurschaden eintrat, sind sie vor dem Druck zurückgewichen⁶. Es muß eine tiefgehende Geringschätzung der nicht zum Establishment gehörenden Kritiker gewesen sein, die sich in dieser Ignoranz ausdrückte; und es muß eine Geringschätzung der Öffentlichkeit insgesamt gewesen sein, welche die Hoffnung nährte, mit diesem untragbaren Gesetzesvorhaben durchzukommen. Kurz: es war ein Paradebeispiel von Machtar-

Es ist erschreckend, daß die Machtarroganz sich gerade dort am stärksten und dauerhaftesten erwiesen hat, wo nach der idealtypischen Demokratievorstellung

die Verbundenheit mit den Sorgen und Nöten der Bevölkerung am größten sein soll, im Parlament. Bei der SPD-Bürgerschaftsfraktion ist es nicht übertrieben, von einer Blockade der Lernfähigkeit zu sprechen. Während die Parteiführung und der Erste Bürgermeister zwar viel zu spät, aber in eigener Entscheidung von dem Gesetzesvorhaben Abstand nahmen, mußte der SPD-Bürgerschaftsfraktion die "Wende" aufgezwungen werden. Es gab keine späte Einsicht, sondern verärgerte Anpassung⁷. Eine solche Entwicklung ist nur möglich, wenn es in der Bürgerschaftsfraktion der SPD fast keine Sensiblität mehr für die soziale Realität unserer Gesellschaft gibt. Diesen Volksvertretern ist entgangen, daß es in der Bevölkerung spätestens seit der "Steuerlüge" eine erhöhte Empfindlichkeit gegenüber der Belastung durch Steuern und Abgaben gibt. In solchen Zeiten eine Politik des maßlosen "Draufsattelns" aus der Staatskasse zu betreiben, und diese Politik nach zwei Gesetzesentwürfen, zwei Parteitagen und zahllosen Krisensitzungen eigentlich für immer noch für richtig zu halten, darauf kann nur eine Politikerklasse verfallen, die sich fast vollständig verselbständigt hat8. War diese Fraktion in ihrem Willen zum Diätengesetz kaum zu bremsen, so ist ihre Beteiligung an dem eingesetzten Untersuchungsausschuß zur Hamburger Diäten- und Pensionsaffäre eher lustlos zu nennen. Der Ausschuß hat nur festgestellt, "daß die Hansestadt von lauter Ahnungslosen regiert worden ist."9

Was die Parlaments-, Verwaltungs- und Verfassungsreform angeht, dessen verselbständigter und vorgezogener Teil das Abgeordnetengesetz nur war, so hat Henning Voscherau bereits zum Jahreswechsel 1991/92 eine lange Bedenkzeit für einen Neuanfang angekündigt: es gibt "keine realistische Möglichkeit, die Bürgerschaft mit einem Entwurf zur Verfassungs- und Verwaltungsreform zu behelligen, solange die Parlamentsreform nicht zu einem gedeihlichen Ende geführt ist".10 Damit ist das eine Kernstück des Regierungsprogramms des Ersten Bürgermeisters faktisch in die nächste Legislaturperiode verschoben. Das zweite Kernstück - die Schaffung einer umfassenden Stadt- und Verkehrsplanung - ist dann im Frühjahr nach längeren Kompetenzstreitigkeiten innerhalb des Senats faktisch beerdigt worden. Der als "Beton-Eugen" bekannte Bausenator Wagner konnte sich im Kampf

Podium Progressiv

Thomas Friedrich
"Welch eine Kraft es gab,
als Stalln sprach"

Personenkult und SED 104 S., DM 9.-

Jens Becker

Der Widerstand der KPD-O
im Faschismus

112 S., DM 9.-

Michelle Grégoire (Hrsg.)
Neofaschismus

Dokumente aus dem Deutschen Bundestag 104 S., DM 9.-

Weichold/Dietzel/Schwenk Die europäische Linke

Vergleichende Studie zu linken Parteien und Bewegungen in Europa 204 S., DM 16,80

Harald Werner Mythos und Realität der Erwerbsarbeit

ca. 100 S., DM 9.-

Bergmann/ Keßler (Hrsg.) Aufstieg und Zerfall der Komintern

Studien zur Geschichte ihrer Transformation ca. 252 S., DM 19,80

Michelle Grégoire Eine Archäòlogie der West-PDS

ca. 60 S., DM 5.-

Richard Schwarz

Aspekte einer neuen Machttheorie. Michel Foucault

44 S., DM 4.-

Malycha/Hedeler
Die Stallnisierung der SED

100 S., DM 9.-

Bestellungen an:
PDS/Linke Liste
Postfach 3346, 6500 Mainz

um die Kompetenzen gegen die ehemalige Landesvorsitzende Traute Müller durchsetzen; damit ist der Versuch gescheitert, mit einer neuen Behörde eine fortschrittliche Stadtentwicklungspolitik gerade gegen den langjährigen Bausenator durchzusetzen.

Zu einem Neuanfang nach dem Debakel hat die politische Gestaltungskraft von Fraktion und Senat nicht gereicht, die Themenfelder, auf denen das möglich gewesen wäre - Verkehr, Wohnen, Ausländer. Drogen - sind bereits im Senat kaum konsensfähig. Es erweist sich hier als Hemmis, daß die Hamburger SPD nach einer Phase erbitterter Grabenkämpfe in den letzten Jahren versucht hat, mit ungenauen und oberflächlichen Kompromissen einen "Kurs der Harmonie" zu erreichen. Die organisierten Flügel innerhalb der SPD existieren zwar weiterhin, aber sie haben an Bedeutung verloren: Weder im Konflikt um die Diäten, noch im Konflikt um die Stadtentwicklungsbehörde waren die traditionellen Zuordnungen entscheidend¹¹. "Die Konfliktlinie in unserer Partei läuft nicht mehr zwischen... einem ideellen rechts oder links. Sie wird zunehmend überlagert von einer Konfliktlinie zwischen jenen, die bestehende Machtstrukturen und Seilschaften erhalten wollen und einer Basis, die diese Politik schlicht satt hat."12

In der SPD halten die Verluste an Zustimmung in der Bevölkerung und an Mitgliedern die Erbitterung virulent. Für die Zukunft ist die spannende Frage, ob in der Partei die Kräfte gebündelt werden können, die für einen Neuanfang in Hamburg notwendig sind. Ein Neuanfang hängt weniger an der Gestaltung innerparteilicher Strukturen, als an verstärkten inhaltlichen Auseinandersetzungen, die zu tragfähigen und verbindlichen Ergebnissen führen. Nur durch die Schaffung eines neuen Konsenses eröffnet sich die Möglichkeit eines Neuanfangs. Sollte das nicht gelingen - und diese Aufgabe ist sehr viel schwerer als das bisherige Organisieren des Widerstands -, dann werden sich Senat und Bürgerschaft bis ans Ende der Wahlperiode schleppen. Die dann folgende Wahl kann dann ohne positive Anstöße der Bundespolitik - die heute nicht zu erahnen sind - nur verloren gehen.

- Morgenpost vom 17.12.1991, S. 17.
- Wer sich für die Einzelheiten interessiert, sollte sich die vier Stellungnahmen von Prof. Hans Herbert von Arnim besorgen. Kurzfassungen dieser

Stellungnahmen sind nachzulesen in der "Zeit" vom 12.9.1991, S.20; FAZ vom 28.9.1991, S.28; FAZ vom 11.12.1991, S.20. Mit diesen Stellungnahmen hat der Bund der Steuerzahler auf den Gang der Ereignisse in Hamburg einen kaum zu unterschätzenden Einfluß ausgeübt.

- 3 Es solt hier nur angemerkt werden, daß auch die rückwirkende Altersversorgung als solche bereits die Privilegien in den Vorstandsetagen der deutschen Unternehmen überbietet: In unserer Gesellschaft gibt es faktisch nur in den Leitungsgremien der Unternehmen die Möglichkeit, sich nachträglich die Entlohnung aufzubessern, aber selbst dort gibt es keine rückwirkende Anerkennung von ehrenamtlicher Tätigkeit als Grundlage der Altersversorgung, wie sie die verfassungsändernde Mehrheit der Hamburger Bürgerschaft verabschiedet hat.
- 4 Hans Herbert von Arnim in der "Zeit" vom 12.9.1991.
- 5 Presseerklärung von Henning Voscherau, Helmuth Frahm und Günter Elste vom 6.12.1991, zitiert nach TAZ vom 9.12.1991.
- Es war nicht einmal Einsicht, es war einfach ein Nachgeben vor dem zu starken Druck der Öffentlichkeit. Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Günter Elste, hat nach dem endgültigen Aus für den zweiten Gesetzesentwurf erklärt: "Ich halte das Gesetz in seinen wesentlichen Punkten nach wie vor für richtig." (Harnburger Abendblatt vom 9.12.1991, S.13.)
- 7 Nach der Rede des Ersten Bürgermeisters zum Einspruch des Senats klatschte nur eine Abgeordnete der SPD mit hochrotem Kopf, der Rest der SPD-Fraktion bedachte Henning Voscherau mit trotzigem Schweigen.
- 8 Hätte die SPD nach der Bürgerschaftswahl 1991 die Ursachen ihres eigentümlichen "Wahlsiegs" analysiert, dann hätte sie wissen k\u00f6nnen, daß der Versuch eines Di\u00e4tengesetzes genau den "Nerv" in der Bev\u00f6lkerung treffen mu\u00f3te, den schon Hellmut Kohl nachhaltig sensibilisiert hatte.
- Der Spiegel, H.16/1992, S.74.
- 10 Hamburger Abendblatt vom 28./29.12.1991, S.1
- 11 Zwar gelten Wagner und Müller als Repräsentanten von rechtem und linkem Flügel, aber es ist charakteristisch, daß die Entscheidung über die Kompetenzenverteilung im Senat gegen Müller auch von allen anderen "linken" Senatoren mitgetragen wurde.
- 12 Diätendesaster oder das Scheitern traditioneller Politikmuster, Vorstand der AsJ-Hamburg, S.5.

Landesparteitag der Bremer SPD:

"Erneuerung an Haupt und Gliedern"?

von Susi Möbbeck*
Mit einem erdrutschartigen Verlust von
zwölf Prozent hatten die Bremer Wählerinnen und Wähler im vergangenen September die seit zwanzig Jahren alleinregierenden SozialdemokratInnen vom
Sockel gestoßen. Obwohl rechnerisch
möglich, konnte eine rot-grüne Koalition
innerhalb der SPD nicht durchgesetzt
werden. Die "Ampel" erschien vielen
als die stabilere Grundlage für vier Jahre
Regierungspolitik.

Ampelkoalition setzte sich durch

Nachdem die Ampel-Koalitionsvereinbarung bereits paraphiert worden war, formierte sich innerparteilich die Front derjenigen, die eine große Koalition befürworteten um die damaligen Senatoren Grobecker und Kunick. Die Parteilinke, die Anfang Oktober noch für rot-grün gekämpft hatte, stand nun Seit an Seit mit Klaus Wedemeier gegen das Gespenst der großen Koalition. Wurden zwei Monate vorher noch die Parteilinken, die personelle Konsequenzen an der Spitze gefordert hatten, gegeißelt, so forderte nun Konrad Kunick offen Wedemeiers Kopf. Im "traditionellen" Bremer Westen war und ist die Grundstimmung von der Enttäuschung über Klaus Wedemeier geprägt, dem der Verlust der SPD-StammwählerInnenschaft angelastet wird. Die Senatsbildung, bei der zwei Senatoren aus dem Westen (u.a. Kunick) herausfielen, bildete dann den Auslöser dafür, daß Teile seiner bisherigen Gefolgschaft sich von Wedemeier absetzten. Doch auf dem Landesparteitag war es nur eine verschwindende Minderheit, die Parallelverhandlungen mit der CDU aufnehmen wollte. Der Ampelkoalition stand nichts mehr im Wege.

Starke Reibungsverluste der SPD

Fünf Monate später ist das eingetreten, was die Parteilinke von vormherein be-

allem die FDP sich profilieren, wird die SPD dazwischen zerrieben. Wedemeier und die sozialdemokratischen SenatorInnen bleiben unsichtbar oder haben die undankbare Rolle, die rigide Sparpolitik in ihren Ressorts umsetzen und der eigenen Klientel erläutern zu müssen. Das Hauptproblem für den Senat stellt die Finanzlage - und damit verbunden der Kampf um den Erhalt des eigenständigen Bundeslandes - dar. Schon während der Koalitionsverhandlungen hatte man sich auf ein Umfangreiches Sparprogramm geeinigt. 3000 Stellen im öffentlichen Dienst sollen bis zum Jahr 2000 eingespart werden. Gleichzeitig sind mit dem Beschluß der Bundesanstalt für Arbeit, die ABM-Mittel nach Ostdeutschland umzulenken, weitere ca. 2000 Stellen im Bereich der beschäftigungspolitischen Initiativen und sozialkulturellen Projekte gefährdet. Der Haushalt des kleinsten Bundeslandes soll darüberhinaus mit diversen Abgaben und Gebührenerhöhungen saniert werden. Für die SPD ist diese Situation bedrohlich: Bei der Bürgerschaftswahl sind die StammwählerInnen massenweise zur DVU übergelaufen oder haben sich an der Wahl nicht beteiligt. Mit der jetzt durchgeführten Sparpolitik werden wiederum genau diese Gruppen geschröpft und es sind die sozialdemokratischen SenatorInnen, die diese Politik vermitteln

Parteitag der SPD

Vor diesem Hintergrund muß der jüngste Landesparteitag der Bremer SPD am 28.3. betrachtet werden, auf dem sich der kommissarische Landesvorsitzende Horst Isola (Bremen-Ost) und der Ex-Senator Konrad Kunick (Bremen-West) als Vorsitzkandidaten gegenüberstanden. Mit der kurzfristigen Nominierung Kunicks artikulierte sich die anhaltende Unzufriedenheit des Bremer Westens. Während die Parteilinke nach Wegen zu einem Brückenschlag zwischen modernen und traditionellen sozialen Gruppen sucht und eine programmatische, personelle und organisationspolitische Erneuerung in diesem Sinn anstrebt, wird im Bremer Westen der Verlust der StammwählerInnen für ein Zurück zu traditionellen Politikkonzepten genutzt: da werden die Vereine und Milieustrukturen beschworen und die latent vorhandene Intellektuellenabneigung geschürt. Eine große Koalition soll für

fürchtet hatte: Während Grüne und vor allem die FDP sich profilieren, wird die SPD dazwischen zerrieben. Wedemeier und die sozialdemokratischen SenatorInnen bleiben unsichtbar oder haben die undankbare Rolle, die rigide Sparpolitik in ihren Ressorts umsetzen und der eigenen Klientel erläutern zu müssen. Das Hauptproblem für den Senat stellt die Finanzlage - und damit verbunden der Kampf um den Erhalt des eigen-

Staatspartei SPD

Hatte schon der Parteitag Anfang Oktober gezeigt, daß die Bremer SPD gegenwärtig zu einem ernsthaften Bruch mit der Rolle der Staatspartei nicht fähig ist. so hinterließ auch der jüngste Parteitag den schalen Nachgeschmack des "Business as usual". Nachdem das Parteivolk durch ellenlange Rechenschaftsberichte hinreichend ermüdet war, wurde von beiden Kandidaten eine harte Polarisierung vermieden. Im ersten Wahlgang erhielt Horst Isola nur zwei Stimmen Vorsprung (93:91), erst im zweiten Wahlgang wurde der Vorsprung mit 98:83 deutlicher. Daß Kunick - trotz seiner Kapriolen im vergangenen Dezember - so nah an Horst Isola herankam, ist darauf zurückzuführen, daß die strategischen Unterschiede, aber auch die unterschiedlichen Vorstellungen von politischer Kultur, nicht hinreichend deutlich gemacht wurden. Der Landesvorstand ist insgesamt durchaus mit einer potentiell linken Mehrheit bestückt. Bei den Wahlen zum Parteirat wurde Detlev Albers wiedergewählt.

Zusammenfassend bleibt zu sagen: zwar hat die Bremer SPD mit ihrem diesjährigen Landesparteitag die Kraft zu der vielbeschworenen "Erneuerung an Haupt und Gliedern" noch nicht gefunden. Die Debatte um eine Organisationsreform ist aber in vollem Gange und bietet Chancen für eine nicht nur technokratische Modernisierung. Die personellen Veränderungen lassen darüberhinaus hoffen, daß die dringend nötige Profilierung der Partei gegenüber dem Senat aufgenommen wird. Hier gilt es, Kraft für die "Halbzeitbilanz '93" zu sammeln. Die dann vorzunehmenden inhaltlichen und personellen Weichenstellungen werden entscheidend sein dafür, ob es der SPD bei den nächsten Bürgerschaftswahlen gelingen kann, verlorenes Terrain zurückzugewinnen.

Susi Möbbeck, Mitherausgeberin der spw, Bre-



von Thomas Westphal*

Das Wahlergebnis von Schleswig-Holstein kann auf den ersten Blick täuschen. Die wiederrungene absolute Mehrheit der SPD könnte zur Annahme verleiten, die Wahlkampfaussagen der SPD: "Schleswig-Holstein hat wieder einen guten Namen" und: "Björn Engholm einer von uns" seien durch die überwiegende Mehrheit der Schleswig-HolsteinerInnen bestätigt worden. Die erneute absolute Mehrheit läßt eine breite Zustimmung zum Regierungskurs der letzten vier Jahre erahnen. Es scheint als sei der linke SPD-Landesverband Schleswig-Holstein mit Björn Engholm an der Spitze über alle politischen Tendenzen in der Bundesrepublik erhaben.

Hauchdünne absolute Mehrheit

Jedoch, diese Schlußfolgerungen aus dem Wahlergebnis gehen fehl. Zunächst ist die erneute absolute Mehrheit denkbar knapp ausgefallen. Ganze 320 Stimmen fehlten den Grünen, um in den Landtag einzuziehen und damit der SPD die absolute Mehrheit zu klauen. Zum anderen sind die starken Gewinne der DVU, die jetzt mit 6,5% als drittstärkste Kraft in den Landtag einziehen, sowie die hohe Zahl der NichtwählerInnen; ihr Anteil an der Gesamtwählerschaft liegt diesmal höher als das Gesamtergebnis der CDU, deutliche Signale des Vertrauensverlustes, auch für die Nord-SPD. Die SPD hat in Schleswig-Holstein, selbst im Vergleich zu 1987 (die Wahl vor der Enttarnung Barschels) real an Stimmen verloren.

Verluste der SPD - Gewinne der DVU

Die Hochburgen der SPD, die in Schleswig-Holstein traditionell in den großen Kreisfreien Städten wie Kiel und Lübeck liegen, verlieren zunehmend diese Bedeutung. Hier hat die SPD allein 12,0 %

Absolute Mehrheit gewonnen -

Vertrauen verloren!

verloren, hier hat auch die DVU ihre höchsten Ergebnisse. Das Ergebnis ist also auf den zweiten Blick alles andere als berauschend. Es liegt vielmehr im gesamten negativen Trend der letzten Jahre. Die SPD kann nach wie vor kein politisches Kapital aus dem Abwirtschaften des regierenden Blocks schlagen. Wie sollte sie auch. Eine Partei, die die Wirtschafts- und Währungsunion konsensual mitgetragen hat, die größere Korrekturen an der unsozialen Politik aufgrund innerparteilicher Meinungsverschiedenheiten unterlassen hat, die Alternativen für die soziale Einheit kaum oder gar nicht hat erkennen lassen, ist eben auch keine politische Alternative. Jetzt rächt es sich, daß die SPD die tiefe Erosion nach der Bundestagswahl '90 nur halbherzig und technokratisch gelöst

SPD - keine politische Alternative

Die SPD erstarrt zwischen der Pflege traditioneller Unsitten an der Basis und der Analyse einer sozial und gemeinschaftlich entwurzelten Gesellschaft, in der Solidarität und soziale Bündnisse ausgeschlossen scheinen. Die Mitgliedschaft, auch in der Schleswig-Holsteinischen SPD ist weitgehend inaktiv. Die regionalen Parteigliederungen sind vollständig in die kommunale Parlamentsarbeit und das dazu gehörende Personalkarussell eingebunden. Gesamtgesellschaftliche Perspektiven oder gar Eckpunkte für neue Reformkonzepte werden in der aktiven Mitgliedschaft kaum oder gar nicht diskutiert.

Verlust an politischer Substanz

Der reale und materielle Verlust an politischer Substanz, fachlicher Leistungsfähigkeit und sozialer Utopie läßt sich eben doch nicht einfach mit einem neuem Stil von Glaubwürdigkeit und Unaufgeregtheit à la Engholm überdecken. Das Schleswig-Holsteinische Wahlergebnis ist deshalb so etwas wie eine poli-

tische Schablone, die, wenn man sie auf die gesamte Republik anlegt, für die Sozialdemokratie gut 10 Jahre nach der konservativen Wende nichts Gutes erahnen läßt. Das Beispiel der unsäglichen Asylpolitik zeigt das ganze Ausmaß an Politikunfähigkeit und Provinzialismus der SPD in den 90er Jahren.

Die SPD hat von Beginn an das Spiel um den Art. 16 GG mitgemacht und sich darin verheddert. Sie ist der konservativen Logik, daß das weltweite Migrationsproblem eigentlich ein Problem unserer liberalen Asylrechtslage sei, im Kern gefolgt. Die sozialdemokratische Variante dieser Logik heißt: "Nein" zur Änderung des Grundgesetzes aus prinzipiellen Erwägungen und "Ja" zu einem Verfahrensbeschleunigungsgesetz. Damit aber war bereits alles verloren. Es war quasi das Zugeständnis, daß das eigentliche Problem im bundesdeutschen Asylrecht zu suchen sei. Es wurde zum unausgesprochenem Grundkonsens der Parteien. Dieser Konsens erst verschaffte der permanenten rechtsextremen Parole vom Asylmißbrauch eine reale Basis. Die Rechtsextreme (DVU und Republikaner) konnten an dieser Stelle der pragmatisch verkneulten Parteien ansetzen und einen Schritt weiter gehen. Das angeblich problematische Asylrecht wurde zur Projektionswand aller eigentlichen sozialen Probleme. Nur durch diesen Gleichklang von fehlender sozialpolitischer Perspektive und der Rekonstruktion ideologischer Bezüge für die Rechtsextremen konnten es zum direkten WählerInnenwechsel von der SPD zur DVU in Schleswig-Holstein kommen. Weiter verschärft wurde dieser Trend sicher auch durch die Zählappelaktion des Sozialministers Jansen wenige Wochen vor dem Wahltermin.

Wenn auch im Berliner Programm ein neues Projekt des sozialen und ökologischen Umbaus mit einem starken Nord-Süd-Problembewußtsein begründet wird, so spielt dieses in der konkreten Politik nur eine untergeordnete Rolle. Das tägliche Parteileben, selbst in diesem mutmaßlich linken Landesverband, sieht eine Konkretisierung dieser Politik nicht vor. Die Analysen und Reaktionen in der Parteispitze nach der Wahl haben gezeigt, daß es hier mittlerweile ein entwickeltes Problembewußtsein gibt, die realen Veränderungsvorschläge aber dünn gesät und längst nicht ausgereift sind.

> Heiko Mau, ehem. Landesvorsitzender der JU-SOS, Berlin

Bericht vom Juso-Linken-Forum '92 am 24./25.4. in Hannover

von Heiko Mau*

Gut ein Jahr nach dem erfolgreichen Dortmunder Juso-Linken-Forum '91 versammelten sich diesmal zahlreiche Genossinnen und Genossen in Hannover, um anknüpfend an die in ProMS und spw geführten Diskussionen über die neu entstehende Weltordnung und einen "neuen Internationalismus" zu debattieren.

Das Hauptreferat hielt Kurt Hübner, Poim Zuge des voranschreitenden Niedergangs der US-Hegemonialstellung von den Zentren dieses Weltsystems (USA/ EG/Japan) würden immer wahrscheinlicher.

Das neue Weltwirtschaftsgefüge bezeichnete Hübner als eine "Club-Weltwirtschaft": Die Ökonomien der OECD-Staaten im Verein mit den führenden asiatischen Wirtschaftsräumen (Japan und die "vier Tiger") und die maßgeblichen Rohstoffökonomien (vor allem die OPEC, aber auch einige ex-RGW-Regionen) bestimmten diese Weltwirtschaft und bezögen in diese einige für sie interessante Ökonomien des Trikonts und der osteuropäischen Länder ein. Die "Verlierer" dieses System würden entweder durch finanzielle Abfindungen oder durch politische bzw. sogar militärische Mittel vom Weltmarkt abgekoppelt. Hierbei ist zu betonen, daß mit "Ökonomien" auch Teilregionen einzelner Staaten gemeint sein können. Die von Teilen der Linken verfolgte Strategie der bewußten Abkopplung vom Weltmarkt zum Aufbau einer eigenen alternativen Ökonomie lehnte er als ein "Relikt aus den 60er Jahren" eindeutig ab. Vielmehr ginge es für diese Länder darum, sich ihren Platz in dieser Für einen neuen

litologe an der FU Berlin und Redakteur der PROKLA. Hübner versuchte, die sich neu herausbildende Weltwirtschaft nach der Beendigung der bipolaren Weltordnung zu skizzieren. Durch den Niedergang des RGW könne sich die kapitalistische Dynamik zum ersten Mal uneingeschränkt entfalten. Zugleich sei einem mehrpoligen Weltsystem auszugehen, in dem verschiedene Akkumulationstypen miteinander konkurrieren. Schwere Konflikte zwischen den führenWeltordnung zu erobern. Den entstehenden Konflikt zwischen den kapitalistischen Verwertungsinteressen beim Aufbau funktionsfähiger Ökonomien in diesen Länder und dem Bedürfnis der dort lebenden Menschen nach demokratischen und gewerkschaflichem Mitbestimmungsrechten hält Hübner für den entscheidenden Ansatzpunkt linker Strategien. Zudem sei die Herausbildung neuer internationaler Diskussions- und

Aktionszusammenhänge nötig. Diesem überwiegend analytischen und weniger strategisch-politischen Ansatz versuchte anschließend Uwe Kremer, praktische Ansatzpunkte für eine linke Strategie hinzuzufügen. Auch Uwe ging davon aus, daß der Traum einer antiimperialistischen Bewegung, die eine Alternative zum bestehenden Weltmarkt aufbaue, ausgeträumt sei. Die einzige Chance der Länder des Trikont sei die Einbeziehung in den Weltmarkt. Um hierbei Spielräume zu gewinnen, bräuchten sie die Solidarität von Teilen des Nordens. Seiner Meinung nach könne die EG eine solche Rolle spielen. Hierbei müsse die Linke folgende Punkte im Auge haben:

- die Entwicklung konstruktiver internationaler Projekte (z.B. Solarwirtschaft) und ihre Integration in alle Politikarbeitsfelder
- ein Bündnis im Kampf gegen Rassismus nach dem Vorbild von SOS-Racisme in Frankreich - und zwar unter Einbeziehung der Immigranten
- Solidarität mit neuen fortschrittlichen Kräften im Süden (Grass-Roots-Bewegungen, Ökologie-Gruppen, Gewerkschaften, Stadtteilinitiativen)
- die Herausbildung eines breiten "Bündnisses von Arbeit, Wissenschaft und Kultur" in Europa zur Mobilisierung von internationalen Lösungskompetenzen eine internationalistische Auslegung
- der schon im Berliner Grundsatzprogramm der SPD angelegten "Politik ausgewählter Wachstumsfelder" und
- die Wiederaufnahme der Bemühungen um eine Euro-Linke.

Wichtig war Uwes Hinweis, daß der "neue Internationalismus" das Erbe des "alten" nicht verleugnen dürfe, sondern in sich aufnehmen müsse: Daher sei die Solidarität mit Cuba eine unverzichtbare Aufgabe auch des "neuen Internationalismus".

Die sich an die Vorträge anschließenden kurzen Debatten konnten sicherlich die sich bei den einzelnen ZuhörerInnen ergebenden Fragestellungen nicht völlig widerspiegeln. Am meisten kritisiert wurden die als alternativlos hingestellte Notwendigkeit der Ankopplung an den Weltmarkt der Länder des Trikonts und die völlige Verneinung einer bewußten Abkopplung einzelner Ökonomien.

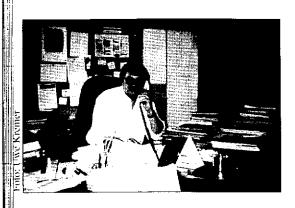
Die Frage bleibt, ob die Herausbildung dieses neuen Weltmarkts in Verbindung mit staatsinterventionistischen Regulierungsmechanismen tatsächlich die einzige Perspektive zur Lösung der weltweiten Krise ist, die für eine sozialistische Linke vorstellbar ist. Ebenso ist fraglich, inwiefern ausgerechnet die EG in diesem Prozeß eine positive (d.h. an den Interessen der verelendeten Menschen orientierte) Funktion wird wahrnehmen kön

Völlig unerörtert blieb auch, wie eigent lich die SPD in ihrem gegenwärtigen Zustand oder gar der Juso-Verband hier eine Rolle spielen sollten. Wie wenig vorstellbar gerade letzteres im Moment ist, wurde wohl auf der am Samstagabend mit VertreterInnen der Partei und Flüchtlingsiniativen geführten Auseinandersetzung mit Migrationspolitik und dem drohenden Umfallen der SPD bezüglich einer Änderung des Art. 16 GG sowie der Diskussion um den Zustand des Juso-Bundesverbandes am Sonntag klar. Dabei sind wohl gerade diese Punkte, die zunehmende Übernahme rechter, rassistischer Positionen von Teilen der SPD und die fast völlige Depolitisierung des Juso-Bundesverbandes durch die Mehrheitsströmung im Bundesvorstand die zentrale Gefahr auch für die weitere Existenz der Juso-Linken als linkssozialistischer Strömung bei den Jusos und in der SPD.

Trotzdem - oder gerade deshalb - muß das Juso-Linken-Forum wohl auch dieses Jahr als ein Erfolg angesehen werden, was die Beteiligung als auch das Niveau der Diskussion anbelangt. Wobei letzteres wohl für die meisten in ihrem gegenwärtigen Partei- und Verbandsleben besonderen Seltenheitswert hat.

Thomas Westphal, Juso-Landesvorsitzender Schleswig-Holstein, Lübeck

Industriegewerkschaft im Strukturwandel



Gespräch mit Heinz Bierbaum (1 Bevollmächtigter der IG Metall-Verwaltungsstelle Frankfurt am Main) über Industriegewerkschaften in der Dienstleistungsmetropole, Unternehmenskultur und soziale Gegenmacht, Industriepolitik und Stadtentwicklung. Für die spw führte das Gespräch Uwe Kremer.

spw: Wir befinden uns in der IG-Metall-Verwaltungsstelle Frankfurt am Main - in einer Stadt also, die wohl wie keine andere in Deutschland mit dem Begriff der "Dienstleistungsmetropole" in Verbindung gebracht wird. In den letzten Jahren hat ja insbesondere in der Sozialdemokratischen Partei eine Diskussion am Frankfurter Beispiel stattgefunden. Umso interessanter nun die Frage nach den Problemen und Perspektiven einer Industriegewerkschaft in der "Dienstleistungsmetropole".

Bierbaum: Ich denke zunächst einmal, daß die Grundlagen der von Dir angesprochenen SPD-Debatte um die "Dienstleistungsmetropole" und einer sich daran anpassenden politischen Orientierung ziemlich brüchig geworden sind. Gegenüber dem Optimismus, die Expansion der Dienstleistungen werde die sozialen Probleme der Stadtentwicklung wie auch des Arbeitsmarktes lösen, greift heute doch eine wesentlich nüchternere Sichtweise um sich. Auch in der SPD werden heute deutlicher die Risiken gesehen, die der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft in sich birgt. Es gibt mittlerweile Studien - ich beziehe mich hier vor allem auf ein Gutachten des IMU-Institutes -, die aufzeigen, daß eine ungebrochene Verlängerung dieses Trends bei einer parallelen Schrumpfung der industriellen Basis derartige Risiken mit sich bringt.

Zunächst einmal besteht die Gefahr, daß sich die schon vorhandene soziale Polarisierung in Frankfurt erheblich verstärken wird: Den Gewinnern bei den höherwertigen Dienstleistungen stehen diejenigen gegenüber, denen nur Billigjobs verbleiben und die zusammen mit einem großen Teil der "Normalverdienenden" unter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten leiden und sozialen Abstieg in Kauf nehmen müssen. Hinzu kommt, daß eine Monostruktur im Dienstleistungsbereich höchst krisenanfällig ist und von daher keine sichere Basis für die zukünftige Entwicklung darstellen kann. Heute stellt sich vielmehr die Aufgabe, die industriellen Bereiche, die es in Frankfurt noch gibt, zu halten - auch und gerade, um eine Perspektive für die Gesamtheit der Bevölkerung und einer im roten-grünen Sinne vielgestaltigmultikulturellen Lebensweise eine produktive Basis zu bieten: Dies geht nur mit einer gemischten Wirtschaftsstruktur.

Für die Gewerkschaften und insbesondere die IG Metall stellt sich die Situation natürlich als recht schwierig dar - während in der Metallwirtschaft weit über 50% der Beschäftigten Angestellte sind, liegt der Prozentsatz in der IGM bei ca. 25%, was zwar immer noch mehr ist als in den meisten anderen Regionen, aber auf der anderen Seite mit einem relativ geringen Organisationsgrad einhergeht. Ich sehe allerdings noch kein Patentrezept, um mit dieser Situation umzugehen. Und ich will gleich zweierlei hinzufügen: Zum einen ist der Bereich der Angestellten selbst außerordentlich breit differenziert: "die" Angestelltenpolitik gibt es insofern gar nicht. Und zum anderen stellen sich die Anforderungen an neue Formen gewerkschaftlicher Arbeit, an Partizipation, an einen Bezug zu individuellen Ansprüchen usw. ja nicht nur im Angestelltenbereich, sondern für die gesamte Gewerkschafts-

Zieht man die gewerkschaftliche Problematik mit meinen anfänglichen Ausführungen zusammen, so stellt sich uns die Aufgabe, als Gewerkschaften in der Stadtentwicklung selbst aktiv zu werden, was die IG Metall übrigens auch zunehmend hit

spw: Stichwort Angestellte: Diese Tendenzen und Probleme berühren ja auch den grundlegenden Mechanismus der Gewerkschaften, der auf einer immer wieder herzustellenden Bündelung bzw. Aggregation von Interessen beruht. Inwieweit kann davon unter den heutigen Bedingungen noch die Rede sein? Während die einen noch auf der Möglichkeit beharren, über gemeinsame soziale Interessen mit materiellem Hintergrund zukunftsfähig zu bleiben, sehen andere nur noch eine große Interessenvielfalt, in der "symbolische Interessen" nach kommunikativer Gestaltung, beruflicher Anerkennung und persönlicher Beteiligung sich stärker in den Vordergrund schieben. In der Konsequenz sei der gewerkschaftliche Zusammenhalt immer weniger aus sozialen Lagen und immer mehr aus "Diskursen" bzw. in der Kommunikation herleitbar - eine Auffassung, die sich beispielsweise bei Eberhard Fehrmann in einem spw-Interview (spw-Heft 1/91) aus dem letzten Jahr an-

Bierbaum: Eine derartige Gegenüberstellung - Gewerkschaften als Diskursorganisation und Gewerkschaften als Organisator kollektiver Prozesse - halte ich grundsätzlich für falsch. Wir brauchen neue Kommunikationsformen, die den veränderten Bedingungen und Ansprüchen Rechnung tragen. Aber die Vertretung grundlegender sozialer Interessen in der organisierten betrieblichen und tarifpolitischen Arbeit bleibt gleichwohl und unvermindert aktuell. In diesem Sinne müssen wir traditionelle Gewerkschaftspolitik betreiben. Und die klassischen Felder dieser Politik - etwa bei den Arbeitsbedingungen, beim Leistungsdruck, bei der Eingruppierung und bei der Sicherung von Arbeitsplätzen - bleiben auch bei den Angestellten aktuell. Natürlich müssen die gestalterischen Momente - und nicht nur die Gefahren - betont werden. Aber auch dabei muß klar sein, daß der Gesamtzusammenhang des Betriebes in seiner wirtschaftlichen und seiner Belegschaftsstruktur im Blickfeld der Gewerkschaften bleiben muß.

Sozialpartnerschaft versus Gegenmacht

spw: Die Frage nach den Interessen berührt noch ein weiteres Problem, das Du vor einigen Monaten in der Zeitschrift "Sozialismus" angesprochen hast. Stichwort "korporatistische versus autonome Gewerkschaften". Ich muß sagen, daß mich diese Gegenüberstellung etwas überrascht hat. Es handelt sich dabei ja um ein Begriffspaar, das so oder in ähnlichen Paarungen wie kooperative versus konfliktorische Gewerkschaften, Sozialpartnerschaft versus Gegenmacht vor allem in den gewerkschaftspolitischen und gewerkschaftstheoretischen Debatten der 70er Jahre eine große Rolle spielte. Diese begrifflichen Konstruktionen und dahinter stehenden Intentionen unterstellen allerdings, daß eine Formulierung, Bündelung oder gar Vereinheitlichung von Interessen in Gegenüberstellung zu einem sozialen Gegner möglich sei. Ich habe nun den Eindruck, daß insbesondere dort, wo die diskursiven Qualitäten der Gewerkschaftsar-

Wenn es für Unternehmen wirtschaftlich schwierig wird, stellt sich die "Unternehmenskultur" in einem anderen Lichte dar, als dies manche modischen Vorstellungen nahelegen.

beit sehr stark angesprochen werden, jene Vorstellung von Interessen, die mit den genannten Begriffspaaren verbunden ist, immer stärker in den Hintergrund tritt. Welche Rolle spielen Gegnerbezug und Gegenmacht heute noch für die Gewerkschaftsbewegung?

Bierbaum: Ich habe in der Tat den Eindruck, daß die Frage des Gegnerbezuges bzw. des sozialen Antagonismus in den heutigen Debatten schleichend vergessen wird. Was ist passiert? Die Umbrüche im Arbeitsprozeß sind in der Vergangenheit ganz überwiegend so interpretiert worden, daß sie qua Rationalisierung Arbeitsplätze und soziale Perspektiven der Lohnabhängigen gefährden. Heute erleben wir auch auf Seiten der Unternehmer eine Wiederentdeckung und Aufwertung der lebendigen Arbeit im Produktionsprozeß, was wiederum Spielräume der Gestaltung, der Mitarbeit und der persönlichen Entfaltung in der Arbeit eröffnet. Und die darin enthaltenen Möglichkeiten müssen auch von unserer Seite

Ein Bündnis gegen die Armut

Gesellschaftliche Gruppen gründen Sozialpolitische Offensive

Solch ein Bündnis hat es in Frankfurt noch nicht gegeben: Es geht gegen Armut, soziale Not und die Unfähigkeit der Politiker und Verwaltungen, hier etwas zu ändern. Da machen jetzt Arbeitgeberverbände und DGB gemeinsame Sache mit den beiden christlichen Kirchen, den freien Wohlfahrtsverbänden und dem Institut für Sozialforschung, Ein außergewöhnlicher Versuch in einer besonderen Situation", begründet Pfarrer Karsten Petersen vom evangelischen Industrie- und Sozialpfarramt den Pakt der ungewöhnlichen Partner, "aber Armut ist eben zu einem stetigen Problem in Frankfurt geworden."

Das wollen die Gründer der "Sozialpolitischen Offensive" — so nennt sich der jetzt gegründete Zusammenschluß — nicht mehr den Politikern und Kommunalbehörden überlassen. Das Bündnis mischt sich ein und fordert "endlich eine vorausschauende Politik, die verhindert, daß immer mehr Menschen in dieser Stadt aus dem System rausfallen" (Petersen).

Die "Offensive" listet auf: "breiter Sokkel von Arbeitslosigkeit mit 30000 Menschen"; "grassierende Wohnungsnot, die den Mittelstand erreicht"; "wachsende Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen, die keine Lebens- und Berufsperspektiven haben"; "erschreckende materielle und geistige Verarmung in den sozialen Brennpunkten".

Das alles falle zusammen mit Ebbe in der Stadtkasse. Der Sozialetat im Römer sei durch Sozialhilfezahlungen so befrachtet, daß kein Geld mehr da sei, um eine neue, qualitativ bessere Sozialpolitik

Solch ein Bündnis hat es in Frankfurt sich nicht gegeben: Es geht gegen rmut, soziale Not und die Unfähigkeit schaft gering, "sich öffentlich für Menser Politiker und Verwaltungen, hier etse zu ändern. Da machen jetzt Arbeit schen in sozialer Not einzusetzen". Petersen: "Der gesellschaftliche Konsens, soziale Not durch Solidarität zu überwinden, steht in Frage."

Das halten auch die Arbeitgeber für gefährlich. Stephan Fischbach, für die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände in der "Offensive": "Die Wirtschaft braucht ein vernünftiges soziales Klima, um erfolgreich und effektiv arbeiten zu können. Die Menschen brauchen akzeptable Lebensbedingungen." Wie das Reformbündnis hier allerdings eine Wende schaffen will, ist noch nicht klar.

"Offensive"-Sprecher Petersen sagt denn auch, "daß wir nicht von heute auf morgen von Null auf 180 kommen und gleich mit großen Dingen auf der Matte stehen." Als erstes will man dem Römer eine regelmäßige "Armutsberichterstattung" verschaffen — ein, wie es heißt, absolutes Muß für Sozialplanung.

Ein von der "Offensive" finanzierter jährlicher Report — unter Federführung des Instituts für Sozialforschung — soll aufzeigen, wer wo in Frankfurt arm ist "und was das für die Menschen bedautet". Zweite Morgengabe: Man will "mittelfristige vernetzte Planung für Jugendpolitik in den Stadtteilen" entwerfen.

Zum dritten sucht die "Offensive" Stiftungsgründungen zu inspirieren und "social sponsoring" anzukurbeln. DGB-Chef Dieter Hooge: "Warum soll es nicht nach dem Vorbild der erfolgreichen "Sporthilfe" eine "Armutshilfe" geben?" peh

genutzt und eingefordert werden - z.B. in der Qualifikationspolitik, wie sie von uns im Zusammenhang mit der "Tarifreform 2000" diskutiert wird.

Grenzen der "Unternehmenskultur"

Dennoch müssen wir auch immer wieder die strukturellen Schranken für eine derartige Politik erkennen, die im Zweck auch der modernen Unternehmen begründet sind, also in deren vorrangigem Interesse an einer höchstmöglichen Rendite auf das eingesetzte Kapital. Hierbei zeigt sich immer wieder, daß die Interessen der Belegschaften an dauerhaft gesicherten Arbeitsplätzen und Lebensperspektiven letztlich in gesellschaftlichen Lösungen aufgehoben sind, die den sozialen Antagonismus

berücksichtigen: Insbesondere dann, wenn es für Unternehmen wirtschaftlich schwierig wird, stellt sich die "Unternehmenskultur" in einem anderen Lichte dar, als dies manche bei uns grassierenden modischen Vorstellungen nahelegen. Wir erleben dies auch hier bei uns - beispielsweise in Teilen des Maschinenbaus und bei vielen Automobilzulieferern. Und dies sind Tatsachen, die in den heutigen Debatten um Diskurse und Gestaltungsmöglichkeiten zumeist schlicht und einfach unterschlagen werden. spw: Die konstatierte Verschiebung weg vom "sozialen Antagonismus" hin zur "kooperativen Unternehmenskultur" stellt auch eine Absetzbewegung zu den Kämpfen um die Arbeitszeitverkürzung in den 80er Jahren dar, in denen die von Dir beschriebenen Zusammenhänge ja deutlich spürbar waren. Um den Unterschied noch deutlicher zu machen: Damals waren es

zuallererst die von den Gewerkschaften formulierten und gebündelten Interessen der abhängig Beschäftigte, die den Ausgangspunkt darstellten. Heutzutage hat sich ein ganz anderer Zungenschlag durchgesetzt: Es sind Unternehmenskonzepte, die gewerkschaftliche Geschlangsgräßighlichten gröffenn es sind

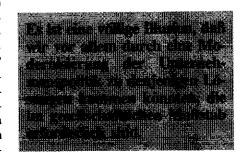
staltungsmöglichkeiten eröffnen, es sind Unternehmensstrategien, die gewerkschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen - d.h. die Reihenfolge der Argumentation hat sich verändert.

Bierbaum: Diese Verschiebung schlägt sich z.B. darin nieder, daß heute niemand mehr über eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit, aber alle Welt über Betriebsnutzungszeiten - also zunächst einmal über Interessen der Unternehmen - redet. Man denke in diesem Zusammenhang auch an die Frage der Privatisierung, in der die Gewerkschaften auch die IG Metall mit ihrem im Prinzip richtigen Treuhandkonzept - vollkommen in die Defensive geraten sind. Zumeist setzen sie nur noch auf eine "moderne" inclusive "sozialverträgliche" Variante, in der bestimmte im ordoliberalen Konzept der "sozialen Marktwirtschaft" vorhandene Ordnungsgesichtspunkte eingeklagt werden, man aber der Privatisierung ansonsten freien Lauf läßt. Damit will ich mich keineswegs pauschal gegen Privatisierungen und gegen größere unternehmerische Spielräume für Privatinitiativen etwa in Ostdeutschland aussprechen. Nur: Diese privaten Initiativen müssen wiederum in gesellschaftliche Initiativen eingebunden sein z.B. in regionale und sektorale Strukturentwicklungspläne, wie sie die IG Metall ja fordert. Gleichwohl muß auch mit Blick auf die eigene Gewerkschaft konstatiert wer-

den, daß sich die Haltung gegenüber derartigen Vorstellungen von wohlverstandener Vergesellschaftung erheblich anders darstellt als etwa noch Mitte der 80er Jahre... spw: ... als derartige Ansätze z.B. in der Stahlindustrie und den Stahlregionen diskutiert wurden. Aber welche Chancen hat denn die IG Metall, in derartigen ordnungspolitischen Fragen überhaupt wieder in eine Offensive zu kommen? Eine Frage, die sich natürlich auch vor dem Hintergrund der in den drei vergangenen Jahren entstandenen politischen Gesamtlage stellt.

Aktive Industriepolitik

Bierbaum: Ich will dazu auf die Ausgangsfragestellung und den Frankfurter Fall zurückkommen: Wir fordern hier eine



aktive Industriepolitik aus den eingangs erwähnten Gründen. Es zeigt sich nämlich immer deutlicher, daß ein Umstrukturierungsprozeß, wie er in Frankfurt seit vielen Jahren stattfindet, nicht den Kräften des Marktes und der Dynamik der einzelnen Unternehmen überlassen bleiben darf. Die sozialen Aufspaltungen und Verwerfungen in unserer Region belegen vielmehr die

Notwendigkeit, derartige Umstrukturierungen als einen gesellschaftlich kontrollierten und gesteuerten Prozeß zu organisieren. Dies gilt für Montanregionen ebenso wie für sogenannte Dienstleistungsmetropolen. Wenn Frankfurt als Stadt für große Teile der Bevölkerung überhaupt noch bewohnbar sein soll, dann brauchen wir eine Mischstruktur, die sich nicht von alleine herstellen wird, sondern nur aufgrund gesellschaftlicher Eingriffe.

Der Ansatz, der vor Jahren schon im sog.

strukturpolitischen Memorandum festgehalten wurde, ist nunmehr auch für Frankfurt aktuell - und zwar entgegen dem Trend, daß heute fast nur noch über Privatisierung geredet und über gesellschaftliche Lösungen nicht mehr nachgedacht wird. Dabei ist die Trennung von "Privatem" und "Gesellschaftlichem", die eine gesellschaftliche Einflußnahme auf den Privatsektor ablehnt, schon deshalb falsch, weil ja schon umgekehrt Unternehmensentscheidungen die gesellschaftliche Rahmenbedingungen nachhaltig prägen, was sich an Verkehrsstrukturen, Wohnverhältnissen und städtischen Entwicklungen insgesamt gut ablesen läßt. Und deshalb ist es genauso notwendig wie legitim, wenn auf die hiesige Situation mit einer regionalen Strukturentwicklungsplanung reagiert wird. Hier verknüpfen sich also Fragen der Industriepolitik mit der sozial-kulturellen und räumlichen Entwicklung: Der IG Metall eröffnet sich ein Feld, dem sie sich dringend und verstärkt zuwenden muß.

spw: Nun möchte ich an dieser Stelle doch einen Einwand erheben. Ich habe bei Deinen Ausführungen sehr stark den Eindruck. daß die Schranken einer sozialpartnerschaftlichen Unternehmenspolitik ebenso wie gesellschaftliche Eingriffe und Konzepte überwiegend mit sozialen Gefahren und Risiken - Arbeitsplatzverlusten, Preissteigerungen, Wohnungsnot usw. und damit in recht klassischer Weise begründet werden. Meines Erachtens wäre es notwendig, eine andere Problematik viel stärker in den Vordergrund zu schieben nämlich den Beitrag, den die wirtschaftlichen Einheiten, die Unternehmen mit ihren Managements wie auch mit ihren Belegschaften, zur Lösung drängender Probleme im Umweltschutz, im Verkehrswesen, im Energiesektor, im Wohnungs- und Städtebau, im Kommunikationssektor usw. leisten können. Dies halte ich für eine Frage, die insbesondere den Maschinen- und Anlagenbau, die Elektronikindustrie, die Automobilindustrie und ihre Zulieferer, kurzum: die IG Metall betrifft.

Auf diesem Feld dominiert aber in besonderem Maße die Vorstellung vom dynamischen, sozial aufgeklärten und ökologisch Unternehmen, innovativen gesellschaftlicher Reformpolitik den Rang abläuft. Wäre es nicht notwendig, gerade auf diesem Feld - und nicht immer nur bei Arbeitsplatzverlusten und anderen sozialen Risiken - der Frage der Gestaltungsgrenzen, der kooperativen und der autonomen Gewerkschaftspolitik nachzugehen? Und würde dies nicht auch eine traditionelle gewerkschaftliche Industriepolitik relativieren, die sich vor allem aus derartigen Risiken begrün-

> Bierbaum: Kein Widerspruch. Ich erinnere in diesem Zusammenhang positiv an die gemeinsame Veranstaltung, die die IG Metall vor ca. zwei Jahren zusammen mit dem Naturschutzbund zur Zukunft des Automobiles durchführte, an der auch Unternehmen und Betriebsräte beteiligt waren. Man muß nun in die Produkt- und Unternehmenspolitik der Automobilindustrie die gewünschte ökologische Dimension einziehen. Allerdings besteht auch hier die erwähnte strukturelle Schranke: Auch wenn ich das Produkt ökologisch noch so stark verbessere, so muß es letztlich doch um eine erhebliche Reduzierung des Massenausstoßes von Pkws gehen - ein Ziel, das mit den Unternehmensinteressen natürlich überhaupt nicht übereinstimmt. Das geht nur im Rahmen einer übergreifenden Industriepolitik, die dann allerdings auch die Frage beantwortet, wo die freigesetzten Arbeitskräfte bleiben sollen. Üm es im Klartext zu sagen: Es ist eine völlige Illusion, daß wir vor allem durch eine Modernisierung der Unternehmenspolitik zu denjenigen Lösungen kommen könnten, die im gesellschaftlichen Maßstab erforderlich sind. spw: Hier liegt auf der anderen Seite auch der Ansatzpunkt, um den sozialen Antagonismus nicht nur auf der Ebene der sozialen Interessen im herkömmlichen Sinne, nicht nur auf der etwas "moderneren" Ebene der Arbeitsqualität, sondern auch und gerade auf der Ebene der Gestaltungskompetenzen deutlich zu machen. Es handelt sich dabei um eine Ebene, auf der sich die häufig angerufenen technischen Angestellten, Informatiker, Ingenieure, aber auch weitere Teile der sonstigen Beschäftigten die Frage stellen: Betreiben sie mit ihrem Know-how bestimmte Lösungen nur in Regie des jeweiligen Kapitals oder im gesellschaftlichen Auftrag? Frage an Dich: Tut sich hier nicht ein Spannungsverhältnis auf, daß zwar "modern" ist, aber dennoch den

sozialen Antagonismus enthält? Und lägen hier nicht Ansatzpunkte, um in den erwähnten Belegschaftsgruppen gewerkschaftlich stärker Fuß zu fassen?

Bierbaum: Ich glaube zwar nicht daran, daß es irgendein Patentrezept für kurzfristige Organisierungserfolge in den von Dir genannten Bereichen gibt. Aber zweifellos würden wir das Bewußtsein und das Selbstverständnis von Technikern, Ingenieuren usw. besser aufgreifen, wenn wir diese Fragen thematisierten. Wir tun dies als IG Metall schon in vielen Fällen - aber dies muß zweifellos ausgebaut werden. Dies ist unmittelbar mit der Frage verbunden, wie die gesellschaftliche Entwicklungsrichtung überhaupt aussehen soll - eine eminent politische Frage, die auch für den künftigen Zusammenhalt der Gewerkschaftsbewegung von großer Bedeutung sein wird. Die IG Metall hat dem zu einem guten Teil mit ihrer Zukunftsdebatte und ihren Zukunftskongressen Rechnung getragen - auch wenn eingeräumt werden muß, daß es an der Umsetzung in die breite Organisationspolitik doch hapert.

spw: Ich würde gerne auf Dein Begriffspaar Korporatismus versus Autonomie zurückkommen. Es hat mich nämlich noch in einer zweiten Hinsicht etwas überrascht. Diese zunächst einmal gewerkschaftstheoretische Gegenüberstellung wurde in der Realität ja sehr häufig an einem internationalen Gewerkschaftsvergleich festgemacht: Als korporatistisch, d.h. eingebunden in staatlich arrangierte sozialpartnerschaftliche Beziehungen, galten die großen sozialdemokratisch beherrschten Einheitsgewerkschaften in Skandinavien, Deutschland und Österreich, als autonom große Teile der französischen und ita-Gewerkschaftsbewegung. lienischen

Wenn man aber nun ein historische Bilanz zieht: Muß man dann nicht einräumen, daß sich die Strukturen der "korporatistischen" Gewerkschaften nach mehr als 10 Jahren neokonservativer Offensiven als vergleichsweise widerstandsfähig erwiesen haben, während die einstmals "kämpferischen" Gewerkschaften des Südens, aber auch z.B. Großbritanniens, entweder kampfunfähig geworden und/oder mit wehenden Fahnen in das Lager der Sozialpartnerschaft übergelaufen sind?

Renaissance des Korporatismus

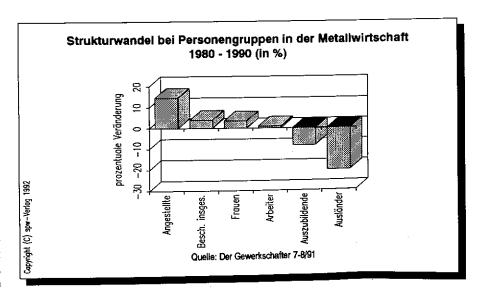
Zweiter Teil meiner Frage mit Blick auf die Zukunft: Wenn das richtig ist, was wir vorhin vor allem unter dem Stichwort der Industriepolitik besprochen haben, dann erfordern die Aufgaben in den östlichen wie auch in den modernen Industrien des Westens aktive Industriepolitik. Dies läuft - so meine Hypothese - hinaus auf eine wieder zunehmende Rolle des Staates im gesamten Wirtschaftsgeschehen. In der Konkurrenz der "Triade", der drei großen kapitalistischen Zentren, wird außerdem zumindest in Europa der Druck zunehmen, wieder soziale Arrangements zu erzielen. Von beiden Seiten her würde ich demnach eine Renaissance des Korporatismus prophezeien, die mit dem come-back der Industriepolitik in einem notwendigen Zusammenhang steht. Die Gewerkschaften werden sich dem m.E. nicht entziehen können - und vielleicht sollten sie es ja auch gar nicht. Bierbaum: Deine Bilanz im internationa-

len Gewerkschaftsvergleich dürfte weitge-

hend zutreffen - z.B. in einem deutsch-

italienischen Vergleich: In Italien findet

heute eine Hinwendung zum deutschen





deutschen Betriebsrätekonzeptes statt...

spw: ... wobei die IG Metall sogar häufig schon als zu klassenkämpferisch angesehen wird...

Bierbaum: Das ist natürlich eine sehr übertriebene Sichtweise, wie sie in Italien tatsächlich angetroffen werden kann. Aber man muß hierbei gerade die Spezifik der IG Metall im Blickfeld haben. Sicherlich haben sich die nördlichen Gewerkschaften mit ihren stärker sozialpartnerschaftlichen Traditionen und Rahmenbedingungen als einigermaßen stabil erwiesen. Aber man soll nicht vergessen, daß bei der IG Metall auch das "Bewußtsein der eigenen Kraft" und die offensive Gewerkschafts- und insbesondere die aktive Tarifpolitik entscheidende Elemente ihres Erfolges waren. Die IG Metall hat sich - bei aller Berücksichtigung wirtschaftlicher Strukturen -immer als autonome Organisation und als Gegenmacht verstanden. Daß das in der Praxis nicht immer so war, versteht sich fast von selbst. Aber die heutige relative Stärke der IG Metall ist eben insbesondere der Tatsache geschuldet, daß sie in der ökonomischen und gesellschaftlichen Krisenlage in der ersten Hälfte der 80er Jahre - und zwar gegen den Trend! - die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche zu führen bereit war. Es ist daher keineswegs so, daß sich - wie Dieter Wunder von der GEW meint - der IG-Chemie-Gewerkschaftstypus gegen den der IG Metall durchgesetzt

Um den Anspruch einer autonomen Gewerkschaftspolitik in der Realität bewahren zu können, muß man nun den Blick auf den zweiten, industriepolitischen Teil Deiner Frage werfen. Auf der einen Seite hat die

Gewerkschaftsmodell einschließlich des IG Metall immer versucht, betriebliche Initiativen mit überbetrieblichen industriellen Perspektiven zu verknüpfen. Auf der anderen Seite gebe ich Dir recht, daß wir so etwas wie eine Renaissance der Industriepolitik erleben werden. Dies zeichnet sich in den Diskussionen um die Strukturveränderungen in Ostdeutschland ebenso ab wie in der Frage einer ökologischen Gestaltung der Industriestrukturen. Entscheidend scheint mir zu sein, daß die IG Metall das. was sie schon begonnen hatte, aber - wie in Rheinhausen - nicht zu Ende führen konnte, weiterverfolgt: nämlich eine Verbindung von betrieblichen Ansätzen mit einer regionalen Strukturpolitik.

DGB-Reform und Regionalpolitik

spw: In der Organisationsreformdebatte. die seit einigen Monaten geführt wird, spielt die Verantwortung der Gewerkschaften in der regionalen Strukturpolitik eine bedeutsame Rolle. Regionale Strukturpolitik berührt natürlich in entscheidendem Maße das Verhältnis zwischen Mitgliedsgewerkschaften und DGB. In der Praxis ist doch häufig - z.B. in Nordrhein-Westfalen - folgendes festzustellen: Es fällt sehr schwer, die Mitgliedsgewerkschaften - auch die IG Metall - über das hinaus, was sie sowieso schon alles zu tun haben, für ein regionales strukturpolitisches Engagement zu gewinnen. Stattdessen herrscht der Trend vor, dies an den DGB zu delegieren, der selbst wiederum unter den Folgen der bisherigen Organisationsreform - sprich: der Zusammenlegung der Kreise - leidet und anderen Akteuren wie den Kommunen und den

Organisationsgrad weiblicher Angestellter im DGB 1960-1989 7000 6000 5000 4000 weibliche Angestellte (in 3000 2000 ■ DGB-Mitglieder (in Tsd.) 1000-1970 1980 1985 Quelle: Jahrbücher der BRD, Mikrozensus 1989, Mitgliederstatisti des DGB-Bundesvorstandes Copyright (C) spw-Verlag 1992 Kammern entsprechend schwach gegenübersteht. Müßte man nicht eine substantielle Aufwertung des DGBs vornehmen, was natürlich auch Konsequenzen für seine politische Rolle und die Finanzierung seitens der Mitgliedsgewerkschaften Bierhaum: In der Konsequenz ist das si-

cherlich richtig, weil man im Rahmen des DGB zu einer stärkeren Zusammenarbeit der Gewerkschaften kommen muß. Und unter diesem Gesichtspunkt ist die von Dir angesprochene DGB-Kreisreform schlichtweg eine Katastrophe für die Gewerkschaften. Auf der anderen Seite: Eine Stärkung des DGB mit höheren Beiträgen der Gewerkschaften ohne eine politische Konzeption und Begleitung führt allerdings zu nichts. Das Problem besteht doch darin, daß die regionale Entwicklungspolitik noch in den Kinderschuhen steckt, Beispiel: Die "Internationale Bauausstellung" Emscher-Lippe findet weitgehend ohne eine aktive und offensive inhaltliche Beteiligung der Gewerkschaften statt, obwohl sie ja von ihrem Ansatz her einen idealen Anknüpfungspunkt bieten würde: Es geht um den Umbau einer ganzen Region unter den Gesichtspunkten Arbeiten, Wohnen, Umwelt etc. Natürlich gibt es einige gewerkschaftliche Experten, aber in der Breite der Gewerkschaftsdiskussion und Gewerkschaftsarbeit spielt dies doch keine oder bestenfalls eine untergeordnete Rolle.

Dieses Beispiel scheint mir typisch sein. Ich denke, daß erst dann, wenn eine aktive inhaltliche Verankerung der regionalpolitischen Problematik gegeben ist, auch Maßnahmen Sinn machen, die auf eine politisch-institutionelle und materielle Stärkung des DGB hinauslaufen. Und dies gilt eben auch für Frankfurt: Wenn wir um die Existenz von Arbeitsplätzen kämpfen, müssen wir dies einerseits mit Industriepolitik und andererseits mit Stadtentwicklungspolitik regional verknüpfen. Dieser Ansatz muß als inhaltliche Substanz einer Organisationsreform stärker betont werden, bevor man sich Gedanken über institutionelle Regelungen macht.

spw: Es gibt in diesem Zusammenhang eine weitere Problematik, nämlich die Gefahr eines beschränkten regionalen "Korporatismus", in dessen Rahmen der DGB mit den Kammern und den Kommunen im Bereich der Wirtschaftsförderung Händel treibt, während regionalpolitische Bündnispartner - etwa aus der Ökologiebewegung und aus sozialen Initiativen - vernachlässigt werden. Wie stellt sich dies hier in Frankfurt dar?

Bierbaum: Ich wäre für eine derartige Öffnung. Allerdings ist von diesen Bewegungen - als Bewegungen - auch in Frankfurt nicht allzuviel übrig geblieben. Dies darf dennoch kein Alibi dafür sein, in traditionellen Politikverbindungen und in kommunalen Machtkartellen zu verharren. Andersherum: Wir müssen weg von derartigen Strukturen und den damit häufig verbundenen Personalunionen, wo einzelne Gewerkschaftsvorsitzende in Stadtratsfraktionen etc. eingebunden sind, hin zu gewerkschaftlichen Initiativen, die ihre Basis in den Gewerkschaften selber haben. Und wir dürfen uns dabei nicht wie üblich auf den sog. Sozialbereich abdrängen lassen. Konkret: Wir machen hier in Frankfurt seit geraumer Zeit einen völlig offenen Arbeitskreis Stadtentwicklung, um betriebliche und Stadtteilinitiativen miteinander zu verknüpfen. Gegenwärtig sind wir dabei, unsere Vorstellungen in Thesen für die Stadtentwicklung in Frankfurt niederzulegen.

wir um die Existent Arbeitsplätzen kämp müssen wir dies mit politik und Stadti ingspolitik rerknipfen.

spw: Die Abdrängung auf den Sozialbereich scheint mir in der Tat besonders problematisch zu sein. Hingegen berühren Fragen der regionalen Recyclingwirtschaft, der regionalen Werkstoffentwicklung, der regionalen Energieversorgung und der regionalen Technologiestruktur gerade die Industriegewerkschaf-

Bierbaum: ... und gerade hier liegen die strukturpolitischen Schnittstellen, die noch viel zu wenig bearbeitet werden, weil auch das entsprechende Verständnis dafür fehlt.

Global denken - lokal handeln

spw: Eine letzte, aber sehr bedeutsame Frage: "Global denken - lokal handeln" hat sich auch die IG Metall mit ihren Zukunftsforen als Losung zueigen gemacht. Welche Konsequenzen dies für die Gewerkschaftsstrategie und für die von uns diskutierten Fragen haben könnte, bleibt aber ungewiß. Dabei müssen wir uns ver-

gegenwärtigen, daß es bei der internationaen Dimension nicht mehr nur oder vorwiegend um "internationale Solidarität" im klassischen Sinne geht, sondern immer mehr die Frage der eigenen Produktionsund Lebensweise, auch des Konsumverzichts und der Umverteilung von Nord nach Süd auf der Tagesordnung steht. Aber gerade dies geht doch wohl an die Grundsubstanz des traditionellen gewerkschaftlichen Politikverständnisses?

Bierbaum: Keine Einwände. Wir können uns nicht länger mit Solidaritätsgesten begnügen. Die Gewerkschaften sind zunächst einmal Bestandteil des westlichkapitalistischen Entwicklungsmodells und haben ihre Erfolge bislang auf der Basis der damit verbundenen Vernutzung von Ressourcen und ihrer weltweiten Ungleichverteilung erzielt. Wir haben diese Problematik auf den Zukunftsforen diskutiert. Ich gebe aber zu, daß wir in der politisch-strategischen Umsetzung seitdem noch nicht sehr viel weiter gekommen sind. Es kann aber aus meiner Sicht gar nicht anders sein, als daß die angesprochene Renaissance der Industriepolitik und die wachsende Bedeutung der regionalen Entwicklungszusammenhänge in einen bewußten Zusammenhang mit den weltweiten Problemen gebracht werden müssen. Ich bin der Überzeugung, daß man die Regionalisierung der Gewerkschaftsarbeit und die Internationalisierung des gewerkschaftlichen Denkens letztlich nur anhand der genannten Probleme - Recycling, Energie, Industriestrukturen, aber auch der Migration mit ihren Konsequenzen für Stadtund Raumentwicklung - zusammenführen kann. Die Entwicklungen gehen - wie gesagt - an unsere Grundsubstanz. Aber die Suche nach konstruktiven Lösungen für diese Probleme erfordert ja gerade auch das Know-how und die Kompetenzen der abhängig Beschäftigten in den Betrieben insbesondere derjenigen qualifizierten Schichten, über die wir uns zu Beginn unterhalten haben und um die wir uns als IG Metall verstärkt bemühen müssen.

Das Wartburgfest

Shudenbisebe Korporabionan gestorn and beate

Historische Erfahrungen und gegenwärtige Herausforderungen für eine demokratische Hochschulpolitik



Fr. 19. Juni 1992, 20,00 Uhr Eröffnungsveranstaltung: Das Wartburgfest als Ausgangspunkt der modernen Korporationsgeschichte. Kontinuitäten seit 1817

Sa. 20. Juni 1992, 9.30 Uhr Arbeitsforen: Ist die Demokratie durch die studentischen Kornorationen gefährdet? 1. Sitte und Brauchtum im Männerbund. 2. Elitekon zeptionen versus Chancengleichheit. Hochschulpolitische Konzepte der Korporationen. 3. Korporationen zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus. 4. Geschichte und Geschichtsbild der studentischen Verbindungen.

20.00 Uhr Podiumediskussion: Zur Zukunft des vereinigten Deutschland. Droht eine Renaissance des Nationalismus? Innen- und außenpolitische Herausforderun-

So. 21. Juni 1992 9.30 Uhr Podiumsdiskussion: Aufgaben einer demokratischen Hochschulentwicklung. Chancengleichheit statt Eliteblikhung.

Mit: Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Ludwig Elm, Dr. Anselm Fanst, Prof. Heinrich Fink, Dr. Norbert Kampe, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Bärbel Meurer, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Richard Saage, Gerhard Schäfer, Dr. Heike Ströle-Bühler

Anmeldung und Information: Projekt Wartburg '92, c/o Geschichtswerkstatt e.V., Liebigstraße 46, 3550 Marburg, **2**06421/13107

Veranstalter der Konferenz: Projekt Wartburg '92. Geschichtswerkstatt MR. Bund demokratischer WissenschaftlerInnen, AStA Marburg

habe.



Gespräch mit Lorenz Schwegler über die Strukturreformdiskussion in den Gewerkschaften und beim DGR*

Frage: Angesichts der trostlosen bis verzweifelten Lage traditionsreicher westlicher Gewerkschaftsbewegungen in Frankreich und den USA liegen die Organisationsgrade inzwischen wohl unter 10 Prozent - stehen die deutschen Gewerkschaften gut da. Dennoch: Auch sie haben zu wenig jugendliche und weibliche Mitglieder, es fehlen ihnen die Angestellten, besonders die in führenden Funktionen, sie sind in den alten Industrien stärker vertreten als etwa in den meisten Dienstleistungsbereichen. Läßt sich das ändern?

Lorenz Schwegler: Ich habe durchaus die Hoffnung, daß sich das ändern läßt. Das setzt für mein Verständnis allerdings ziemlich weitreichende Veränderungen voraus. Veränderungen, die sich sowohl auf die Programmatik als auch auf die kommunikative Kultur, die Strukturen, die Organisation der Gewerkschaften beziehen.

Als Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen sind wir mit den für Gewerkschaften etwas kritischeren Arbeitnehmerschichten intensiver befaßt und haben in dieser Hinsicht Erfahrung. Bei uns gibt es einige Bereiche mit hohen und sehr hohen Organisationsgraden - in bestimmten Handelsunternehmen, Bausparkassen, Versicherungen, auch in einigen Bankbetrieben. Für mich ist damit die quasi naturwissenschaftliche These widerlegt, daß Angestellte nicht organisationsbereit wären. Andererseits sieht es in der Fläche eben durchweg recht schwierig aus.

Wenn man der Frage nachgeht, welches die Bedingungen für Erfolg oder Mißerfolg sind, dann kommt man zu der Antwort, daß wir dort vorankommen, wo unsere Gewerkschaftsarbeit mehr ist als

nah geleistet wird nur die flächendeckende Tarifarbeit alter Art, wo die Gewerkschaftsarbeit von Kollegen geleistet wird, die in ihrem Bereich Meinungsführer, Multiplikator, Leistungsträger sind. Wichtig ist auch, daß die Gewerkschaftsarbeit nicht im 08/15-Stil abläuft, sondern zum Beispiel Anleihen bei Partizipationsstrategien macht. Gewerkschaftsarbeit ist dann besonders effektiv, wenn sie unterneh-

mens- und betriebsnah geleistet wird

und sich nicht so sehr in die Suche nach

kleinsten gemeinsamen Nennern ver-

flüchtigt oder gar in irgendwelche welt-

politischen Nebel, über die man sich po-

litisch leicht einig wird, die aber nichts

mit praktischen Interessenlagen zu tun

Gewerkschaftsarbeit ist dann

besonders effektiv, wenn sie

ens and betriebs

Insgesamt komme ich zu dem Ergebnis, daß Gewerkschaften nur als Mitmachorganisation, als wirksame Werbeorganisationen mit einem kräftigen Arbeitsbezug zurechtkommen werden. Der muß allerdings moderner und anders formuliert werden als bisher. Dann sehe ich für die Gewerkschaften eine Zukunft.

Frage: Heißt das, daß das gesamte Innenleben der Gewerkschaften, das ja im wesentlichen durch ihre Traditionen als "Kinder der Industrialisierung" bestimmt ist, reformiert und erneuert werden muß? Und heißt das auch, daß geprüft werden muß, ob die Gewerkschaften noch die richtigen Funktionäre ha-

Abhängige Arbeit und ihre Gestaltung

Antwort: Ich will einmal so tun, als wenn eine Gewerkschaft gar nicht nur eine Gewerkschaft ist und deshalb etwas

Besonderes, sondern ich betrachte sie einmal unter Kriterien, nach denen Großbanken die Börsenwürdigkeit von Unternehmen, auch von Dienstleistungsunternehmen, betrachten. Sie fragen nach der Strategie, nach den Strukturen und nach dem Management. Beginnen wir, auf die Gewerkschaften bezogen, mit den Strategien, dann müßten diese Strategien ja wohl geeignet sein, Organisationsgrade von 50 und mehr Prozent zu mobilisieren, um zukunftsträchtig zu sein. Unser marktmäßiger Erfolgsgradmesser ist die Bereitschaft, ein Prozent des Gehalts zur Verfügung zu stellen, um sich der gewerkschaftlichen Bewegung anzuschließen. Das ist die Abstimmung, die für oder gegen uns stattfindet. Wenn ich mir unsere Strategien daraufhin ansehe, komme ich zu dem Ergebnis, daß sie sich auf den Kernfeldern der gewerkschaftlichen Arbeit bewähren müssen und nicht in neumodischen Randbereichen. Wir werden niemanden dazu bewegen, Mitgliedsbeitrag zu zahlen, wenn wir so tun als seien wir so etwas wie Greenpeace. Es dreht sich nach wie vor um die abhängige Arbeit und deren Gestaltung. Ein Klassiker unter den Themen, die sich darum ranken, ist die Entgeltfrage. Gerade in unseren Organisationsbereichen, in denen sich bestimmte Trends früher bemerkbar machen, sehe ich, daß zum Beispiel der tätigkeitsbezogene Tarifvertrag immer weniger mit der realen Einkommensgestaltung zu tun hat. Es gibt immer mehr leistungs- und ergebnisbezogene Entgelte neben den tariflichen Entgelten, die die Autorität unserer Tarifverträge mindem. Wir haben uns bisher gescheut, an diese Frage heranzugehen. Damit laufen wir das Risiko, daß wir mit unserer reinen Linie nicht mehr die Interessenlage unserer Mitglieder erreichen. In einer Welt, in der Arbeit nicht mehr vorrangig kolonnenmäßig im Mensch-Maschinen-System verrichtet wird, gewinnen Kreativität, Motivation, Freude an der Arbeit

immer größere Bedeutung. Wir müssen das berücksichtigen, wenn wir, etwa in der Entgeltfrage, mit der Interessenlage dieser Menschen noch etwas zu tun haben wollen.

Ein zweiter Klassiker ist die Arbeitszeit-

frage. Es gab eine Diskussion, die fünf mal sieben Wochenstunden als das endgültige Arbeitszeitmodell ansah. Auch das hat nichts mit dem Arbeitserleben vieler Menschen, mit der Motivationslage von kreativ Tätigen, mit den Interessen derer, die abgeleitete unternehmerische Verantwortlichkeiten tragen, zu tun. Auch hier müssen wir stärkeren Anschluß an die Bedürfnisse gewinnen, die diese Arbeitnehmer etwa im Hinblick auf Arbeitszeitverkürzung, auf die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie haben. Bei EDV-Beschäftigten erleben wir zum Beispiel, daß unsere Rezepte sie nicht überzeugen, aber das, was das Unternehmen ihnen abverlangt. von ihnen auch nicht als sinnvoll empfunden wird. Das heißt, sie sind mit ihren Problemen alleingelassen, und wir bieten ihnen Rezepte an, mit denen sie nichts anfangen können. Wir müssen uns also auf ihre Problemlage einstellen. Wenn ich das alles, gemäß meiner Eingangsannahme, einmal sozusagen betriebswirtschaftlich zusammenfasse, ist das Ergebnis wenig berauschend: veraltete Produkte, wenig attraktiv für diejenigen, die Gewerkschaft im Betrieb zu verkaufen haben, und dann auch noch mit solchen Produkten ausgestattete Verkaufsleiter, die verunsichert sind. Dagegensetzen muß man das Sich-Einstellen auf bestimmte Realitäten, aus denen die Entwicklungslinien für die kommenden zehn Jahre zu ziehen sind, aus denen sich wiederum Konfliktlinien ermitteln lassen. Vor diesem Hintergrund sind Interessenlagen authentisch zu bestimmen, gewerkschaftliche Programme zu entwickeln, tarifliche und betriebliche Strategien in Gang zu setzen. Zu fragen ist dann auch, wie unter diesen Bedingungen Mitbestimmung organisiert sein muß, und zwar nicht so sehr als Abwehr- und Verteidigungsinstrument, sondern als Instrumentarium zur offensiven Gestaltung. Das alles wird nur dann gelingen, wenn wir bereit sind, uns einer öffentlichen Debatte über die Rolle der Gewerkschaften auszusetzen, und nicht jede Kritik an herkömmlicher Gewerkschaftsarbeit sofort mit dem Stigma der Gewerkschaftsfeindlichkeit versehen. Wenn wir das Selbstvertrauen und das

Selbstbewußtsein zu einem organisati-

onsinternen wie öffentlichen Dialog entwickeln, läßt sich das rettende Ufer leichter gewinnen.

Individualität und Solidarität

Frage: Den Urgrund von Gewerkschaften bilden die Erkenntnis gleichartiger Abhängigkeiten und die daraus resultierende Solidarität, das Zusammenhalten. Wird das auch weiter ein Lebenselement der Gewerkschaften bleiben müssen in einer Zeit, deren Kennzeichen geradezu die Individualität zu werden scheint? Was hält Individualität und Solidarität zusammen?

Antwort: Die Unternehmensberatung in Dienstleistungsunternehmen rät dazu, sich jeweils die "best practice", die am besten laufenden Bereiche, anzusehen. Wenn man als gewerkschaftlichen Ausweis für best practice einen hohen Organisationsgrad annimmt, dann weisen die Gewerkschaften mit einem deutlichen Unternehmens- und Betriebsbezug die besten Zahlen auf - Postgewerkschaft, Eisenbahnergewerkschaft, IG Bergbau und Energie. Auch wir haben überall dort hohe Organisationsgrade, übrigens auch bei Angestellten, wo - aus welchen Gründen auch immer - eine deutliche unternehmensbezogene Politik entwikkelt wird. Hier gibt es also durchaus eine Grundlage für Solidarität.

Nicht jede Kritik an her kömmilicher Geverkschafts arbeit sofort mit dem Stien der Gewerkschaftsfeindlich keit verschen.

Es stellt sich dann die Frage nach dem Inhalt von Solidarität. Wird er von oben verordnet oder durch den Vergleich gemeinsamer Interessenlagen von unten entwickelt? Ich gehe davon aus. daß man einen tragenden Inhalt von Solidarität letztlich nur von unten entwikkeln kann. Und da gibt es durchaus eine Reihe von Gemeinsamkeiten, beispielsweise bei bestimmten Grundelementen von leistungs- und ergebnisbezogener Vergütungspolitik. Ich gehe auch davon aus, daß eine Frage wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie quer durch Arbeitszeit- und Arbeitsgestaltungssysteme hindurch allgemeine Grundlagen erfordert. Ich gehe sogar davon aus, daß die Lösung dieser Problematik ohne bestimmte staatliche sozialpolitische Vorleistungen, die den Tarifparteien und

den Betriebsparteien über die Schwelle helfen, kaum möglich sein wird. Ich sehe alles in allem, daß es einen reichen Inhalt an Solidarität gibt, meine allerdings auch, daß Solidarität sehr schnell zu einem blutleeren Begriff wird, wenn die Gewerkschaft nicht in der Lage ist, Situationen zu organisieren, in denen sich der Wert der Solidarität beweisen kann. Diejenigen Funktionäre, die im Betrieb die Erfahrung gemacht haben. daß durch gewerkschaftliche Stärke etwas bewegt werden kann, treten auch bei den übergreifenden Fragen sehr viel selbstbewußter auf als diejenigen, die feierlich von Solidarität reden, aber nicht die Kraft haben, Solidarität zu praktizieren oder zu organisieren.

Wenn ich mir die Strukturen meiner Gewerkschaft ansehe, komme ich zu dem Ergebnis, daß auch sie reformbedürftig sind. Unsere Strukturen sind stark durch das Ortsverwaltungsprinzip, das regionale Prinzip geprägt. Dieses Prinzip ist dann angemessen, wenn es darum geht. bestimmte Grundfragen des Arbeitslebens zu regeln. Das erleben wir im Moment in den neuen Bundesländern. Dort ist das Ortsprinzip durchaus angemessen. In dem Moment allerdings, wo gewisse Grundprobleme mehr oder weniger gelöst sind und fachliche Probleme beginnen eine Rolle zu spielen, ist es falsch, bei den herkömmlichen Strukturen zu bleiben. Um McKinsey zu zitieren: Structure follows strategy, die Struktur folgt der Strategie. Veränderte Strategien bringen die Notwendigkeit mit sich, über veränderte Strukturen nachzudenken, sich strukturflexibel zu verhalten. Unsere Gewerkschaft zum Beispiel hat seit jeher relativ ausgeprägte fachliche Strukturen - Hauptfachabteilungen für Handel, Banken, Versicherungen, Wirtschaftsdienste -, trotzdem sind diese Strukturen bereits zu abstrakt. Es ist kein Zufall, daß in unserer Gewerkschaft jahrzehntelang das Thema Ladenschluß zum Hauptthema geworden ist. Es war die große verbindende Klammer der Fachgruppe Einzelhandel. Wenn die Kolleginnen und Kollegen von Kaufhäusern, aus dem Einzelhandel, den vielen ganz kleinen Geschäften nach Feldern gesucht haben, auf denen sich ihre Solidarität beweisen konnte, dann waren es nicht Probleme von Arbeitsbelastung oder Leistungsvergütung, weil die eben sehr unterschiedlich ausgeprägt sind, sondern der gemeinsame Nenner war der Ladenschluß. Zweifellos ist das ein wichtiges Thema.

für viele Arbeitnehmer, gerade auch für

meinungsbildende Beschäftigte, eine

Das Gespräch führte Hans O. Hemmer am 3. Januar 1992 in Düsseldorf. Wir entnahmen es mit freundlicher Genehmigung der Redaktion den Gewerkschaftlichen Monatsheften 1/92 Für Zwischenüberschriften ist die Redaktion verantwortlich. Lorenz Schwegler, geb. 1944, wurde zum 1. Vorsitzenden der HBV gewählt.

Zum Schlüsselthema ist es geworden, weil es der gemeinsame Nenner unserer Struktur war. Hätten wir eine andere Struktur gehabt, beispielsweise Arbeitsgemeinschaften der Warenhäuser einerseits, der Verbrauchermärkte andererseits, dann hätte das Ladenschluß-Thema vielleicht auch noch eine Rolle gespielt, aber in den Einzelgruppen hätten jeweils andere Dinge im Vordergrund gestanden.

Keine Tabus

An diesem Beispiel läßt sich die Frage aufwerfen, wie weit bestimmte Strukturen dazu führen, daß bestimmte Fragen gestellt und, was schlimmer ist, wichtige andere Fragen ausgeblendet werden, weil sie nicht verallgemeinerungsfähig sind.

Damit kommen wir zur Frage des Ma-

nagements. Es stellt sich die Frage, was

von einem Management zu halten ist. das diese Dinge über Jahrzehnte nicht bewegt und das Verhältnis von Strategien und Strukturen nicht diskutiert hat. Die andere Frage ist, inwieweit solche Strukturen und solche Strategien nicht auch ein bestimmtes Ausleseprogramm begünstigt haben. Und vor diesem Hintergrund hängt alles miteinander zusammen. Und jetzt ist die Frage, an welcher Stelle wird das Ganze durchgeschlagen? Wir geben als HBV die Antwort, indem wir sagen, es reicht nicht, hier oder da oder dort herumzubasteln. Wir sind davon überzeugt, daß wir eine große Zahl innerlich zusammenhängender Fragen in einem systematischen Prozeß miteinander angehen müssen, und zwar mit der Bereitschaft, keine Tabus gelten zu lassen. Angesichts von Besitzständen, Ängsten und Unsicherheiten wird es erheblich Hemmnisse geben. Aber wir setzen darauf, daß das Zukunfts- und Überlebensinteresse der Organisation so groß ist, daß es gelingen müßte, den Prozeß erfolgreich durchzustehen.

Frage: Die IG Bergbau und die IG Chemie haben eine Fusion angekündigt. Das heißt, hier wird es zu einer größeren Einheit kommen. Darin zeichnet sich nicht unbedingt der Trend hin zu überschaubaren Strukturen ab. Widerspricht das Deinem Reformmodell?

Antwort: Das widerspricht sich nicht unbedingt. Auf die Gefahr hin, als McKinsey der Gewerkschaften angesehen zu werden, will ich ihn erneut bemühen:

Unternehmensstrukturen die leistungsfähigsten sind, die soviel wie möglich dezentralisieren und die gleichzeitig so viel wie nötig zentralisieren. Vor diesem Hintergrund halte ich es für richtig, zwar die Dezentralisierung in den Vordergrund zu stellen, sie aber in der gemeinsamen Kraft einer starken Gruppe zusammenzubinden. Für uns würde das heißen, die differenzierten Spartenorganisationen in die gemeinsame Kraft einer starken Gruppe einzubringen. Probleme hätte ich mit einem Fusionsprojekt, das darauf hinausläuft, lediglich die Kraft einer Gesamtorganisation auszuweiten. Wenn man jedoch zu dem Ergebnis kommt, daß gewisse gemeinsame, gleichsam Arbeitsinteressen von unternehmens- und branchennaher Gewerkschaftsarbeit in einer größeren Gemeinschaft aufgehoben sein können, ist es nur logisch und folgerichtig, die gemeinsamen Dienste ieweils nicht auf zwei, drei oder vier, sondern vielleicht auf einige Teilbranchen mehr zu bezie-

Dienstleistungsgewerkschaft?

Damit komme ich auch zur Gewerkschaft HBV: Wenn man die Frage stellt, ob diese Gewerkschaft für den Handel einerseits, die Banken und Versicherungen andererseits nicht viel zu allgemein angelegt ist, könnte man zu dem Ergebnis kommen, daß es besser wäre, eine Gewerkschaft Handel, vielleicht sogar eine Gewerkschaft Einzelhandel, eine Gewerkschaft Großhandel, eine Gewerkschaft Banken, Sparkassen und Versicherungen und so weiter zu haben. Andererseits gibt es zwischen diesen Bereichen gemeinsame Interessen der Dienstleistungsbeschäftigten, die allesamt kaufmännische Ausbildungsberufe haben, die gewisse kulturelle Gemeinsamkeiten haben, an einer gemeinsamen Vertretung. Das legt eher die Frage nahe, ob die Klammer HBV dafür nicht sogar zu eng ist, man sich also über eine größere Einheit Gedanken machen könnte - eben die Gemeinsamkeit der nicht-produzierenden Dienstleistungsberufe. Dazu gehört das Stichwort der Dienstleistungsgewerkschaft.

Zusammengefaßt: Dezentralisierung und Zentralisierung müssen gleichberechtigt nebeneinander stehen. Gigantomanie würde uns ebenso unbeweglich machen wie Kleinstaaterei.

Von ihm stammt der Hinweis, daß jene Unternehmensstrukturen die leistungsfähigsten sind, die soviel wie möglich dezentralisieren und die gleichzeitig so viel wie nötig zentralisieren. Vor diesem Hintergrund halte ich es für richtig, zwar die Dezentralisierung in den Vordergrund zu stellen, sie aber in der gemein-

Antwort: Die Diskussion, die im Moment über die Abgrenzungen zwischen den Gewerkschaften geführt wird, ist eigentlich zu vordergründig und führt nicht in die Tiefe des Problems. Wesentlich sind die gewandelten Erwartungen von Arbeitnehmern und Mitgliedern an gewerkschaftliches Handeln, an gewerkschaftliche Programme, an gewerkschaftliche Kultur. Eigentlich sind derartige Erwartungen nur mittels Dezentralisierung zu erfüllen. Unter diesem Gesichtspunkt wären statt der bisherigen 16 vielleicht eher 30, 40, 50 Einzelorganisationen richtig. Auf unseren Fall bezogen spräche manches dafür, eine Gewerkschaft Handel, eine Gewerkschaft Banken, Sparkassen und Versicherungen und vielleicht sogar noch eine dritte Organisation zu haben. Ähnlich könnte es bei anderen Gewerkschaften sein - deshalb die kühnen Zahlen.

Zum anderen stellt sich die Frage, welche Interessengemeinschaften eine solche Vielzahl wiederum zu einem Verbund zusammenfügen könnten. Hier ist der Begriff der Holding-Gewerkschaft zu erwähnen, der von uns in die Diskussion eingebracht worden ist. Er zielt darauf, Sparten, die viele Gemeinsamkeiten haben, unter ein gemeinsames Zwischendach zu bringen, das allerdings nicht so übergreifend sein sollte wie der Deutsche Gewerkschaftsbund. Vielmehr könnten die Holdings da geschaffen werden, wo es entsprechende industriepolitische oder dienstleistungspolitische Gemeinsamkeiten gibt, oder solche im Bereich des öffentlichen Rechts und der öffentlichen Arbeitgeber. Ich halte nicht sehr viel davon, daß vorschnell über starre Zuordnungen gesprochen wird, statt daß zunächst tabufrei über Konstruktionsprinzipien gesprochen würde. Dabei komme ich iedenfalls zu dem Ergebnis, daß 16 also die gegenwärtige Zahl von Gewerkschaften im DGB - einerseits zu wenig und andererseits zu viel sind. Zu wenig, was die differenzierte Ansprache der Mitglieder betrifft; zu viel, was die Schaffung sinnvoller Verbünde angeht. Eine Neuordnung müßte meines Erachtens viel stärker vom "Konzerninteresse" des DGB aus definiert werden.

Neuordnung der gewerkschaftlichen Zuständigkeiten

Frage: Heißt das auch, daß man die geltenden Organisationprinzipien, die ja fast sakrosankt sind, wie Industrieverband, "ein Betrieb - eine Gewerkschaft", zur Disposition, oder zumindest zur Diskussion stellen müßte?

Antwort: Ich hielte es nicht für falsch, die Dinge auf den Prüfstand zu stellen. Allerdings habe ich den Eindruck - aber auch das müßte man einer Diskussion oder Überprüfung unterziehen -, daß der Grundsatz "ein Betrieb - eine Gewerkschaft" sich ebenso bewährt hat wie das Industrieverbandsprinzip. Natürlich bleibt die Frage, wodurch sich ein Industrieverband definiert. Dazu gibt es ja kluge Untersuchungen.

Der entscheidende Bezugspunkt sind wohl die Gemeinsamkeiten, die sich aus der Vergleichbarkeit der Arbeitslage. der Arbeitskonflikte und der Interessensituation der Beschäftigten ergeben. Daraus könnte sich ergeben, daß man sich innerhalb des "Konzerns" Deutscher Gewerkschaftsbund hin und wieder umgruppiert und sich von der Angst befreit, daß sich alles nur in den einmal gefundenen Formen, Häuten und Schneckenhäusern vollziehen könnte. Ich unterschätze dabei die emotionalen und historischen Bezüge nicht, die eine wichtige und auch kraftspendende Rolle spielen, mit der man sorgfältig umzugehen hat. Aber das ist eben nur ein Teil der Wahrheit. Der andere Teil ist der, daß letztlich der Interessenbezug, die Wirksamkeit und die Leistungsfähigkeit von Strukturen für Interessenvertretung eine entscheidende Rolle spielen.

HBV und **DAG**

Frage: Nach der Entlassung des DAG aus dem DGB 1948 haben sich DAG und HBV als Gewerkschaften im privaten Dienstleistungsbereich unterschiedlich entwickelt. Läßt sich die historische Fehlentscheidung der damaligen DGB-Führung mehr als 40 Jahre später revidieren?

Antwort: Ich habe den Eindruck, daß es im Moment Chancen gibt, die DAG-Frage neu anzufassen. Was die historische Fehlentscheidung angeht, so möchte ich die Last daran gern anders verteilt wissen. Denn die damalige Entscheidung



des DAG-Vorstands hat ja eine stagnierende, recht erfolglose Einrichtung hervorgebracht. Sie ist jedoch eine Realität, und wir stehen vor der Frage, wie mit ihr umzugehen ist. Um ein politisches Gleichnis zu wählen: Nach 40 Jahren Hallstein-Doktrin im Verhältnis zur DAG halte ich es für sinnvoll, sich auf die Rezepte des Helsinki-Prozesses zu besinnen. Da hatte man vor der Anerkennung nicht so viel Angst, weil sie die Grundlage dafür war, daß bestimmte Diskussionen sehr viel konsequenter - innerlich wie äußerlich - geführt werden konnten.

Ich halte eine Neudefinition des Verhältnisses der DGB-Gewerkschaften zur DAG für sinnvoll und insbesondere für die HBV für angezeigt. Ich will da auch nicht schnell Anforderungen an andere stellen, die wir selbst noch nicht voll beherzigt haben. Wir sollten mit der DAG, unter der Zielsetzung etwas neues Gemeinsames zu schaffen, in eine Diskussion eintreten, die auch Angebote beinhaltet. Ich persönlich bin der Auffassung, daß, wenn man sich beispielsweise auf einen Codex des lauteren Wettbewerbs, das heißt des Verzichts auf Verletzung gewerkschaftlicher Grundsätze, verständigen könnte, schon manches gewonnen wäre. Ich will damit sagen: keine Kampfbeiträge zum wechselseitigen Abwerben von Mitgliedern, keine einseitigen Tarifabschlüsse, ohne daß man sich vorher konsultiert hat, keine schiefen und schrägen Konkurrenzen bei den Aufsichtsratswahlen. Das sind alles Kriterien, die der DAG vielleicht schwerer fallen als uns, aber die zumindest ein Instrument der öffentlichen und auch internen Auseinandersetzung über die Frage wären, was zukunftsweisende Gewerkschaftspolitik und -arbeit ist. Die zum Teil ruinöse, zumindest doch unsinnige Konkurrenz, mit der Gelder verpulvert werden, muß beendet werden. Das ist ein Zustand, den man nicht konservieren kann und der auch öffentlich thematisiert gehört.

... das Eisen rasch schmieden

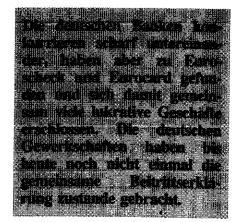
Im übrigen ist das eine Sache, die nicht allein an der Grenzlinie zwischen HBV und DAG geregelt werden kann, nach-

dem die DAG nur etwa die Hälfte ihrer Mitglieder in unserem Organisationsbereich, die andere Hälfte vor allem im Bereich des öffentlichen Dienstes hat. Ich würde mir wünschen, daß es im Zuge einer etwas umfangreicheren Bewegung im Rahmen der Organisationsdebatte möglich wäre, das DAG-Thema konstruktiv mitzubehandeln. Wir sind bestrebt, innerhalb unserer Organisation die Voraussetzungen zu schaffen, die es ermöglichen, daß, wenn denn möglicherweise aus unserem Strategieprozeß etwas Neues herauskommt, das auch mit einer Einladung an die DAG verbunden sein kann. Aber es wäre natürlich vieles einfacher, wenn nicht nur wir uns auf eine solche Einladung beschränken würden, sondern wenn es eine breitere Grundlage gäbe. Ich denke, wir sollten das Eisen rasch schmieden, denn die Bewegungsmöglichkeiten der DAG wachsen nicht.

Frage: Brauchen die deutschen Gewerkschaften einen neuen Konsens, um ihre Einheit bewahren zu können?

Antwort: Bei allen zentrifugalen Tendenzen, die wir im Moment feststellen, gibt es in Wirklichkeit einen erheblichen Bedarf an Gemeinsamkeit. Ich denke an das Thema Europa, das sinnvollerweise nicht von einzelnen Gewerkschaften bearbeitet werden kann - nicht Westeuropa und Osteuropa schon gar nicht. Ich denke an die gewerkschaftlichen Aktivitäten im Reproduktionsbereich, im Wohnumfeld, bei Kindergärten, Schulen, in der Umwelt, bei Industrieansiedlungen und so weiter. Die industriegewerkschaftlichen Strukturen geben darauf keine Antwort und wollen es auch gar nicht.

Ich komme noch einmal zu dem Verhältnis von Strategie und Struktur: Wenn wir strategisch zu dem Ergebnis kämen, daß die Gewerkschaften in Wohngebiet und Region verstärkt stattfinden müssen, ihre einzelgewerkschaftlichen Strukturen aber nicht darauf ausgerichtet sind, müßten wir uns die DGB-Strukturen ansehen. Dann wird man sehen, daß auch die DGB-Strukturen, die im wesentlichen gemeinsame Dienste für die industriegewerkschaftlichen Zwecke darstellen, dafür nicht hinreichend gerüstet sind. Der DGB kümmert sich bestenfalls in bürokratischen Formen darum. Für eine eigenständige Arbeit im Wohngebiet und in der Region müßten also neue Strukturen geschaffen

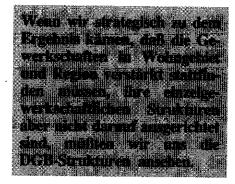


Der DGB als Matrixorganisation

Daran knüpft sich auch die Frage, ob die industrie- und berufsbezogenen Kriterien die einzigen Kriterien für die Aufnahme von Mitgliedern sein können. Heute haben viele Menschen ihre Prägung erfahren, wenn sie von den Universitäten kommen. Wir sehen uns nach unseren ehernen Organisationsprinzipien nicht in der Lage, mit diesen Menschen rechtzeitig zu sprechen und sie als Mitglieder aufzunehmen. Es muß geklärt werden, ob sich gewerkschaftliche Ansprache im wesentlichen auf den Betrieb beschränken soll. In diesem Zusammenhang muß darüber nachgedacht werden, welche Strukturen eine örtliche und regionale gewerkschaftliche Mitmachorganisation haben muß. Darüber sollten wir uns im DGB gemeinsam ernsthafte Gedanken machen.

Die deutschen Banken konkurrieren scharf untereinander, haben aber zu Euroscheck und Eurocard gefunden und sich damit gemeinsam viele lukrative Geschäfte erschlossen. Die deutschen Gewerkschaften haben bis heute noch nicht einmal die gemeinsame Beitrittserklärung zustande gebracht. Wäre es nicht sinnvoll, sowohl zum Zwecke der gegenseitigen Unterstützung der Mitgliederwerbung zwischen Gewerkschaften und Industriegewerkschaften, aber auch als ein Instrument aktiver Arbeit in den Wohngebieten, eine gemeinsame Beitrittserklärung zustanden zu bringen mit der Möglichkeit der Zuordnung zu den Gewerkschaften und Industriegewerkschaften, aber gleichzeitig auch mit der Möglichkeit, die DGB-Mitgliedschaft am Ort und in der Region zu betätigen? Die Mitmachformen von heute sind nicht mehr von umfangreich gestaffelten Wahl- und Delegationsvorgängen aller Art geprägt, sondern drücken sich

viel mehr in Arbeitsgemeinschaften, Arbeitsgruppen, Workshops, ad hoc-Formen der Zusammenarbeit aus. Wir sollten uns darauf einlassen, daß sich solche Formen aktiver Mitarbeit vor Ort entwickeln könnten. Das könnte uns im übrigen vielleicht auch helfen, das Schüler- und Studentenproblem ebenso besser zu lösen wie das Problem jener Rentner, die sich weiterhin gewerkschaftlich betätigen möchten. Alles in allem: Gewerkschaften müssen in Zukunft auch vor Ort nicht als relativ bürokratische Apparate wirken, sondern sollten zu Mitmachveranstaltungen für die Menschen werden.



Der Deutsche Gewerkschaftsbund wäre dann im Sinne einer Matrixorganisation auch Führungsspitze einer wie immer gegliederten Regionalorganisation. Er wäre dann von seinen Strukturen her ein Stück strategiegemäßer gegliedert, so daß es sowohl die klassischen Themen sachgerechter, wie auch die neuen Themen in geeigneten Strukturen verfolgen könnte. Wir könnten uns dann auch selbstbewußter der Frage stellen, wofür es sich lohnt, nicht nur im Workshop des Unternehmens im quality-circle, sondern in der Gewerkschaft mitzuarbeiten. Wir können die Solidarität abschreiben, wenn wir nicht Formen anbieten, in denen sich Solidarität betätigen kann. Ein Beispiel: Hätten wir vier Wochen vor dem Bankenstreik 1987 eine Untersuchung in Auftrag gegeben, ob Bankangestellte streikbereit sein könnten, dann wäre wissenschaftlich festgestellt worden: Sie können es nicht, sie sind es nicht, sie waren es nicht, und sie werden es nie sein. Und dennoch waren sie es. Sie waren es deshalb, weil sowohl Ziele als auch Formen für solidarisches Handeln zur Verfügung gestellt waren. Und damit konnten sie plötzlich Erfahrungen machen, die sie vorher nie gemacht hatten. In dem Sinne besteht eigentlich für die Gewerkschaften keine Veranlassung zur Zukunftsangst.

Sozialismus lebt

Die marxistische Monatszeitschrift Sozialismus liefert Informationen und Hintergrundmaterial zu folgenden Bereichen:

⇒ Diskussionen im Forum Gewerkschaften (es schreiben: Detlef Hensche, Lorenz Schwegler, Frank Deppe, Heinz Bierbaum, Otto König, Theo Steegmann, Sybille Stamm)

ökonomische Analysen national und international (es schreiben: Joachim Bischoff, Jörg Huffschmidt, Rudolf Hickel, Karl-Georg Zinn)

⇒ aktuellen politischen Diskussionen der Linken (es schreiben: André Brie, Eric Hobsbawm, Sabine Kebir, Peter von Oertzen, Wolfgang Thierse)

Einzelheft: DM 7,50

Jahresabo: DM 75,- (incl. Porto)

Bestellcoupon:

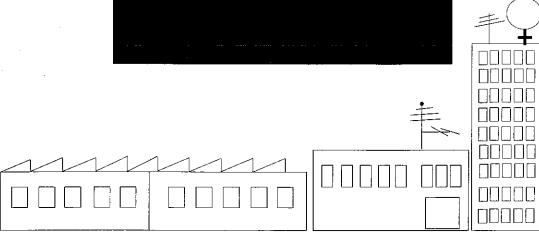
Hiermit bestelle ich ein kostenloses Probeheft

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Zu schicken an: VSA-Verlag Postfach 50 15 71 W-2000 Hamburg 50



Frauen im Betrieb:

Symbolische Interessen und ihre Vertretung

von Petra Frerichs*

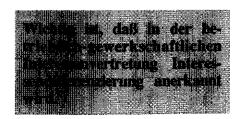
Um den differenzierten Interessen von Frauen bessere Artikulationschancen und Durchsetzungsmöglichkeiten zu verschaffen, muß der Rahmen herkömmlicher Formen von Interessenvertretung gesprengt und durch neue Politikformen ergänzt werden. Diese sollten so beschaffen sein, daß sie die traditionell männlich geprägten Strukturen von Interessenvertretung aufbrechen, die Lebenszusammenhänge von Frauen berücksichtigen, ihnen vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen, einen Wechsel von repräsentativen zu diskursiv-kommunikativen Formen der Interessenvertretung anstreben und damit die Organisation "symbolischer Interessen" ermöglichen.

Das ist ein zentrales Ergebnis einer empirischen Untersuchung zu den Interessen und zur betrieblich-gewerkschaftlichen Interessenvertretung von Frauen, angelegt als Vergleichsstudie zwischen Industriearbeiterinnen und weiblichen Büroangestellten¹, auf die hier Bezug genommen werden soll. Ausgangspunkt war die traditionell schwache Interessenvertretung von Frauen, die Frage nach den Gründen und nach Ansatzpunkten für deren Überwindung. Das erforderte konkret, erst einmal genau die Interessen von Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten zu untersuchen (welche Interessen entwickeln sie, wie nehmen sie sie wahr und vertreten sie bzw. wie werden sie vertreten?). Jenseits vorgefertigter Meinungen über "Arbeit-

Dr.phil: Petra Frerichs, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut zur Erforschung sozialer Chancen (ISO), Köln

nehmerinteressen", denen häufig das Menschenbild des homo oeconomicus unterliegt (der nichts anderes im Sinn hat, als seinen materiellen Nutzen zu optimieren), aber auch darüber, was "objektiv" im Interesse von (allen) Frauen (gleichermaßen) liegen soll ("Fraueninteressen"), galt es herauszufinden, was die befragten Frauen wirklich bewegt. Um Interessenbrennpunkte für einzelne oder Gruppen von Frauen identifizieren zu können, galt es, sich nach der subjektiven Bedeutung für die Frauen zu richten und das Augenmerk auf solche Interessen zu lenken, denen die Interviewten selbst ein besonderes Gewicht verliehen, woran sie besonderes Leiden, Empörung, Kritik festmachten, wozu sie spontan Veränderungswünsche äußerten oder von Aktivitäten berichteten, um solche Veränderungen zu erreichen bzw. auch. um einen status quo zu verteidigen und Veränderungen abzuwehren (z.B. für die Beibehaltung einer Gleitzeitregelung im Angestelltenbereich; gegen verschärfte Akkordsätze im gewerblichen Bereich). Interessenbrennpunkte gründen im betrieblichen und außerbetrieblichen Lebenszusammenhang und - konkreter - in den jeweiligen Arbeitssituationen. Hier zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen den befragten Arbeiterinnen und Angestellten - von der relativ größeren Arbeitsplatzsicherheit, über relativ höheren Verdienst, variablere Arbeitszeit, mehr Autonomiespielraum in der Arbeit bis hin zum Statusvorteil (white collar-Effekt) der weiblichen Angestellten gegenüber den Arbeiterinnen. Auch die andere Hälfte des Lebenszusammenhangs

weist deutliche Unterschiede auf (z.B. hier mehr Hausarbeit, höhere Kinderzahl und größere Gebundenheit durch Kleinkinder als dort), und entsprechend verschieden sind die Interessenbrennpunkte gewichtet: Von der Rangfolge der Dringlichkeit betrachtet, korrespondierten beispielsweise die ausgeprägten Arbeitszeitinteressen und das Interesse an Ästhetik und Komfort im Arbeitsraum bei den Angestellten mit dem Lohn- und Arbeitsplatzsicherheitsinteresse sowie dem Interesse an einer anständigen Behandlung bei den Arbeiterinnen. Die Unterschiede liegen vor allem auf der Ebene eines anderen Bedeutungsgehalts von Interessengegenständen für beide Gruppen von Frauen.



Solche Interessendifferenzierungen ließen sich noch weiter aufschlüsseln; so zeigten sich auch innerhalb der Gruppen noch Unterschiede je nach Alter und Generationszugehörigkeit, Nationalität, Konstellation des Lebenszusammenhangs, persönlich-familiärer Situation, sozialer Herkunft, bildungs- und berufsbiographischen Verlaufsmustern etc. Wichtig daran ist, daß in der Perspektive betrieblich-gewerkschaftlicher Interessenvertretung zunächst einmal Interessen

sendifferenzierung überhaupt erkannt und anerkannt wird, daß diese Differenzierungen entlang der Linien "Klasse und Geschlecht" (oder konkreter: verschiedener Arbeitskräftegruppen und deren geschlechtsspezifisch strukturierter Lebenszusammenhänge) verlaufen und daß eine aus einem erweiterten Interessenbegriff und -verständnis sich ergebende Vielfalt nicht mit Chaos verwechselt werden darf, sondern sich in Kenntnis und Anerkenntnis der Unterschiede erst gruppenspezifische Zusammenhänge. Interessenbündelungen und möglicherweise neue Konstellationen für betrieblich-gewerkschaftliche Politik

Entscheidend war immer die spezifische Koppelung von materiellen und symbolischen Interessen.

So weisen die Ergebnisse unserer Untersuchung neben den Unterschieden auch Gemeinsamkeiten zwischen den befragten Arbeiterinnen und Angestellten auf. von denen hier die Bedeutung "symbolischer Interessen" hervorgehoben werden soll.2 Damit sind solche Interessen gemeint, die sich nicht unmittelbar auf materielle Belange beziehen, wohl aber verschränkt mit materiellen Interessen in bestimmten sozialen Situationen manifest werden; es sind dies Interessen an sozialer Anerkennung, Gerechtigkeit, Würde, Respektiert- und Ernstgenommenwerden, Sinn, Selbstbestimmung. Diesen auf der psychosozialen (emotionalen, motivationalen, affektiven) Ebene angesiedelten Interessen kommt nicht etwa eine Ersatzfunktion für "eigentliche" Interessen ("objektiv"-ökonomistischer Provenienz) zu, sondern ganz im Gegenteil eine, die Handlungsimpulse auszulösen verspricht; symbolische Interessen können zur Triebkraft des Handelns werden: von eigener Interessenvertretung besonders in Situationen ihrer Nichtwahrung oder Verletzung. In dieser "Verkehrung" als Unrechtsempfinden, versagte Anerkennung, verletzte Würde, Mißachtungserfahrungen, Gefühle von Sinnlosigkeit, Fremdbestimmung, Unfreiheit waren symbolische Interessen in den Intensivinterviews Medium der Selbstartikulation von Mißständen im Lebenszusammenhang der befragten Frauen. So unterschiedlich die je individuelle Verarbeitung solcher Erfahrungen ausfiel und

ländischer oder deutscher Nationalität sich darstellten - entscheidend war immer die spezifische Koppelung von materiellen (betrieblichen und außerbetrieblichen) und symbolischen Interessen: So sind Lohnunterschiede für Arbeiterinnen zwar nach wie vor von zentraler Bedeutung; aber eben nicht nur in materieller Hinsicht, sondern über sie vermitteln sich auch Gerechtigkeitsstandards und Gleichheitsansprüche. Ihre materiellen Interessen an einem möglichst unversehrten Körper (ein "Gesundheitsinteresse" war nach den vorliegenden Befunden kaum entwickelt) sowie einer sinnvollen Arbeit ("mit Denkanforderungen") stehen in engster Verbindung mit den symbolischen an Wahrung der persönlichen Würde, Anerkennung, Sinn und Autonomie. Für die befragten weiblichen Angestellten ist die Gestaltung der Arbeitszeit deshalb so wichtig, weil ihr eine Scharnierfunktion im Lebenszusammenhang der Frauen zukommt und hier lebensweltliche und arbeitsinhaltliche Interessen zusammentreffen und konfligieren können: sie wollen sowohl ihre berufliche Arbeit bewältigen als auch ihren vitalen Interessen an Vereinbarkeit von Berufsund Hausarbeit sowie an Freizeit nachgehen. Wie sie diese Balance immer wieder herstellen, darüber möchten die Frauen möglichst selbst bestimmen. Zur Wahrung dieses (symbolischen) Autonomieinteresses scheuen sie auch keine Auseinandersetzung mit Vorgesetzten, mit denen einige regelrechte Kämpfe um die Zeit ausfechten. Beim für weibliche Angestellte so zentralen materiellen Interesse an weniger Leistungsdruck (die markanteste Veränderung ihrer Arbeit in letzter Zeit war für die meisten Befragten Leistungsintensivierung) kann sogar das symbolische Interesse an sozialer Anerkennung die Einsicht blokkieren, daß Entintensivierung letztlich nur über Neueinstellungen - verbunden mit einem "sozialen autogenen Training" als kollektiver Lemprozeß für alternative Anerkennungsquellen - zu realisieren ist.

so verschieden sich die jeweiligen Be-

zugspunkte bei Arbeiterinnen, Ange-

stellten, Jüngeren, Älteren, Frauen aus-

In den symbolischen Interessen³ kommt Verschiedenes zum Ausdruck - es sind Wertmaßstäbe, es sind Elemente einer "moralischen Ökonomie" (E. P. Thompson), es sind soziokulturelle Muster, die gemäß der Logik sozialer Relativität immer in einem spezifischen Bezugs-

rahmen zu denken sind. Sie werden situationsgebunden manifest, haben nicht dauerhaft und per se Geltung, sondern bedürfen dazu eines spezifischen Spannungsverhältnisses zwischen Sein und Sollen, das sich für die einzelnen je konkret immer wieder neu bildet und generell abhängt vom einmal erreichten materiellen und kulturellen Lebensniveau.

Symbolische Interessen sind Wertmaßstäbe, sind Elemente einer "mornlischen Ökonomie".

Vor allem aber werden in der Verschränkung von materiellen und symbolischen Interessen (wie überhaupt im Zuschnitt eines um den gesamten Lebenszusammenhang erweiterten Interessenbegriffs) Handlungs- und Leidenspotentiale zutage gefördert, und zwar von Frauen, denen lange genug eine Handlungsbereitschaft für ihre eigenen Interessen bzw. für kollektive Interessenvertretung abgesprochen wurde. Nach unseren Ergebnissen existieren zahlreiche Formen informeller, jenseits von Ämtern und Gremien praktizierter Formen von Interessenvertretung, die im Angestelltenbereich von der individuellen Selbstvertretung über kollektive Formen derselben, von verhaltenem Widerstand ("Raunen", stures Festhalten am Gewohnten etc.) bis zu kollektiven Vorstößen (auch in Form von "Petitionen") an die Adresse der Vorgesetzten ohne oder mit Hinzuziehung des Betriebsrats reichen. Während die befragten weiblichen Angestellten sich in der Stufenfolge ihrer Interessenvertretung zunächst an direkte Vorgesetzte wenden (Modus der Selbstvertretung) und den Betriebsrat als "letzte Instanz" betrachten und als Informationsbörse nutzen, sind die befragten Arbeiterinnen aufgrund geringeren Selbstbewußtseins und starker Anbindung an den Arbeitsplatz eher auf Delegation ihrer Interessen an den Betriebsrat angewiesen. Informelle Interessenvertretung existiert hier hauptsächlich in Form individueller und kollektiver Beschwerden oder vereinzelter demonstrativer Widerstandsaktionen (Arbeiterinnen müssen anscheinend zu drastischeren Protestformen greifen als Angestellte, um sich Gehör zu verschaffen.). Im Medium des Informellen und InoffiEs existeen collection for the collection of the

dieser Folie die Schwächen des traditionellen Politikmodells deutlich. Die Barrieren, die das alte auf Macht und Konkurrenz basierende Politikmodell für Frauen aufbaut und sie strukturell ausschließt, zeigen sich zum einen an der Ausgrenzung lebensweltlicher Themenbereiche - wie etwa Familie, Erziehung, alles sogenannte Private, zum anderen an der künstlichen Trennung von Gefühl und Sache, Politik und Alltagserfahrung; gefragt ist ein versachlichter Stil, Sich-Artikulieren-Können, Affektneutralität alles Mechanismen, die Frauen den Zugang erschweren. Neue Politikformen haben dagegen den Sinn, solche Barrieren zu überwinden; sie sind logische Konsequenz aus einem Interessenbegriff, der um die Dimensionen Lebenszusammenhang, Differenzierung und symbolische Interessen erweitert wird. Sie haben die Funktion, den impliziten Gerechtigkeitsansprüchen, Anerkennungsbedürfnissen etc. zum Ausdruck zu verhelfen, um sich über ihre Interessen klar werden zu können. Symbolische Interessen sollten zur Grundlage neuer Politikformen in der betrieblich-gewerkschaftlichen Interessenvertretung gemacht werden (was einen nicht unbeträchtlichen Demokratisierungsschub für die eigenen Organisationsstrukturen, die Demokratisierung von Entscheidungsprozessen mit sich bringen könnte).

Neue Politikformen sind durch drei Prinzipien gekennzeichnet:

(1) Das Prinzip der Intimität

Intime Versammlungsformen, d.h. kleine Versammlungen von überschaubarer Größe (eine Arbeitsgruppe, eine Abteilung), wo sich die Personen untereinander kennen und wo Sachen besprochen werden, die im eigenen Erfahrungshorizont liegen, motivieren ungleich stärker als Großversammlungen, sich zu äußern, z.B. aufgestauten Ärger mit KollegInnen, Vorgesetzten, InteressenvertreterInnen an- und auszusprechen und selbst Themen, Probleme etc. zu benennen. Solche intimen Versammlungen am Ar-

beitsplatz, in der Abteilung werden (v.a. im Angestelltenbereich) unterhalb der Schwelle des Offiziellen häufiger praktiziert, sei es als Sich-Zusammensetzen in (verlängerten) Pausen, als "Meckerstunden" oder "Schreibtischvollversammlungen"; sie lassen ein weiteres Prinzip neuer Politikformen, das mit Intimität eng verbunden ist, erkennen:

(2) Das Prinzip der Informalisierung

Intime Versammlungen sind in aller Regel auch informeller Natur, d.h. hier diktiert keine Tagesordnung den Ablauf und die Inhalte des zu Thematisierenden, sondern Ausgangspunkt und Ziel ist die freie, selbsttätige Artikulation der Beteiligten und ihre wirkliche Beteiligung an Entscheidungsprozessen. Informalisierung bezieht sich auch auf Aktivitäten und Betätigungsmöglichkeiten jenseits von Funktionen, Ämtern, Gremien, auf die Öffnung z.B. von gewerkschaftlichen Betriebsgruppen, betriebsnahen Schulungen für Nicht-Mitglieder. Der Charakter des Informellen kommt insbesondere Frauen, die häufig aufgrund ihrer doppelten Einbindung in Erwerbs- und Hausarbeit unter Zeitzwängen handeln müssen, auch deshalb entgegen, weil sie sich nicht auf Dauer etwa durch ein Amt festlegen können und wollen und ihnen so gleichwohl Beteiligungsmöglichkeiten offenstehen.

(3) Das Prinzip der Diskursivität

Dieses Prinzip fordert von InteressenvertreterInnen Demokratiefähigkeit und kommunikative Kompetenz, denn hier kommt es darauf an, daß die Vertretenen prinzipiell gleichberechtigt als Subjekte und ExpertInnen ihrer Situation anerkannt, respektiert und beteiligt werden, so daß ihre Meinung und Erfahrung konstitutiv in Vertretungsstrategien eingehen kann. Diskursivität bedeutet ein dialogisches Verfahren zwischen InteressenvertreterInnen und Vertretenen, wodurch mit viel "Arbeit an der Person" (ein Angestellten-Betriebsrat) ieweilige Lösungen gemeinsam entwickelt werden, statt autoritativ-stellvertretend vorgegeben zu werden.

Wirkung und Nutzen neuer Politikformen zeigen sich darin, wie sie sich auf unterschiedliche, differenzierte Lebenszusammenhänge und Interessen (von und unter Frauen, aber auch von und unter Männern) einlassen, wie sie

dem Impliziten (von Kritik, Empörung, Leiden etc.) durch Explizitmachen von Erfahrung eine Stimme geben, und wie sie symbolische Interessen organisieren, die infolge allgemein gestiegenen Bildungsniveaus und gewandelter Ansprüche an Arbeit und Politik für die einzelnen immer wichtiger werden. Neue Politikformen stärken die Interessenvertretung von Frauen; sie dürften aber auch für andere "Gruppen" attraktiv und sinnvoll sein, wie sie die Thematisierung unterschiedlicher Erfahrungen, Sichtweisen und Interessen überhaupt erst ermöglichen.

- 1 Frerichs/Morschhäuser/Steinrücke, 1989: Fraueninteressen im Betrieb, Opladen; Frerichs/ Steinrücke, 1989a: Die symbolischen Interessen von Frauen in: Argument 174, 209-223; Frerichs/ Steinrücke, 1989b: Fraueninteressen und neue Politikformen im Betrieb, Köln.
- Weitere Gemeinsamkeiten waren: die generelle Zuständigkeit der Frauen für Hausarbeit und Famille, wobei es in beiden Gruppen wenige Pionierinnen gab, die ihre Ehemänner zur Übernahme von anteilig gleich vieler Hausarbeit "umerzogen" hatten; veränderte Ansprüche an Arbeit wie Interessenvertretung bei jüngeren Frauen in Richtung auf Beteiligung und Selbstverwirklichung, was wesentlich auf den höheren Bildungsstand der jüngeren Generation zurückzuführen ist.
- Symbolische Interessen (Bourdieu) sind als solche nicht geschlechtsspezifisch, sondern geiten wahrscheinlich für all diejenigen, die wenig Chancen auf soziale Anerkennung haben. Anders gesagt: Je weiter unten in der sozialen Hierarschie, desto virulenter symbolische Interessen. S. hierzu näher: Frerichs/Steinrücke

ziellen jedenfalls waren Ansätze für eine

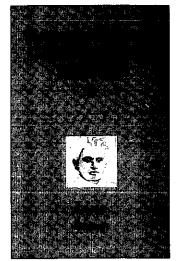
bessere Interessenvertretung von Frauen

aufzufinden, und zugleich wurden auf

Die Freiheit ist keine Utopie, weil sie ein ursprüngliches Streben ist, weil die ganze Menschheitsgeschichte Kampf und Arbeit ist für die Errichtung sozialer Institutionen, die ein Höchstmaß an Freiheit garantieren. Gramsci, 1918

Das deutsche Gramsci-Projekt

Die deutsche Ausgabe von Gramscis Hauptwerk wird in 10 Bänden den integralen Text der Quaderni del carcere bieten. Grundlage ist die von Valentino Gerratana veranstaltete kritische italienische Ausgabe, die mit einem umfangreichen wissenschaftlichen Apparat ausgestattet ist und weltweit als vorbildlich gilt. Der Argument-Verlag kann sich bei seinem Unternehmen auf die Zusammenarbeit mit dem Istituto Gramsci (Rom) und der International Gramsci Society stützen. Die wissenschaftliche Leitung des Gesamtprojekts liegt in den Händen des Leipziger Romanisten Prof. Klaus Bochmann und des Berliner Philosophen Prof. Wolfgang Fritz Haug.



Antonio Gramsci Gefängnishefte

Die Gefängnisheste erscheinen auf der Grundlage der von V. Gerratana im Auftrag des Gramsci-Instituts besorgten Edition. Herausgeber ist das Deutsche Gramsci-Projektunter der Leitung von Prof. Klaus Bochmann (Univ. Leipzig) und Prof. W.F. Haug (FU Berlin). Die Kritische Gesamtausgabe umfaßt 10 Bände (inkl. Registerband) mit insges. ca. 3.500 Seiten. Jeder Band in Linson mit zweisarbigem Schutzumschlag und Lesebändchen. Preis: DM 46,— (bei Subskription DM 37,—). Die Subskription ist bis zum 30.6.1992 möelich



Warum Gramscis Gefängnishefte lesen?

»Es hat lange gedauert, bis begonnen werden konnte, Antonio Gramscis Arbeitshefte aus dem faschistischen Gefängnis auf deutsch zugänglich zu machen. Es bedurfte der Durchbrechung der ›Mauer‹, um den Weg frei zu machen für eine ost-westdeutsche Kooperation von Wissenschaftlern und Übersetzern, die das aufwendige Unternehmen aus eigenem Antrieb tragen: als ein wahrhaft ›zivilgesellschaftliches‹ Projekt. Die Konstellation ist nicht zufällig: Wie Rosa Luxemburg oder, unter den radikal anderen Bedingungen Perus, José-Carlos Mariátegui, den man den ›latein amerikanischen Gramsci‹ genannt hat, tritt auch Gramscis Aktualität in diesem historischen Moment neu ins Bewußtsein. Der unter Stalin beschrittene Weg des staatsmonopolistischen Sozialismus hat sich als Sackgasse herausgestellt. Sie führte nicht zu sozialistischen Verhältnissen und versagte schließlich an der Schwelle zur hochtechnologischen Produktionsweise selbst als ›Entwicklungsdespotie‹ (Bahro) und als System der Machtpolitik. (...)

Die deutsche Gesamt-Ausgabe der Gefängnishefte(...) mußte ohne ande-

Die deutsche Gesamt-Ausgabe der Gejangnisnejte(...) muste onne ander re finanzielle Unterstützung als die des Argument-Verlags, dem der Dank dafür gebührt, auf den Weg gebracht werden. Hier wird nun der ganze Kuchen aufgetischt, nicht nur die Rosinen. Auf Anhieb scheint das Gesamte schwerer genießbar als das mundgerecht Aufbereitete. In ihrer zunächst chronologischen, dann zunehmend thematisch bestimmten Abfolge führen zweitausendeinundsechzig Textstücke die Genealogie eines neuen Denkens vor. Dies mutet zu, sich geduldig darauf einzulassen, wie Gramsci sich auf das Gedankenmaterial seiner Zeit eingelassen hat, den mosaikartig auseinandergelegten Produktionsakt seiner Einsichten zu verfolgen, den Weg durchs Material mitzugehen, das Ungesicherte, die Mehrdeutigkeiten auszuhalten. (...)

Die Produktionsweise seines Denkens ist zuletzt durch den Zusammenbruch des Marxismus-Leninismus in ihrer Unausweichlichkeit sichtbar geworden, weil sie die Daseinsbedingung eines lebendigen Marxismus vorführt. Daß jede Zeit ihr eigenes Material produziert, die neue Notwendigkeit, in der Auseinandersetzung den Weg durch eine neue Wirklichkeit zu suchen, ist Gramscis praktische Botschaft, die nicht veralten kann. Es wird kein leichter Weg sein, aber viel leichter, als im Weglosen oder in der Sackgasse steckenzubleiben.

(Aus dem Vorwort von Wolfgang Fritz Haug zum ersten Band der Gefängnishefte.)

Pressestimmen

- »Es ist ein Wagnis für einen Kleinverlag, gegen den Zeitgeist anzuschwimmen und zum 100. Geburtstag des italienischen Philosophen und marxistischen Theoretikers dessen Werk der Öffentlichkeit zugänglich machen zu wollen.«

 Der Tagesspiegel
- »... hat der Herausgeber, das deutsche Gramsci-Projekt... in sehr kurzer Zeit Bemerkenswertes geleistet...« Leipziger Volkszeitung
- »Endlich! « Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt
- » ... ein neuer Blick auf soziale Herrschaft ... « die tageszeitung
- »... mit äußerster inhaltlicher und übersetzerischer Akribie ...« Utopie kreativ

Bereits erschienen:

Band 1 (1. Heft),
Hg. von Klaus Bochmann.
Inhalt: W.F. Haug: Vorwort;
K. Bochmann: Editorische
Vorbemerkung;
Valentino Gerratana: Einleitung
und Technische Erläuterungen.
Chronologie des Lebens von
Antonio Gramsci.
Erstes Heft. Kritischer Apparat
zum 1. Heft
288 Seiten

Band 2 (2. und 3. Heft). Hg. von W.F. Haug. Inhalt: 2. Heft (1929–1933): Vermischtes I; 3. Heft (1930): *Vermischtes*. Kritischer Apparat zum 2. und 3. Heft. 360 Seiten

Die folgenden Bände erscheinen in ca. halbjährlichem Abstand. Band 10, der Registerband, enthält u.a. Namensregister, Sachregister, mehrsprachiges Glossar, Konkordanz.



Der Erdgipfel

von Michael Rüter*

Wenige Tage vor dem größten Spektakel, das die UNO jemals in ihrer Geschichte organisiert hat, sitzen mehr als 10000 Diplomaten und ca. 15000 20000 Besucher des Gegengipfels auf ihren gepackten Koffern. Denn spätestens ab 1. Juni wollen sich diese "Kongreßtouristen" in Rio de Janeiro zum Erdgipfel, genauer: zur United Nations Conference for Environment and Development (UNCED) treffen. Die Initiatoren der schon vor ihrem Beginn fast fehlgeschlagenen Konferenz wollten durch Abkommen verhindern, daß die Entwicklungsländer denselben Fehler wie die Industrienationen begehen, indem sie ihren Wohlstand auf Kosten der Umwelt mehren. Die Philosophie ist einfach: Es gibt nur eine Welt, deshalb kommt z.B. Schadstoffminderung - egal in welchem Land sie vorgenommen wird - langfristig allen Menschen zugute. Die Strategie: Die Reichen investieren bei den Armen und jeder hat etwas davon. Durch die Verbindung der beiden großen Themenstränge "Umwelt" und "Entwicklung" in der globalen Dimension wird mit dieser Konferenz erstmals der Versuch unternommen, die bislang separierten und wenig erfolgversprechenden nationalen Politikansätze zu überwinden. Durch die Zustimmung zu dieser Konferenz wurde allgemein akzeptiert, daß zur Lösung von Umweltproblemen auch Konzepte zur Lösung der weltweiten sozialen Frage notwendig sind. Tatsächlich konzentrieren sich die Fach-

leute aber auf die Chancen in der Post-UNCED-Phase, denn der Wahlkämpfer George Bush hat mit der Verweigerungspolitik seiner Regierung fast alle konkreten Abkommen in unverbindliche Willenserklärungen umformulieren lassen. Trotzdem stehen schon jetzt zwei Gewinner fest: Die UNO - Druckerei, die 24 Millionen Seiten Papier bedruckt hat, die die Experten der 160 Delegationen aus der gesamten Welt für den Riogipfel erstellt haben, und die Regionalregierung von Rio de Janeiro, die extra 15 Mio US - Dollar investiert hat, damit die TeilnehmerInnen möglichst

Michael Rüter, Herne, Vizepräsident der sozialistischen Jugendinternationale IUSY



kompliziert von Airport zu Airport und zum Konferenzgelände kommen können. Selbstverständlich werden die vieltausend Polittouristen in den Konferenzpausen genügend konsumieren können, damit sich diese Investitionen rechnen lassen. Man kann dabei den Eindruck gewinnen, daß manche die UN-CED als etwas ähnliches wie die Olympischen Spiele o.ä. ansehen.

pischen Spiele o.ä. ansehen. An dem Beispiel der Regionalregierung Rios (geführt von dem brasilianischen Willy Brandt" Leonel Brizola) läßt sich wahrscheinlich der Grundkonflikt dieser gesamten Konferenz am anschaulichsten verdeutlichen. Denn fast alle auch die vielen aus der Gesellschaft verdrängten Einwohner - setzen große Hoffnungen in diesen Erdgipfel. Die Motivationen sind allerdings sehr unterschiedlicher Natur. Die einen hoffen darauf, während der Konferenz eine zusätzliche Einnahmequelle zu erschließen sei es, um den vierten oder fünften Mercedes Benz zu kaufen, oder sei es, um das Essen für die nächste Mahlzeit kaufen zu können. Daneben existieren diverse Ökogruppen in Brasilien, die die Hoffnung hegen, der Ökogipfel möge z.B. für die EinwohnerInnen Amazoniens die Lebensgrundrechte garantieren oder dafür sorgen, daß die Farbe der Flüsse in Sao Paulo - einem der größten industriellen Standorte der Welt - nicht mehr so oft wechselt (bisher wechseln die Farben stündlich zwischen braun, gelb, grün oder blau, je nachdem, welcher Multi gerade was einleitet).

Nach Ost - West jetzt Nord - Süd?

Als 1989 die UN Vollversammlung beschlossen hatte, eine Konferenz zu organisieren, bei der die Synthese von Umwelt und Entwicklung diskutiert und entscheidende Lösungen beschlossen werden sollten, waren die Stimmen aus Nord und Süd, von Rechts und Links vollständig positiv. So sollte diese Konferenz doch nach der 20 Jahre zurückliegenden UN-Umweltkonferenz von Stockholm, deren einziges heute noch zu

messendes Ergebnis die Einrichtung von Umweltministerien war, und dem zum Stillstand gekommenen Nord-Süd-Dialog neue Annäherungen und notwendige Ergebnisse liefern, denn "das Treibhaus, so scheint es, ist eben ein Glashaus, in dem keiner mehr ganz so leichtfertig einen Stein wirft".¹

Nach dem sogenannten Ende des Ost-West Konfliktes hegen viele die Hoffnung, daß die finanziellen Ressourcen, die bislang in diesem Konflikt geflossen sind, zur Verbesserung der Lebensverhältnisse des Südens und zur Sicherung des Planeten Erde verwandt werden.

Allerdings birgt die neue Situation auch Risiken und Nachteile für die ehemals Länder der Dritten Welt in sich.² "Ratlos hebt der Delegierte aus Tansania in der Lounge seine Hand und zeigt auf den verehrten Kollegen aus Moskau. Der habe gerade 24 Milliarden Dollar Hilfe bekommen - und sie müssen um jede Million feilschen."3 Seit der Neukonstruktion Osteuropas lassen sich für die Entwicklungsländer zwei Tendenzen feststellen. Erstens können sie nicht mehr die Rivalitäten der Großmächte USA und UdSSR für sich ausnutzen, was sowohl finanziellen als auch Prestigeverlust bedeutet. Und zweitens hat die internationale Industrie die in jeder Hinsicht besser entwickelten Märkte Osteuropas (mit besser ausgebildeten Arbeitskräfte und auch stärker ausgeprägten, mit den Industrienationen vergleichbareren Konsumwünschen) ins Visier genom-

Neben der Beratung von unterschiedlichen Einzelfragen sollte es bei der UN-CED auch um die immer größer werdende und kaum noch zu überschauende Vielfalt internationaler Institutionen und Regelungen gehen, welche zwar alle unterschiedliche Aufgaben im Rahmen der Nord-Süd-Politik wahrnehmen sollen, aber i.w. nur Handlungsstrategien folgen, die den führenden Industrienationen ins Konzept passen, und daher demokratisiert (d.h. unter die Verantwortung einer demokratisch organisierten UNO gestellt werden) müßten. Gegenwärtig gilt allerdings: Je demokratischer die Einrichtungen / Konferenz / Abkommen organisiert sind, desto weniger Einflußmöglichkeiten bzw. Gestaltungsspielräume werden ihnen zugestanden.

Internationale Institutionen

Zur Verdeutlichung sollen im folgenden die Einrichtungen (ohne EG-Institu-

tionen) benannt und kurz erläutert wer- grund des Montrealer Protokolls den, die im Rahmen des weiteren UNCED-Prozesses eine Funktion haben bzw. diesen Prozess behindern könnten.

- GATT

Dieses "Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen" wird zur Zeit parallel zur UNCED in Uruguay ("Uruguay-Runde") verhandelt. Das GATT gehört zu den Sonderorganisationen der UN. Ihm gehören 101 Mitgliedsstaaten an, von denen 71 sogenannte Entwicklungsländer sind. Ziele sind die Erhöhung des Lebensstandards, Sicherung der Vollbeschäftigung und Erhöhung der Realeinkommen aller Wirtschaftssubjekte in den Mitgliedsländern sowie die Erweiterung des Welthandels, Erhöhung der effektiven Nachfrage auf weltweiter Basis und volle Erschließung der natürlichen Ressourcen der Weltwirtschaft zur Erhöhung der Produktion und Güterversorgung. Als Mittel für diese Ziele soll der kollektive Zollabbau, gesichert durch Zollbindung auf der Grundlage der bedingten Meistbegünstigung, durch Vermeidung von Diskriminierung und den Abbau mengenmäßiger Beschränkungen dienen. Bei der Perspektive der UNCED. ein gerechtes Wirtschaften ohne die Zerstörung der natürlichen Ressourcen zu erreichen, d.h. eine neue Weltwirtschaftsordnung zu konstruieren, spielt GATT eine wesentliche, aber auch eine diesem Ziel anzugleichende Rolle.

- GEF

Global Environment Facility: Das neuste Instrument der Industrienationen wurde im November 1990 gegründet und könnte als eine Art Konkurrenz zum UNCED-Prozeß angesehen werden. In der Treuhand der Weltbank und der Zusammenarbeit mit dem UN-Umweltund Entwicklungsprogramm (UNDP bzw. UNEP) konzentriert es sich auf vier Bereiche: Erderwärmung (Klimakatastrophe), Vergiftung der internationalen Gewässer, Erhaltung der Biodiversität, Dezimierung des Ozonlochs. Der größte Teil der Finanzen wurde bisher von der EG (insbesondere Frankreich und BRD) bereitgestellt. Zur Zeit haben 24 Nationen - darunter neun Entwicklungsländer - Geld in die Kernfinanzierung (800 Million \$) überwiesen. Die USA haben bisher noch nichts in die Kernfinanzierung eingeleitet. Hinzu kommen 300 Mio \$ Co-Finanzen und weitere 200 Mio \$ auf-

(betr.:Treibhauseffekt).

Zur Zeit werden für verschiedene Projekte 450 Mio ausgegeben, u.a. zur Minderung von Treibhausgasen in China und für Maßnahmen zur Erhaltung der Biodiversität in polnischen Wäldern. "The aim, therefore, is to give developing countries a financial incentive to pay attention to externalities-costs that are borne by the world as a whole". Die ganze Sache hat nur einen großen Fehler: Die Kontrolle über die Umweltfazilität ist weder demokratisch, da durch die Mehrheit der G 7 in der Weltbank (s.u.) nur die ökologischen Interessen der Industriestaaten ihren Niederschlag finden dürften, noch hat die Weltbank in der Vergangenheit erkennen lassen, an sozialen oder ökologische Maximen sonderlich orientiert zu sein.

- G7

Diese Gruppe der sogenannten sieben führenden Industrienationen bildet den Kern der OECD, der Organisation der "ökonomisch entwickelten Länder". Die G 7 werden Ende Juni 1992 in München tagen, um dort die "Ergebnisse" der UNCED und die Umbrüche in Osteuropa zu reflektieren und die daraus resultierenden Lasten zu verteilen. Mitglieder dieses exklusiven Clubs, der "Möchtegern"-Weltregierung, sind die USA, Japan, Kanada, GB, Frankreich, Italien und Deutschland, die in allen multilateralen Einrichtungen die Mehrheit haben. Ihre Interessen könnten innerhalb des UNCED-Prozesses von GEF wahrgenommen werden (aus diesen Gründen müßte innerhalb unseres Politikansatzes die Delegitimierung von G 7 in unsere Forderungen aufgenommen

- G 77

In der Gruppe der 77 sind mittlerweile 128 Entwicklungsländer organisiert. Sie stimmen ihre Interessen vor den UN-CTAD Konferenzen und dem Rio Gipfel ab. Zielsetzung dieses Organs sollte eine globale entwicklungspolitisch orientierte Organisation - quasi ein Gegengewicht zur OECD - sein. Vor dem Zusammenbruch der "realen Sozialismus" konnte keine tiefgreifende Strategie gegenüber den Industrienationen beraten werden, da die Interessenlagen zu unterschiedlich und teilweise gegensätzlich

sich eine bessere Koordination sowie eine gemeinsame Interessenvertretungspolitik in den unterschiedlichen Foren ab, die zur Vorbereitung der UNCED eingerichtet worden sind.

Zur Zeit gehören dem Internationalen Währungsfonds 155 Mitgliedsstaaten an. Der IWF hat u.a. die Aufgaben, ein ausgewogenes Wachstum des Welthandels zu erleichtern, die internationale währungspolitische Zusammenarbeit zu fördern und zum Ausgleich und Abbau von Zahlungsbilanzungleichgewichten beizutragen. Wichtig ist, daß die Mitgliedschaft im IWF Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Weltbank ist. Die Stimmrechtsverteilung wird nach einem Quotensystem geregelt, bei dem neben ökonomischen Kriterien prestigepolitische Erwägungen eine große Rolle spielen. Die Mehrheit der Stimmrechte liegt bei den G 7 Staaten.

- UNCTAD

Der ständigen UN-Konferenz für Welthandel und Entwicklung gehören alle Mitglieder der UN sowie ihrer Sonderorganisationen (z.B. IWF, UNDP usw.) an. Sie wurde auf Drängen der Entwicklungsländer eingerichtet. Neben den vierjährigen Vollkonferenzen kann der von ihr eingerichtete Rat für Handel und Entwicklung jährlich zweimal über aktuelle Probleme - und zwar mit einfacher Mehrheit - entscheiden. Die demokratische Entscheidungsmöglichkeit scheint auch der Grund dafür zu sein, daß die Bedeutung von UNCTAD kontinuierlich gesunken ist. UNCTAD VIII tagt z.Zt. in Cartagena (Kolumbien). Wichtigste Aufgabe bildet die Festlegung der Aufgabenprioritäten und des substantiellen Arbeitsprogramms (u.a. wirtschaftliche Zusammenarbeit unter den Entwicklungsländern sowie weltwirtschaftliche Konsequenzen makroökonomischer Interdependenzen) für die kommenden vier Jahre.

- Weltbank (IBRD)

Nach der Kapitalerhöhung auf 171,4 Mrd US \$ der International Bank for Reconstruction and Development (IBRD) sind 152 Länder Mitglied. Die IBRD ist eine Sonderorganisation der UN, alterdings anders als die UNCTAD waren. Angesicht der UNCED zeichnet rechtlich weitgehend unabhängig und

kann von UN Gremien keine Weisungen erhalten. Die Stimmverteilung ist ähnlich wie beim IWF nach ökonomischen Kriterien (Bruttosozialprodukt, Außenwirtschaft, Währungsreserven) geregelt. Analog zum IWF haben die G 7-Staaten dementsprechend auch hier die Entscheidungsmehrheit. Last but not least: Mithilfe der von ihr betreuten GEF kann

schützen; in Konventionen zum Schutz des Klimas, des Regenwaldes und der Biodiversität sollen konkrete und schnelle Lösungen zur Verhinderung der drohenden Klimakatastrophe und Zerstörung der Lebensgrundlagen beschlossen werden. Neben der Beratung von Konventionen soll auch diskutiert werden, mit welchen Instrumentarien (v.a. neue ihrer Wachstumsperspektiven. "Auf der Basis von Fallstudien für Brasilien, Indonesien und Kamerun kommt die Studie zu der Schlußfolgerung, daß sich die wirtschaftlichen Aktivitäten in den Regenwaldgebieten im Durchschnitt auf fünf bis zehn Prozent des Volkseinkommens der betroffenen Länder summieren."6 Aus der Sicht dieser von Greenpe-

Umwelt-Transfer unter Weltbank-Dach

Entwicklungsausschuß lehnt neuen Fonds ab / Konferenz in Malaysia hat Bedenken

die Weltbank auch die globalen Umweltinteressen der führenden Industrienationen wahrnehmen. Damit wären die Entscheidungen über die Zukunft des gemeinsamen Planeten vor den Interessen des Südens vollständig "geschützt". Aus dieser Zusammenstellung läßt sich ablesen, daß - abgesehen von der UN-CTAD - die Entwicklungsländer ohne den UNCED-Prozeß innerhalb der bestehenden multilateralen Kooperation kein Forum finden würden, um über ihre Zukunft und die des Planeten Erde mitzudiskutieren. Darüberhinaus wird die Dringlichkeit deutlich, die UN und ihre Einrichtungen zu demokratisieren, d.h. einen fairen Austauschprozeß zu schaffen, bei dem die Entwicklungsländer damit auch die Mehrheit der Erdbevölkerung - eine Chance haben, über die Zukunft mitzuentscheiden.

Themen und Probleme des **Erdgipfels**

Aus Sicht der Entwicklungsländer sollte das Konferenzthema besser "Umwelt oder Entwicklung" statt "Umwelt und Entwicklung" heißen, haben sie doch den Eindruck, daß sie auf Entwicklungschancen verzichten sollen, nachdem der Norden Schindluder mit der Erde getrieben hat und den dabei erwirtschafteten Reichtum nun durch weltweite Aufteilung der Schäden sichern möchte. Es wird sich zeigen, inwieweit das Tagungsprogramm, das zwischenzeitlich in diversen Expertenkommissionen vorbereitet worden ist, dieser Problematik gerecht werden kann:

So sollen in einer Erdcharta die gemeinsamen Rechte und Pflichten jeder Nation proklamiert werden, den Planet Erde zu UN-Institutionen, Finanz- und Technologietransfer) diese Ideen umgesetzt werden können. Darüberhinaus gab es die Überlegung, auf der UNCED ein Weltentwicklungsprogramm - Agenda 21 - für das nächste Jahrhundert zu be-

Klima und Regenwald

Bei der Erdcharta wird es mit dem Ziel, die Klimakatastrophe und den Treibhauseffekt einzudämmen, insbesondere darum gehen, daß es nur eine gemeinsame Erde gibt, zu dem sowohl der Süden als auch der Norden die gleichen Rechte und Zugangsmöglichkeiten haben sollen. Das Problem: Gegenwärtig verbraucht ein Viertel der Menschheit, nämlich die Erste Welt, 80 Prozent der Weltenergie. Nach Berechnungen der Weltbank verbraucht z.B. China 600 kg Öl pro Jahr und Einwohner, im Vergleich dazu die USA 3050 kg. Noch verbrauchen Indien und China zusammen nur zwei Prozent der todbringenden FCKW's. Ein Verzicht auf Industrialisierung, Wachstum und Konsum würde die Armut in der Dritten Welt verewigen, so nun die Position der G 77. "Umweltschutz behindert nach Meinung der indischen Politiker die Entwicklung, verhindere diese womöglich sogar."

Am Beispiel des UNCED-Themas Regenwald kann die Lage erläutert werden: Für den Süden geht es aus nachvollziehbaren Gründen darum, einen Wachstumsprozeß - auch auf Kosten des Regenwaldes (in erster Linie durch Nutzung der Böden) zu organisieren. In ihren Augen ist die Forderung des Nordens, den Regenwald - koste es was es wolle - zu erhalten, die "Zerstörung"

ace in Auftrag gegebenen Studie des Kieler Institutes für Weltwirtschaft müßte eine Strategie zum Schutz des Regenwaldes darauf abzielen, überall dort auf die ökonomische Nutzung des Regenwaldes zu verzichten, wo Alternativen für die wirtschaftliche Entwicklung be-

Jedoch müßte für diese internationale ökologische Dienstleistung des Südens eine Kompensation der Einkommensverluste eingerichtet werden. Dieses muß nicht zwangsläufig bedeuten, daß der Norden weitere Finanzzuweisungen leistet, sondern durch die Ausgabe international handelbarer Emissionszertifikaten ein Anreiz zur Erhaltung des Regenwaldes geboten würde. Die Vorschläge des nicht gerade fortschrittlichen Kieler Wirtschaftsinstitutes berücksichtigen nur Möglichkeiten, die bei der Beibehaltung des bisherigen Entwicklungsmodells (wirtschaftliche Entwicklung durch Wachstum) umgesetzt werden können. Dabei müßte der Schwerpunkt nicht nur bei diesem Teilpunkt auf die Bildung neuer Entwicklungsmodelle gelegt werden, bei denen die Rolle des internationalen sozialen und ökologischen Wachstums definiert wird.

Neben den Finanzzuweisungen ist in diesem Kontext gerade der Technologietransfer ein Schlüsselthema zur Lösung der von der UNCED angesprochenen Probleme. Ohne einen kostenneutralen Technologietransfer von Nord in Richtung Süd werden die gleichzeitige Bewahrung der Umwelt und die Linderung der sozialen Notlagen unmöglich. Zur Veränderung der Weltwirtschaftsordnung in einem umweltgerechten Sinn wird die Übergabe und Nutzung technologischen Know-hows an den Süden

benötigt. Nur Technologien, die umweltgerecht im Sinne einer "nachhaltigen Entwicklung" (sustainable development) arbeiten, d.h. zur Reduzierung des Energie- und Rohstoffverbrauchs und der Abfälle beitragen, sollen exportiert werden. Darüberhinaus müssen die industrialisierten Staaten die Forschung und Entwicklung angepaßter Technologien in den Entwicklungsländern unterstützen.

Artenvielfalt

Neben dem Schutz des Regenwaldes und der Klimaschutzkonvention hat in den letzten Monaten der Schutz der Artenvielfalt (Biodiversität) die Berichterstattung über den Erdgipfel beherrscht. Tatsächlich wird bei diesem Thema die Ernährungsfrage der Weltgemeinschaft entscheidend berührt. Jede Minute verschwindet unwiederbringlich eine Tieroder Pflanzenart. "Es heißt, daß es etwa 80000 eßbare Pflanzen auf der Erde gibt: Doch nur 150 von ihnen sind in größeren Umfang gezüchtet worden, weniger als 20 Arten stellen heute 90 Prozent aller Nahrungsmittel." Die Rio-Konvention in diesem Bereich sieht v.a. zwei Aspekte vor. Eine internationale Genbank soll zur Erhaltung der Biodiversität beitragen, wobei sich für den Süden die Frage der demokratischen Kontrolle einer solchen Einrichtung stellt. Die zweite Überlegung, daß jedes Land ein Zehntel seiner Fläche für die Bewahrung der Biodiversität zur Verfügung stellen soll. scheint für die Entwicklungsländer nicht umsetzbar zu sein, da der Druck auf frei zu bewirtschaftende Flächen so stark ist, daß z.Zt. jeder freie Quadratmeter bewirtschaftet wird.

Die Kernfrage wird aber nicht in Rio, sondern bei der GATT-Runde in Uruguay verhandelt. Denn auf Druck der USA8 sollen die Entwicklungsländer das europäische und amerikanische Patentrecht übernehmen. Konsequent durchgedacht würde der Plan des Nordens, Tierund Pflanzenarten unter Patentschutz zu stellen, verheerende Folgen für den Süden haben. Er würde nicht nur zur genetischen Verarmung führen, weil der Norden wenig Interesse daran haben würde. nicht zu vermarktende Arten wie z.B. Maniok oder Hirse zu erhalten oder zu verbessern. Darüberhinaus wäre der Süden von einigen wenigen multinationalen Konzernen (Bayer, Du Pont etc) abhängig, die schon jetzt das internationale Agrargeschäft zu beherrschen. Eine kapitalintensive Landwirtschaft würde zugleich die Vernichtung der Kleinbauern und eine Verarmung der Landbevölkerung nach sich ziehen. Diese Position des Nordens (vorrangig der USA und Deutschlands) hat zwar eigennützige Intentionen, kann aber zum eigenen Untergang beitragen, indem sich der Norden auf eine immer kleiner werdende Zahl von Sorten spezialisiert und die Voraussetzung für das Überleben der Menschheit, die Pflege der Biodiversität, dem völlig verarmten Süden zuschiebt.

Mögliche Ergebnisse und Impulse der UNCED

600 Mrd \$, so schätzt das Konferenzsekretariat, würde es kosten, wenn die Weltgemeinschaft die Empfehlungen der Agenda 21 in die Tat umsetzen wolle. Ein Fünftel davon, also 125 Mrd \$, müßten die reichen Länder per Umweltund Entwicklungshilfe den armen Staaten zuschießen. Zusätzlich etwa 50 Mrd \$ für die ökologische Sanierung Osteuropas plus 15 Mrd \$ für den Schutz der Artenvielfalt und Erdatmosphäre plus 750 Millionen \$ für zusätzliche UN-Aufgaben. Tatsächlich scheinen die Industrienationen bereit zu sein, einige (6 -10) Mrd \$ für die Erhaltung ihrer Wachstumsperspektiven auszugeben. Diese Mittel sollen dann von GEF verwaltet und ausgegeben werden.

Neben den "konkreten" Finanzforderungen des Südens kursieren immer noch die Vorschläge der Brandtschen Nord-Süd Kommission, die freiwerdenden Rüstungsmittel und 0,7 Prozent des jeweiligen nationalen Bruttosozialproduktes für Entwicklungszusammenarbeit zu nutzen. Einige Ökonomen, vor allem aus der G 77, haben die Vorstellung entwikkelt, daß eine Umweltsteuer (Energieabgabe, Emmissionsausgleich etc) im Norden erhoben wird, welche über eine unabhängige Einrichtung der UNO für Umwelt- und Entwicklungsprozesse im Süden investiert werden soll.

Dieser wahrscheinlich in Rio noch nicht durchsetzbare Vorschlag würde eine Demokratisierung der UNO vorraussetzen, d.h. eine UNO, in der der Süden die gerechte Möglichkeiten hat, Prozesse einzuleiten und mitzugestalten. In diesem Zusammenhang haben die Expertenkommissionen vorgeschlagen, die verschiedenen UN-Einrichtungen, die bisher mit Entwicklungsfragen (UN-CTAD, UNDP etc.) befaßt sind, zusammenzufassen und einklagbare

Umweltrichtlinien zu entwickeln, die von einem Umweltrat (in Anlehnung an einen demokratischen Weltsicherheitsrat) bewacht und umgesetzt werden sollen. Als handelnde Gliederung, zum Einsatz bei Katastrophen, sollen "Grünhelme" Hilfestellungen leisten können.

Wenn Mensch den Berichterstattungen glauben schenken kann, werden kaum bis keine der genannten Vorstellungen bei der UNCED in die Tat umgesetzt werden. Allerdings hat der durch diesen Prozeß begonnene Diskurs "über die Zukunft unseres Planeten" Perspektiven aufgezeigt, die eine neue Alternative zwischen bzw. diesseits von Apokalypse und Ökodiktatur als realistischer erscheinen lassen. Durch die Verknüpfung aller entscheidenden Politikfelder ist eine Debatte eröffnet worden, die auch wir mitgestalten müssen. Dieses unterstreicht die Wichtigkeit der UNCED, denn neben der separierten expertenorientierten Beratung und evtl. konzeptionellen Lösung diverser Einzelprobleme wurde mit der Einrichtung dieser Konferenz ein neues Politikmodell angedacht, das die Synthese von Umweltproblemen mit der sozialen Frage zur Voraussetzung hat und die Perspektive einer Demokratisierung im internationalen Maßstab eröffnet.

Anmerkungen

- 1 Die Zeit, Nr. 17/92, Christian Wernicke, Das Glashaus im Treibhaus
- An die Stelle der alten Dreiteilung der Welt, bei der die "Dritte Welt" nur ein theoretisches Konstrukt war, ist eine ganz neue Dreiteilung getreten. Die neue "erste Welt" ist die Welt der OECD - Staaten, die um einige Schwellenländer (Ostund Südostasien, Cono Sur) erweitert ist. Innerhalb dieser "ersten Welt" wird die neue Weltordnung ausgehandelt und durch die ökonomische Rivalität der führenden Industrienationen - in erster Linie die USA, Japan und der Bundesrepublik - bestimmt. Die neue "zweite Welt" wird durch die unverzichtbaren und strategischen rohstoffbesitzenden Länder (Ölguellen etc.) gebildet. Sie werden sich nach wie vor diverser Aufmerksamkeit erfreuen, und hier kann, wenn es aus Sicht der führenden Industrienationen notwendig ist, auch immer wieder der Ort für Verteilungskriege sein. Übrig bleibt der "arme Rest", der für die erste Welt weder politisch noch strategisch oder wirtschaftlich von Interesse ist. Die Zeit, Nr. 17/92, s.o.
- 4 Financial Times, 14.02.92, Michael Prowse, Financing a Green Guture in a Planet Without Borders
- 5 Hannoversche Allgemeine, 20.02.92, G. Vensky, Angst vor der Verschwörung der Neokolonialisten
- T. Amelung and M. Diehl, "Deforestation in Tropical Rain Forests", Mahr Verlag, Tübingen 1992
 Die Zeit Nr. 17/92, G. Vensky, Diebstahl der Gene
- 8 1980 entschied der Oberste Gerichtshof der USA zum ersten Mal in der Welt, daß ein genetisch manipulierter Organismus patentiert werden darf. Daraufhin wurde 1988 von dem Chemiemulti Du Pont eine Maus patentiert.

Auf einen Blick: Frühjahr '92

Jürgen Kuczynski

Asche für Phönix

Aufstieg, Untergang und Wiederkehr neuer Gesellschaftsordnungen

Eine vergleichende Studie zu Feudalismus, Kapitalismus und "Realem Sozialismus" Mit einem Nachwort von Georg Fülberth

"Es gilt, ganz anders, viel gründlicher als bisher, mißlungene, wieder untergegangene erste Versuche der Einführung bzw. Entwicklung einer neuen Gesellschaftsordnung zu analysieren" (J.Kuczynski)

121 Seiten, DM 16,80 ISBN 3-89438-041-1



Karl-Heinz Heinemann/ Wilfried Schubarth (Hg.)

Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder

Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland

Mit Beiträgen von Wolfgang Brück, Karl-Heinz Heinemann, Wilhelm Heitmeyer, Gunhild Korfes, Hans-Joachim Maaz, Irene Runge, Ines Schmidt, Thomas Schmidt, Wilfried Schubarth und Bernd Wittich.

151 Seiten, DM 14,80 ISBN 3-89438-040-3



Gisela Preuschoff

Streß laß nach!

Anregungen (nicht nur) für GrundschullehrerInnen Mit Illustrationen von Stefan Siegert

Muß Schule blanker Streß sein? Oder gibt es Mittel, die allen Beteiligten den Umgang miteinander erleichtern?

130 Seiten, DM 16,80 ISBN 3-89438-042-X Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik **MEMORANDUM '92**

Die wichtigste Antwort auf das Jahresgutachten der "Fünf Weisen".

242 Seiten, DM 24,-ISBN 3-89438-043-8



Lutz Hoffmann

Die unvollendete Republik Zwischen Einwanderungsland

Lwischen Einwanderungsland und deutschem Nationalstaat

2., aktualisierte und erweiterte Auflage

"Das Buch vermittelt Einsichten, die überraschen und überzeugen. Es ist brillant geschrieben. Sie sollten es lesen. Und Sie werden es weiterempfehlen."

Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik

241 Seiten, DM 24,-ISBN 3-89438-002-0



Femina Publica

Frauen - Öffentlichkeit - Feminismus Mit Zeichnungen von Sue Appleton Herausgegeben von der "Gruppe Feministische Öffentlichkeit"

Analysen, Reflexionen, Interviews eine vielfältige Einkreisung der bislang vernachlässigten "Öffentlichen Frau", die "der Rede wert" ist.

227 Seiten, DM 28,-ISBN 3-89438-044-6



Kreuz und quer durch Köln Frauenstadtbuch

Herausgegeben vom Frauenamt der Stadt

Endlich das Frauenstadtbuch für Köln und Umgebung! 240 nützliche Adressen von A bis Z: Vereine, Beratungsstellen, Bildungseinrichtungen usw., Informationen über ihre Arbeit.

252 Seiten, DM 15,-ISBN 3-89438-044-4



Außerdem erscheint der zweite Band der fünfbändigen "Geschichte des Alltags":

lürgen Kuczynski

Geschichte des Alitags des deutschen Volkes Band 2: 1650 bis 1810

Broschur, 15x24 cm 379 Seiten, DM 38,-ISBN 3-89438-034-9



... und last but not least Anfang September:

Der Frauenkalender WIR FRAUEN 1993

Taschenkalender mit flexiblem Einband in Lila & Lesebändchen, 11x15 cm Redaktion: Florence Hervé & Renate Wurms Gestaltung: Gitta Büsch

Etwa 288 Seiten, ca. DM 11,80 ISBN 3-89438-046-2

Mehr Information erwünscht? Fordern Sie unser Programm an!

PapyRossa Verlag
Petersbergstr. 4, 5000 Köln 41, Tel. 0221/44 85 45 0221/44 62 40 Fax 0221/44 43 05

38

Für einen integralen Konversionsbegriff und einen regionalen Ansatz zur Rüstungskonversion

Zur Diskussion über Möglichkeiten alternativer Produktion in der Unterweserregion*

von Christoph Butterwegge**

Rüstungskonversion: Begriffsdefinition und Plädoyer für einen integralen Konversionsbegriff

Zwar ist "Rüstungskonversion" für gut informierte, politisch interessierte Deutsche längst kein Fremdwort mehr, die Probleme damit fangen aber schon bei der Begrifflichkeit an. Das Wort "Konversion" ist lateinischer Herkunft und bedeutet "Umstellung, Wandel". Der Terminus entstammt der Theologie, genauer: der katholischen Dogmatik¹, und meint dort den Übertritt vom "falschen" zum "richtigen" Glauben.

Diese Etymologie des Konversionsbegriffs klingt nach, wenn damit eine grundlegende Abkehr von militärischer Sicherheit, Rüstung und Kriegsvorbereitung bezeichnet wird (weiter Konversionsbegriff). Rüstungskonversion fängt gleichfalls in den Köpfen an, ist also kein rein (produktions)technischer Vorgang. Während des Kalten Krieges konzentrierten sich Definitionen meist auf den Produktionsbereich (Rüstungskonversion i.e.S.), weil kaum jemand an die Möglichkeit einer nennenswerten Truppenreduktion auf seiten der zahlenmäßig schwächeren NATO-Einheiten (Bundeswehr und Stationierungsstreitkräfte) dachte, solange sich in Zentraleuropa zwei Militärblöcke bis an die Zähne bewaffnet gegenüberstanden. So hieß es unter dem Stichwort "Konversion" noch in einem Kleinen Lexikon "Rüstung, Abrüstung, Frieden", das zu Beginn der 80er Jahre erschien: "Umstellung von der Rüstungs- und Kriegswirtschaft auf die Herstellung ziviler Güter bzw. auf Friedensproduktion."2

Der Blick verengte sich vielfach auf den rüstungsindustriellen Produktionsbe-

Dr. Christoph Butterwegge, Privatdozent an der

reich und damit auf eine Konzeption, wie dieser zu "zivilisieren" bzw. entmilitarisieren sei. Ausgeblendet blieb der Komplex einer nicht nur die Soldaten und Zivilbeschäftigten der Bundeswehr und der Stationierungsstreitkräfte, sondern auch die Zulieferindustrie, den Einzelhandel und den Dienstleistungssektor (vom Bäcker "an der Ecke" bis Bordellbesitzer) umfassenden Menschengruppe, die existentiell von Abrüstungsmaßnahmen betroffen ist. Klaus Schomacker faßt den Konversionsvorgang weiter, nämlich als "Umstellung militärisch genutzter Anlagen (Kasernen/Standortverwaltungen) und Produktionsmittel der Rüstungsindustrie auf zivile Nutzung und zur Produktion ziviler Güter."3 Eine solche Definition, wie sie auch Peter Wilke vorschlägt, bezieht zwar die Problemdimension der Truppenreduktion mit ein, läßt aber den Umbau militärischen Geräts (Beispiel: Verwandlung von Kampfpanzern in Planierraupen, des real existierenden Panzertyps "Leopard" in ein Löschfahrzeug) genauso unberücksichtigt wie die Umnutzung von Einrichtungen der Rüstungsforschung: "Mit dem Begriff Rüstungskonversion bezeichnet man den Vorgang einer Umstellung von militärisch genutzten Anlagen und Produktionsmitteln auf zivile Nutzung und die Produktion ziviler Güter."4

Werner Hänsel definiert Rüstungskonversion als "Gesamtheit der Maßnahmen zur gezielten Umstellung von bisher für militärische Zwecke genutzten personellen, materiellen und finanziellen Kapazitäten auf zivile Zweckbestimmung", womit er auf die unterschiedlichen Konversionsformen abhebt.5 Demnach ließe sich Konversion noch kürzer und prägnanter als Umwidmung militärisch genutzter Ressourcen, Kapazitäten und Kompetenzen für zivile Zwecke fassen. Konversion darf jedoch nicht zum Allerweltswort werden, sondem muß Kriterien folgen, die sicherstellen, daß zum Beispiel die Funktionserweiterung des Militärs (etwa auf den Einsatz bei Naturkatastrophen) nicht darunter subsumiert wird. Der Konversionsbegriff muß auf den Ersatz, also nicht die Ergänzung militärischer Aufgaben gemünzt, die Rekonversion möglichst von vornherein ausgeschlos-

Zur Kennzeichnung einer Umstellung der Produktion militärischer Güter (Waffen, Munition, Kriegsgerät) auf die Produktion ziviler Güter bietet sich der Ausdruck "industrielle Rüstungskonversion" an. Zu unterscheiden ist davon die Produktkonversion (Umnutzung militärischer Güter), die Forschungs- sowie die Personal- bzw. Streitkräfte- und die Standortkonversion, d.h. der Gebrauch vormals militärisch verwendeter Gebäude und/oder Grundstücke (Liegenschaften) für zivile Zwecke. Gerhard Banse nennt darüber hinaus die soziale Konversion: "Das ist wohl die schwierigste der vor uns stehenden Aufgaben, gilt es doch, Denk- und Verhaltensweisen, die sich in Jahrhunderten, wenn nicht in Jahrtausenden herausgebildet haben, grundlegend zu verändern. Diese Denkund Verhaltensschemata sind dadurch geprägt, daß Konflikte, die aus dem Zusammenleben von Menschen, Völkern und Nationen entstehen (können), mit Mitteln der Drohung und der Gewalt, in Sonderheit der militärischen Gewalt, gelöst wurden und noch werden. Zukünftige Denk- und Verhaltensweisen müssen aber von Vernunft, Humanität und Solidarität geprägt sein."6

Im Zusammenhang mit der Truppenreduktion bei der Bundeswehr und Stationierungsstreitkräften spricht man häufig auch von regionaler Konversion, um diese gegenüber betrieblicher Rüstungskonversion zu unterscheiden, übersieht dabei jedoch, daß ein geographischer Raum auch durch die Konzentration der Rüstungsproduktion gezwungen sein kann, Wege einer alternativen Regionalentwicklung zu beschreiten.7 Regionale und rüstungsindustrielle Konversion bilden somit keinen Gegensatz, wie selbst Kenner der Materie unterstellen⁸, bedingen vielmehr einander. Denn ohne die Umstellung militärischer auf zivile

Produktion bleibt eine Region rüstungsabhängig, gibt es keine umfassende regionale Konversion, und vice versa: Solange eine Region durch ihre militärische Infrastruktur und übermäßige Truppenkonzentration gekennzeichnet bleibt, ist eine Umstellung auf der betrieblichen oder Unternehmensebene noch schwerer durchsetzbar und nur von begrenztem Wert.

In der Bundesrepublik Deutschland ergeben sich zwar aufgrund ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für die Rüstungskonversion relativ günstige Voraussetzungen, die Konversionsforschung ist hierzulande aber bisher bloß embryonal entwickelt.⁹ Viel zu lange herrschte ein Konversionsbegriff vor. der nicht nur auf den Produktionsbereich fixiert, sondern auch in sich wenig differenziert, abstrakt und seiner Zielsetzung nach unspezifisch war. Typisch dafür ist Gerda Zellentins Versuch einer Definition: "Rüstungskonversion bedeutet die Umstellung von Waffenproduktion auf

allgemeine Warenproduktion."10 Der Terminus "Rüstungskonversion" darf zwar nicht überfrachtet, muß aber im Rahmen einer Diskussion über die Gesellschaftsentwicklung zukünftige präzisiert und politisch entsprechend zugespitzt werden. Reichte es nach den beiden Weltkriegen aus, zu demobilisieren und den Produktionsapparat einer Kriegswirtschaft auf zivile Güterproduktion umzustellen, muß man heute für einen ökologisch vertretbaren und sozialverträglichen Konversionsprozeß sorgen. Die erzeugten Güter dürfen keinen militärischen Charakter haben, aber auch nicht die Umwelt belasten und materielle Opfer für breite Gesellschaftsschichten mit sich bringen genausowenig wie der Produktionsprozeß, aus dem sie hervorgehen. Zivil zu sein ist ein notwendiges, aber kein hinreichendes Kriterium für wirkliche Kon-

Ein integraler Konversionsbegriff muß über Rüstungskonversion hinausreichen, aber auch Forderungen nach einer sozial-ökologischen Umgestaltung der privatwirtschaftlich organisierten und profitorientierten Produktionsweise Rechnung tragen. Für einen solchermaßen erweiterten Konversionsbegriff spricht, daß es längst nicht mehr bloß noch um die Sicherung des Friedens, sondern um die Erhaltung der menschlichen Lebensgrundlagen überhaupt, der Natur und der Umwelt geht. Dringend geboten ist die Entmilitarisierung/Zivilisierung aller Lebensbereiche, eine völlige Neuorientierung auf vielen Gebieten, nicht nur in Schlüsselbereichen der Industrie, und die Partizipation der Betroffenen (Mitbestimmung auf betrieblicher, Unternehmens- und gesamtwirtschaftlicher Ebene). Konversion geht zwangsläufig mit einer Kritik der politischen Ökologie und der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, die um plebiszitäre Elemente (Volksabstimmungen, Bürgerbeteiligung, Runde Tische) ergänzt werden muß, einher, erfordert soziale Emanzipation genauso wie demokratische Transformation.¹¹

Frieden ist mehr als ein paar Waffen weniger, Rüstungskonversion keine bloße Begleiterscheinung der Abrüstung. Ohne einen Durchbruch auf dem Gebiet der Rüstungskonversion wird sich der Erfolg konventioneller Abrüstungsmaßnahmen in Grenzen halten, weil die Angst vor Arbeitsplatzverlusten nicht nur rüstungs- bzw. militärabhängig Beschäftigte und ihre Familienangehörigen befällt, sondern auch das öffentliche Klima beeinflußt und die Politik - zusammen mit bornierten Wirtschaftsinteressen, die Abrüstung und Rüstungskonversion entgegenstehen - lähmt. 12 Da Arbeitsplatzsicherung zielgerichtet erfolgen muß und nicht um jeden Preis stattfinden darf, sollten weitere Kriterien (soziale und Umweltverträglichkeit, gesellschaftliche Sinnhaftigkeit, Irreversibilität des Konversionsprozesses) zur Beurteilung der Rüstungskonversion hinzutreten. Anzuwenden ist die Banse-Formel, wonach "das, was angestrebt wird, wissenschaftlich möglich, technisch-technologisch realisierbar, ökonomisch machbar, sozial wünschenswert und akzeptabel, human und ökologisch vertretbar sowie eindeutig verifizierbar" sein muß.13

Daraus resultiert die Notwendigkeit. Rüstungskonversion in den Zusammenhang tiefgreifender Gesellschaftsveränderungen zu stellen und als Gestaltungsprinzip für eine friedliche Weltgesellschaft anzuerkennen. "Rüstungskonversion umfaßt (...) den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß in seiner Gesamtheit."14 Sie kann nicht auf Teilbereiche und einzelne Segmente der Volkswirtschaft beschränkt bleiben, sondern muß sämtliche Handlungsebenen mit einbeziehen, hat eine ökonomische, eine ökologische, eine politische, eine soziale, eine psychologische und eine kulturelle Dimension. Peter Wilke weist darauf hin, daß Konversion als

eines gezielten wirtschaftlichen Strukturwandels an die Grundfesten moderner Industriegesellschaften rührt: "Es ist eine umfassende Restrukturierung des gesellschaftlichen Systems notwendig, und genau dies macht alle Konversionsforderungen und -überlegungen so schwierig."15

Der erweiterte Konversionsbegriff steht im Widerspruch zu dem Irrglauben, die Marktwirtschaft werde mit den ökonomischen und sozialen Folgen des Abrüstungsprozesses mühelos fertig, ohne daß staatliche Eingriffe, Steuerungsmaßnahmen und Subventionen nötig seien. Gegen solche Interventionen macht Klaus Schrader, wiss. Mitarbeiter des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel. vor allem geltend, daß Diversifikation (Ausweitung der Produktpalette) bzw. die Kompensation militärischer durch zivile Aufträge eine gängige Praxis der Industrie sei: "Letztlich hängt es von der Fähigkeit jedes einzelnen Rüstungsunternehmens ab, den Annehmlichkeiten eines Staatslieferanten zu entsagen und sich statt dessen dem rauheren Klima des Wettbewerbs bei zivilen Produkten zu stellen."16 Die Staatsquote soll durch Abrüstung gesenkt, die anfallende "Friedensdividende" für eine Reform der Unternehmensbesteuerung verwandt und an die privaten Großaktionäre ausgeschüttet werden.

Auf derselben Linie lag ein Gutachten des Münchener Ifo-Instituts für die Bundesregierung. Zwar wurde nicht ausgeschlossen, daß Konversion im Kernbereich der Wehrtechnik mißlingt und Betriebe stillgelegt werden müssen, auf inbzw. wirtschaftsstrukturpolitische Hilfsmaßnahmen meint die Studie gleichwohl verzichten zu können: "Da weder auf gesamtwirtschaftlicher noch auf sektoraler Ebene Friktionen zu erwarten sind, die den marktwirtschaftlichen Anpassungsmechanismus überfordern könnten, besteht kein Bedarf an speziellen staatlichen Hilfen für die Wehrgüter produzierenden Unternehmen."17

Das Beispiel Bremen: Rüstungskonversion als strukturpolitisches Problem und Entwicklungsperspektive für die Unterweserregion

Rüstungskonversion ist angesichts der bestehenden Macht- und parlamentari-

Diskussionsbeitrag zur internationalen UN-Konferenz "Konversion - Chance für Entwicklung und Umwelt", Dortmund, 24.-27. Februar 1992

schen Mehrheitsverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland weder auf einzelbetrieblicher bzw. Unternehmensnoch auf zentralstaatlicher Ebene realisierbar. Vielmehr bietet sich ein regionaler und/oder kommunaler Handlungsrahmen als Vermittlungsebene und Kristallisationskern für Konversionsstrategien an¹⁸, besonders dann, wenn er - wie im Fall der Freien Hansestadt Bremen - weitgehend mit den Landesgrenzen zusammenfällt.

Bremen ist das kleinste Bundesland mit der größten Rüstungsabhängigkeit. Aufgrund seiner traditionellen Konzentration militärischer Produktion im Bereich des Schiffbaus, der Elektronik sowie der Luft- und Raumfahrt spricht man von einer "Waffenschmiede des Nordens". Der Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung (BAW), ein Institut des Landes, hat im April 1991 eine Bestandsaufnahme vorgelegt, wonach knapp 25.000 Arbeitsplätze direkt bzw. indirekt davon betroffen sind¹⁹, was um so mehr ins Gewicht fällt, als die ganze Region äußerst strukturschwach ist.

Seit dem Frühsommer 1989 besteht die Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung.20 Gegründet von Gewerkschaftern, Betriebsräten und Wissenschaftlern der Universität Bremen, sucht sie den Konversionsgedanken zu verbreiten, politische Entscheidungsträger damit zu befassen und entsprechende Projekte zu fördern. Ihr regionalpolitischer bzw. regionalwirtschaftlicher Ansatz verbindet sich mit einer Institutionalisierungsstrategie, die vornehmlich darauf basiert, daß Bremen aufgrund seiner politischen Kultur günstige Rahmenbedingungen für eine Verstetigung durch "Verstaatlichung" vormals privater Initiativen zur Rüstungskonversion bietet.

Auf dem Kongreß "Chancen für Rüstungskonversion" im November 1989 wurde eine Erklärung verabschiedet, worin drei Hauptforderungen enthalten waren, die seither - weiter konkretisiert und besser ausformuliert - im Mittelpunkt der Stiftungsarbeit stehen: die Einrichtung eines Konversionsbeirates, die Schaffung eines regionalen Konversionsfonds und die Institutionalisierung der Konversions- bzw. Friedensforschung auf Landesebene.²¹

1) Der Bremer Senat soll einen Konversionsbeirat berufen, der sich aus Vertreter(inne)n von Rüstungsunternehmen, Unternehmerverbänden, Kammern, Gewerkschaften, Betriebsräten (Arbeits-

kreise "Alternative Fertigung") und der Friedensbewegung unterschiedli-Wissenschaftler(inne)n cher Fachrichtungen zusammensetzt. Das Gremium würde den Senat beraten und hätte einen Konversionsplan für Bremen zu entwickeln, der als strukturpolitisches Förderprogramm ausgelegt und in das "Wirtschaftsstrukturpolitische Aktionsprogramm für Bremen und Bremerhaven bis 1995" (WAP) integriert sein sollte. Der "Bremer Konversionsbeirat" müßte regelmäßig über seine Arbeit Bericht erstatten, das Landesparlament (Bürgerschaft) über die Ergebnisse debattieren und mögliche Konsequenzen für Gesetzgebung und Verwaltung im Zwei-Städte-Staat zie-

2) Rüstungskonversion muß durch finanzielle Anreize für betroffene Firmen, insbesondere kleinere und Zulieferbetriebe, gefördert werden. Die Einrichtung des "Bremischen Konversionsfonds" hätte Signalwirkung und würde nicht nur Diversifikationsmaßnahmen im Werftenverbund (Meerestechnik. schiffbaufremde Fertigung) vorantreiben, sondern Rüstungskonversion mittels gezielter Zuschüsse für Forschungsprojekte und Investitionshilfen zur Entwicklung/Erprobung geeigneter Herstellungsverfahren bzw. Produkte erleichtern. Gedacht ist an ein Programm, das die Umstellung militärischer auf zivile, gesellschaftlich nützliche und umweltverträgliche Produktion und die Vermarktung der neuen Güter fördert, soweit die Unternehmen nicht selbst dazu in der Lage sind. Kurzfristig sollen ca. 10 Prozent der WAP-Mittel (knapp 30 Millionen DM jährlich) in diesem Sinne umgewidmet werden.

3) Zur Schaffung einer wissenschaftlichen Infrastruktur für den Umstellungsprozeß in der Unterweserregion und zur Unterstützung des Konversionsbeirates (Aufbau entsprechender Forschungsund Planungskapazitäten) böte sich die Gründung eines interdisziplinären Instituts für regionale Rüstungskonversion und Friedenspolitik an, das den Konversionsvorgang kritisch zu begleiten und weitere Maßnahmen vorzubereiten hätte

Die Bremische Bürgerschaft beschäftigte sich mehrfach mit Fragen der Rüstungs- und Standortekonversion. Am 14. Dezember 1990 forderte das Landesparlament die Regierung auf, "einen Konversionsfonds einzurichten, der unter Einbeziehung beantragter EG-

und Bundesprogramme die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Senats auf diesem Gebiet bündelt und weiterentwickelt. Dabei ist eine Konzentration auf kleine und mittlere Unternehmen vorzunehmen."22 Am 6. Juni 1991 konkretisierte die Bürgerschaft ihren Vorschlag und forderte die Schaffung eines Konversionsbeirates. Ihm sollen neben dem Senat (Landesregierung) Vertreter von Unternehmen und ihren Verbänden, von Arbeitnehmerverbänden, Betriebsräte sowie Vertreter aus Forschung und Wissenschaft angehören. "Der Konversionsbeirat hat die Aufgabe, auf der Grundlage des vom Senat vorgelegten Berichts Vorschläge für die programmatische Ausgestaltung des Konversionsfonds zu unterbreiten."23

Nunmehr wird es darum gehen, Fonds und Beirat (im Sinne eines integralen Konversionsbegriffs) als demokratischpartizipatives Modell trotz ausbleibender Mittel des Bundes für eine sozialökologische Strukturpolitik auf regionaler Ebene nutzbar zu machen. Rüstungskonversion ist kein Selbstläufer, sondern bleibt der Richtung und Reichweite nach umstritten. Nach Bildung einer sog. Ampel-Koalition zeichnen sich innerhalb und mit der nicht mehr von der SPD allein, sondern auch den GRÜNEN und der FDP gestellten Landesregierung mögliche Konflikte im Hinblick auf die Weiterführung/Ausgestaltung des "Bremer Modells" (Burkhardt J. Huck) zur Rüstungskonversion ab.24

Anmerkungen

- Vgl. Marcus Breitschwerdt, Einführung, in: ders. (Hrsg.), Rüstungskonversion. Facetten einer Strukturfrage, Stuttgart 1988, S. 10
- 2 Lorenz Knorr, Kleines Lexikon Rüstung, Abrüstung, Frieden, Köln 1981, S. 95 (Stichwort: Konversion)
- 3 Stichwort "Rüstungskonversion", in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit. Mit einer Einleitung von Egon Bahr, München 1987, S. 275
- 4 Stichwort "Rüstungskonversion", in: Ekkehard Lippert/Günther Wachtler (Hrsg.), Frieden. Ein Handwörterbuch, Opladen 1988, S. 348
- 5 Siehe Werner Hänsel, Möglichkeiten und Methoden der Rüstungskonversion: Die Konversionspraxis in der DDR, in: Lutz Köllner/Burkhardt J. Huck (Hrsg.), Abrüstung und Konversion. Politische Voraussetzungen und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main/New York 1990, S. 678
- 6 Gerhard Banse, Chancen für Konversion? oder: Wie aus Schwertern Pflugscharen werden könnten, in: Wolfgang Köhnlein u.a. (Hrsg.), Wissenschaft und Verantwortung. Friedliche Wege in eine gemeinsame Welt. Dokumentation des Kongresses "Weiter abrüsten friedliche Wege in die Zukunft. Wissenschaft für eine gemeinsame Welt", veranstaltet von der Naturwissenschaftler-Initiative "Verantwortung für den Frieden", Münster/Hamburg 1991, S. 160.

7 Vgl. z.B. Olaf Achilles, Militarische Belastungsa.

nalysen und Regionale Konversion. Kommunale Instrumente für eine abgerüstete Region, Alheim bei Kassel 1990

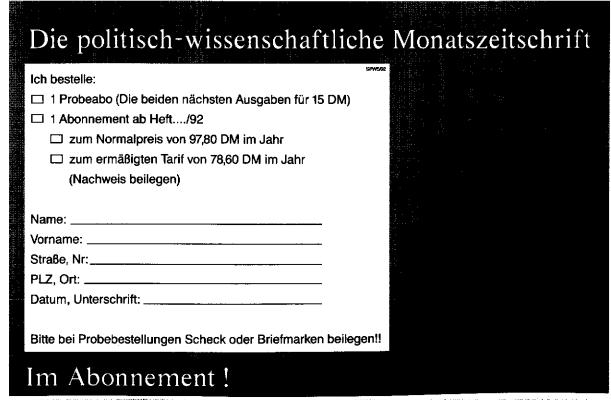
3 Christian Wellmann, Regionale Konversion muß auf der Tagesordnung stehen, in: ÖTV Argumente 4/1990, S. 11: "Regionale Konversion ist nicht nur vermutlich schwieriger, sie ist auch aktueller als rüstungsindustrielle Konversion."

Vgl. dazu: Ulrich Albrecht, Entwicklung und Stand der Konversionsforschung in der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich, in: Lutz Köllner/Burkhardt J. Huck (Hrsg.), Abrüstung und Konversion, a.a.O., S. 25 ff.

- Abrustolig und Norwerstoll, a.a.O., o. 2011.
 10 Gerda Zeilentin, Möglichkeiten und Grenzen der Rüstungskonversion, in: Tagungssekretariat "Für das Leben produzieren" (Hrsg.), Waffenplatz Schweiz. Beiträge zur schweizerischen Rüstungsindustrie und Waffenausfuhr, Bern 1983, s. q.3.
- 11 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Rüstungskonversion als Chance demokratischer Partizipation. Zur Diskussion über Möglichkeiten alternativer Produktion und einer Entmilitarisierung der Unterweserregion, in: antimilitarismus information 5/1991, S. 15 ff.
- 12 Vgl. z.B. Christian Wellmann, Arbeitslos durch Abrüstung? - Über den Realitätsgehalt von Ängsten vor Arbeitsplatzverlust durch Abrüstungserfolge, in: Wolfgang R. Vogt (Hrsg.), Angst vom Frieden. Über die Schwierigkeiten der Friedensentwicklung für das Jahr 2000, Darmstadt 1989, S. 169 ff.
- 13 Siehe Gerhard Banse, Chancen für Konversion? - oder: Wie aus Schwertern Pflugscharen werden könnten, a.a.O., S. 162 f.
- 14 Siegfried Schönherr, Abrüstungswillen setzt Konversionsfähigkeit voraus, in: Gerhard Knies u.a. (Hrsg.), Betriebsbedingung Frieden. Herausforderungen der Hochtechnologie-Zivilisation für eine nachrnilitärische Ära, Bertin (DDR) 1990, S. 207
- 15 Peter Wilke, Rüstungskonversion wirtschafts-

- politische Konzeptionen und Instrumente, in: Lutz Köllner/Burkhardt J. Huck (Hrsg.), Abrüstung und Konversion, a.a.O., S. 311
- 16 Klaus Schrader, Warten auf die Friedensdividen de, in: FAZ v. 6.10.1990
- 7 Manfred Berger u.a., Produktion von Wehrgütern in der Bundesrepublik Deutschland, München 1991 (ifo-Studien zur Industriewirtschaft 42), S. 279
- 18 Vgl. dazu: Hermann Biehler u.a., Regionale Konversionsforschung - Bestandsaufnahme und Handlungsorientierung; ebd., S. 434
- 19 Vgl. dazu im einzelnen: Wolfram Elsner/Gerhard Voss, Bericht zu den Abrüstungsfolgen für das Land Bremen und zu den Handlungsmöglichkeiten, erstellt im Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung, Bremen 1991 (Regionalwirtschaftliche BAW-Studien 9)
- 20 Vgl. hierzu und zum folgenden: Christoph Butterwegge, Bremen entrüstet sich: Rüstungskonversion in der Unterweserregion, in: Johannes Esser u.a. (Hrsg.), Friedenswissenschaft und Friedenslehre an Fachhochschulen und Universitäten, Frankfurt am Main 1991, S. 106 ff.; ders., Möglichkeiten zur Rüstungskonversion in Bremen und der Unterweserregion, in: Kathleen Battke u.a. (Hrsg.), Frieden gestalten nach dem Kalten Krieg. Neue Projekte der Friedenswissenschaft. Beiträge der Münsteraner Tagung der Informationsstelle Wissenschaft und Frieden und des Arbeitskreises Münsteraner WissenschaftlerInnen für den Frieden am 16./17. Novembber 1990, Bonn 1991, S. 82 ff.
- 21 Vgl. Entwurf für eine Bremer Erklärung, in: Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung (Hrsg.), Chancen für Rüstungskonversion. Dokurnentation und Materialien des Kongresses "Chancen für Rüstungskonversion" am 18. November 1989 in Bremen, Bremen 1990, S. 38; Forderungen der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung, in: Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung, in: Bremische Stiftung für Rüstungskonversion.

- version und Friedensforschung (Hrsg.), Rüstungskonversion vor Ort. Probleme Alternativen Perspektiven, Bremen 1991, S. 30 f.
- 22 Siehe Beschlußprotokoll der Bremischen Bürgerschaft (Landtag), 12. Wahlperiode, 79. Sitzung 14.13.1000 S. 2
- 3 Beschlußprotokoll der Bremischen Bürgerschaft (Landtag), 12. Wahlperiode, 89. Sitzung, 6.6.1991, Anlage 1, S. 2; vgl. auch: Abrüstung gefährdet 10.000 Arbeitsplätze. Bürgerschaft: Firmen müssen umdenken, in: Bremer Nachrichten. Weser-Kurier v. 7.6.1991
- 24 Vgl. dazu neuerdings: Christoph Butterwegge, Rüstungskonversion im Rahmen einer regionalpolitischen Alternativkonzeption. Zur Diskussion über Konversionsmaßnahmen für die Unterweserregion, in: ders./Eva Senghaas-Knobloch (Hrsg.), Von der Blockkonfrontation zur Rüstungskonversion? - Die Neuordnung der internationalen Beziehungen, Abrüstung und Regionalentwicklung nach dem Kalten Krieg, Münster/Hamburg 1992 (i.E.)



Blätter Verlagsgesellschaft • Bertha-von-Suttner-Platz 6 • 5300 Bonn 1 • Tel 0228-650133 • Fax 0228-650251



Der Traum von der Unverwundbarkeit oder die Hybris einer exklusiven Weltmacht

von Katrin Fuchs*

1983 verkündete US-Präsident Reagan seine Vision von der Unverwundbarkeit der USA. Unter dem Namen "Strategic Defense Initiative" (SDI) wollten die USA einen Abwehrschild gegen feindliche Atomraketen aufbauen. Hübsche Video-Clips sollten der Öffentlichkeit suggerieren, die Sache würde perfekt funktionieren. Doch die Welt der Computersimulation ist noch lange nicht mit dem wirklichen Leben identisch. Die unabhängige Wissenschaftlergemeinschaft hatte keine Schwierigkeiten, den Nachweis über die Unrealisierbarkeit von SDI zu führen.

Das kühne Projekt wurde in der Folgezeit immer weiter "heruntergekocht". Was übrigblieb war eine Punktzielverteidigung. Statt flächendeckender Verteidigung sollte der Schutz strategisch wichtiger Einrichtungen erreicht werden. Die Entwicklung exotischer Laserund Teilchenstrahlenwaffen wurde zurückgestuft zugunsten der Förderung vornehmlich "konventioneller" Waffentechnologien.

Im übrigen wurde SDI in den vergangenen Jahren mehr und mehr zur Pandorabüchse für neue Waffentechnologien. An der Entwicklung von Informations-, Aufklärungs- und Führungssystemen wird ebenso gearbeitet wie an neuen Werkstoffen oder Transporttechnologien. Immerhin sind seit 1983 nahezu 30 Milliarden Dollar in das Forschungsund Entwicklungsprogramm geflossen. Am 29.1.1991 - mitten im Golfkrieg - entdeckte nun US-Präsident Bush eine neue Mission für das SDI-Projekt. "Global Protection Against Limited Strikes" (GPALS) hieß die neue Zauberformel. Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation gelte es, neuen Bedrohungen zu wehren, so die Begründung: unbotmäßigen nuklearen Emporkömmlingen, versehentlich abgefeuerten Raketen oder nuklearterroristischen Anschlägen. Die

* Katrin Fuchs, MdB, Abrüstungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Mitherausgeberin der spw

Ab 1996 könne mit der Beschaffung erster Komponenten begonnen werden. Vertreter der beim Pentagon angesiedelten SDI-Organisation (SDIO) haben kürzlich im Unterausschuß Abrüstung und Rüstungskontrolle des Deutschen Bundestages die Überlegungen der US-Regierung zu GPALS zur Kenntnis gebracht. Der folgende Bericht stützt sich auf diese Vorträge und die sich daraus entwickelnde Diskussion.1

1. Was ist GPALS?

a) Geplant ist ein Abwehrsystem gegen eine begrenzte Anzahl weitreichender ballistischer Raketen.² Dazu werden benötigt:

- ca. 50 Ortungssatelliten ("Brilliant Eyes"), die möglichst schnell Informationen über die Bedrohung liefern und damit das Abschießen in größeren Entfernungen ermöglichen;
- hunderte von Satelliten, die ständig die Erde umkreisen und die insgesamt mit etwa tausend Kleinraketen ("Brilliant Pebbles") bestückt sind. Mit diesen Raketen sollen ballistische Flugkörper mit einer Reichweite von mehr als 600 km abgefangen und zerstört werden können,
- In den USA selber kommen bodengestützte Raketen, sog. Ground Based Interceptors (GBI), hinzu, die Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite bis zu 2000 km abfangen sollen, Man benötigt nach Auskunft der GPALS-Vertreter allein zum Schutz der USA 500 bis 700 dieser Raketen (frühere Angaben gingen von tausend Interceptoren aus), die von 6 oder 7 Basen (vier an den äußeren Rändern des US-Kernlandes, eine auf Hawaii, eine in Alaska) aus gestartet werden müßten.3

Die Stationierung dieser Elemente könnte gegen Ende dieses Jahrzehnts begin-

b) Zugleich ist eine Verteidigung gegen

SDI-Manager sekundierten umgehend: Kurzstreckenraketen vorgesehen, die sog. "Defense Against Theatre Tactical Ballistic Missiles".

- Dabei will man auf die freilich verbesserte - PATRIOT (PAC III) zurückgreifen, die aber nur einen kleinen Bereich abdecken kann.
- Daher ist zusätzlich ein System namens THAAD (Theatre High Altitude Air Defence Interceptor) in der Entwicklung, das einen Radius von 200 km abdecken und Flugkörper in Höhen bis zu 100 km abfangen soll. Damit würden sich nach Meinung der SDIO-Experten viele der Probleme, die sich beim Abfangen in niedrigen Höhen ergeben, wie Schäden durch Trümmer herabfallende Gefechtskopfreste (s. PATRIOT im Golfkrieg) lösen lassen. Bewußt (?) übersehen wurde, daß sich beim Abschuß von Raketen in größeren Höhen die Trümmer doch wohl auf eine größere Fläche verteilen und entsprechende Schäden verursachen würden. Ein wünschenswerter Aspekt dieses Systems liege darin, so die SDIO-Vertreter weiter, daß es sehr leicht, klein und gut transportierbar sei.
- Auch an anderen Systemen, wie dem amerikanisch-israelischen Projekt "Arrow" oder einer Rakete mit dem Namen "Corps Surface-to-Air-Missile" wird gearbeitet.4

Die geplanten Systeme sollen ausnahmslos nicht mit nuklearem oder anderem Sprengstoff bestückt werden. Präzise Lenksysteme sollen sie in die Lage versetzen, anfliegende Raketen durch direkten Aufprall mit ihrer kinetischen Energie zu zerstören - so die Erwartung.

2. Was soll GPALS schützen?

a) Die Systeme "Brillant Eves" und "Brilliant Pebbles" sind auf eine weltweite Einsatzmöglichkeit zur Bekämpfung ballistischer Flugkörper ausgelegt, "wo auch immer sie abgeschossen würden, und gegen welche Ziele sie auch immer gerichtet seien".5

b) Diese beiden Komponenten im All sollen in Verbindung mit den bodengestützten Abfangraketen (GBIs) zugleich den "umfassenden Schutz" des US-amerikanischen Territoriums sicherstellen. Dabei ist an einen "wirksamen Schutz... auch für die Bevölkerung" gedacht.6

c) Abgewehrt werden kann aber nur eine begrenzte Kapazität von anfliegenden Raketen (daher "Limited Strikes"): man spricht davon, daß bis zu zweihundert gleichzeitig abgefeuerte Raketen attakkiert und zerstört werden könnten.

Wie die SDIO-Repäsentanten ausführten. richte sich das System daher "nicht gegen einen Erstschlag Rußlands". Vielmehr würde die GUS zur Zusammenarbeit aufgefordert, um sich gemeinsam gegen begrenzte Angriffe von Drittländern oder gegen unbeabsichtigte Abschüsse von Flugkörpern abzusichern.

d) Das Programm Theater Missile Defense, das immer höhere Priorität erlangt, soll "regionalen Bedrohungen gegen US-Streitkräfte, Freunde und Verbündete" begegnen helfen. Es wird als fester Bestandteil einer neuen Strategie verstanden, die auf "mobile, schnell und weltweit einsetzbare Streitkräfte" setzt.7

Die THAAD-Raketen seien dabei von besonderer Bedeutung für die Seestreitkräfte, da sie "besonders für den Selbstschutz dislozierter maritimer Einheiten hervorragend geeignet"8 seien. So Dr. Martin von der SDIO.

Diskussionen in der NATO über eine mögliche Beteiligung an GPALS sind offensichtlich im Gange.9

3. "Totaler Schutzschirm" eine Illusion

Auch die neuerlichen Verheißungen halten einer kritischen Prüfung nicht stand: Ein "globaler" und "totaler" Schutzschirm ist technisch nicht machbar. Eine begrenzte Anzahl von Raketen kurzer oder mittlerer Reichweite abzuschießen. kann in Zukunft möglich werden. Aber dennoch gibt es Möglichkeiten, den Abwehrschirm zu unterlaufen:

- Gegen Marschflugkörper GPALS nichts ausrichten. "Die Abwehr von Flugzeugen oder Marschflugkörpern sei bei keinem der Systeme von Hause aus als Nebenrolle vorgesehen."10
- Raketen, deren Flugbahn unterhalb einer Höhe von 100 km verläuft, sind mit den Brilliant Pebbles nicht zu erreichen, weil die Infrarot-Sensoren

durch die in niedrigen Höhen erzeugte Luftreibungswärme geblendet werden.

- Nach wie vor ist es ein Hauptproblem jeglicher Raketenabwehr, zwischen echten Sprengköpfen und Attrappen zu unterscheiden. 11 Um dem zu entgehen, müssten die abzufangenden Raketen in ihrer Startphase zerstört werden können. Dies bleibt technisch kompliziert und ist wiederum durch Gegenmaßnahmen zu unterlaufen (Verkürzung der Startphase).
- In Auswertung der Golfkriegserfahrungen hat der amerikanische Wissenschaftler T. Postol (Massachusetts Institute of Technology) jüngst die Anfälligkeiten der PATRIOT oder vergleichbarer Systeme gegenüber Gegenmaßnahmen diskutiert. Ein "Gegner", dem es nicht um präzise Ausschaltung strategischer Einrichtungen, sondern um möglichst massive Zerstörung geht, kann sich einiges einfallen lassen: Er könnte z.B. Raketen mit Mehrfachsprengköpfen oder mit einer Vielzahl von Mini-Bomben (bomblets), möglicherweise mit chemischen Sprengstoffen gefüllt, bestücken. Damit würde eine große Vielzahl von Zielen geschaffen, denen mit begrenzter Raketenabwehrfähigkeit nicht begegnet werden könnte.12
- Schließlich wäre es für "Nuklearterroristen" einfacher, statt mit Raketen anzugreifen, "Bombenkoffer" in Feindesland zu schmuggeln.

4. GPALS ist kein Mittel gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen

GPALS soll gegen zwei Gefahren helfen: gegen "nicht autorisierte" oder versehentliche Angriffe und gegen die sich ausbreitenden Massenvernichtungswaffen in der "Dritten Welt". Die Gefahr eines sog. unautorisierten Raketeneinsatzes wird unter Fachleuten

als sehr gering eingeschätzt. Bruce Blair von der Brookings Institution hat dazu auf einem Hearing des House Government Operations Committee des US-Kongresses am 1.10.91 ausgeführt, daß bislang niemand ein plausibles Szenario hätte vortragen können, das zu einem solchen "Fehlstart" führen könnte. 13 Auch der ehemalige Generalstabschef der USA, William Crowe, hält die

Wahrscheinlichkeit versehentlicher oder unautorisierter Raketenabschüsse für "sehr, sehr gering,"14 In diesem Zusammenhang ist immer von Atomwaffen der GUS die Rede, z.B. von Raketen, die von U-Booten aus gestartet werden könnten. Gegen diese Risiken gäbe es technische Lösungen, die auf kooperativem Wege ohne weiteres eingeführt werden könnten: sog. Permissive Action Links (PALs). Dieser Mechanismus sieht vor, daß Waffen nur unter Verwendung eines Codes freigegeben werden können, der erst mit dem Startbefehl übermittelt wird. Bei landgestützten Raketen ist dieses Verfahren seit langem üblich. Im übrigen existiert die Technik, Raketen nach Fehlstarts mit Hilfe einer Fernlenkung zu zerstören. Bei Weltraumraketen wurde sie bereits erprobt. Mit diesem Mechanismus der "Selbstzerstörung" sollten dringend alle Raketen versehen werden. Um Raketenabschüsse "aus Versehen" zu vermeiden. bedarf es keiner aufwendigen Raketenabwehr.

Die SDI/GPALS-Protagonisten beziehen sich in ihren Begründungen daher mehr und mehr auf die Gefahr der Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Sie stützen sich dabei auf Einschätzungen der Geheimdienste, wonach bis zum Jahre 2000 vierundzwanzig Entwicklungsländer über ballistische Raketen größerer Reichweite verfügen. Einige von ihnen werden - so die CIA - in der Lage sein, diese mit atomaren, biologischen oder chemischen Sprengköpfen auszustatten.

Bei nüchterner Betrachtung ergibt sich ein differenziertes Bild. In der letzten Zeit ist es zumindest gelungen, die atomaren Ambitionen einiger Staaten zu zügeln: Südafrika, Argentinien, Brasilien, Südkorea und Taiwan. Nordkorea ist inzwischen zu Kontrollen seiner "zivilen" Nuklearanlagen bereit. Iraks Kapazitäten sind dezimiert und das Land untersteht strenger internationaler Kontrolle. Es bleiben Israel, Pakistan, Indien, China und ggf. Iran. Was den Iran anbetrifft, sind Begehrlichkeiten nach einer "islamischen" Bombe nicht auszuschliessen. Israel ist enger Verbündeter der USA: Indien und Pakistan streiten vor allem um die regionale Vormacht. Daß diese Länder, wie auch China und der Iran, die USA mit Atomwaffen angreifen könnten, ist höchst unwahrscheinlich.

Mit Ausnahme von China sind diese Staaten übrigens auch auf absehbare Zeit gar nicht in der Lage, mit ihren Raketen

das Territorium der USA oder auch Westeuropas zu erreichen. Das Kontrollregime zur Verhinderung der Weitergabe von Trägertechnologien wird die Möglichkeit, daß sich sog. Schwellenländer in den Besitz von Langstreckenraketen bringen, weiter hinausschieben. Man bedenke dabei, daß die "Supermächte" USA und UdSSR nach dem Zweiten Weltkrieg an die deutschen V-2-Erfahrungen anknüpfen konnten, ungeheure Ressourcen mobilisierten und dennoch über zehn Jahre brauchten, um Interkontinentalraketen herstellen zu können.¹⁵

Die Gefahr der Weiterverbreitung von modernen Zerstörungsmitteln soll an dieser Stelle nicht im geringsten bagatellisiert werden. Man kann sich aber des Eindrucks nicht erwehren, daß mit worst-case-Szenarien gearbeitet wird, um das SDI/GPALS-Projekt zu rechtfertigen

Außerdem gilt nach wie vor: Die Proliferation ist geknüpft an die Lieferung von Waffen, Technologien und wissenschaftlich-technischem Know-how aus den entwickelten Industrieländern. Es war und bleibt absurd, Staaten in konfliktträchtigen Regionen mit Angriffswaffen vollzustopfen, gegen die nun eine globale Raketenabwehr helfen soll.

Die Annahme, daß sich immer mehr Mächte mit "atomarer Potenz" herausbilden werden, könnte zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung führen. Denn das Festhalten an der Atombombe, dem "exklusivsten aller Großmachtattribute"16; die Intensivierung rüstungstechnologischer Modernisierung und der Versuch des Nordens, sich "unangreifbar" zu machen, führen unweigerlich zu vermehrten Rüstungsanstrengungen der "Habenichtse". Proliferation hat auch zu tun mit dem Macht- und Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd und dem Versuch der Unterprivilegierten, es zu überwinden. Noch versprechen sich Machthaber des "Südens" von militärischer Stärke auch eine entscheidene Mehrung ihres internationalen Einflusses. Sie kopieren dabei nur, was ihnen die "modernen Industrienationen" vorgemacht haben. Die von den USA jetzt ins Spiel gebrachte "Reaktion" muß sie wiederum darin bestätigen: GPALS ist eine rüstungstechnologische, eine überlegenheitsorientierte, eine konfrontative Antwort. Politisch-kooperative Lösungen werden damit nur blockiert.

Es kann auf Dauer nicht gutgehen, daß die reichen Industrienationen der großen

Mehrheit der Menschheit vorenthalten, was sie für sich selber selbstverständlich beanspruchen. Folgt man dieser zwingenden Logik, kann es für die Massenvernichtungsmittel nur eins geben: Sie müssen weltweit erheblich reduziert und schließlich abgeschafft werden.

Eine konsequente Non-Profilerationspolitik wird sich zugleich um die Stärkung bestehender Rüstungskontrollregime bemühen, und diese mit größtmöglicher, auch technologischer Zusammenarbeit mit den Ländern der ehemaligen Dritten Welt verbinden.

5. Raketenabwehr als Mittel der Offensive

Die Raketenabwehr erscheint nur im Lichte der Propaganda als reine Defensivmaßnahme. Daß sie für eine Verteidigung des Territoriums der NATO-Staaten entbehrlich ist, läßt sich unschwer nachweisen. Das wissen auch die Chefplaner. Welchen Zweck könnte sie sonst erfüllen? Man denkt an den "Schutz" der eigenen Soldaten bei weltweiten Einsätzen. Bezüglich der Abwehrsysteme gegen taktische Raketen führte Dr. Martin (SDIO) aus:

"Die künftige Planung zielt darauf ab, die Fähigkeit zu entwickeln, solche Systeme mit den "Schnellen Eingreifverbänden" auch schnell verlegen zu können. Sie wären dann zum Beispiel Bestandteil der Waffensysteme eines Expeditionskorps in Europa oder anderswo in der Welt."

Das Ziel, "Verwundbarkeit zu reduzieren", meint eben nicht nur den Schutz des eigenen Landes. Es geht erklärtermaßen auch um den Schutz der eigenen Truppen bei militärischen Operationen weltweit. Luftverteidigung und Raketenabwehr sind damit zugleich wichtige Mittel, um die Kriegführungsfähigkeit von Expeditionskorps, sprich Interventionstruppen, zu effektivieren. Schwert und Schild müssen zusammengedacht werden.

gedacht werden. Auch die durch GPALS eröffnete Möglichkeit, die satelittengestützten Aufklärungssysteme anderer Staaten auszuschalten bzw. zu beeinträchtigen, ist ein Moment, das kriegerische Handlungen begünstigen kann. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, daß mit den GPALS-Raketen auch in geostationärer Umlaufbahn (36.000 km Höhe) befindliche Aufklärungssatelliten in wenigen Stunden erreicht werden könnten.

6. Vergeudung von Ressourcen

Die Gesamtkosten für GPALS (Entwicklung, Produktion, Stationierung) werden von den SDIO-Repräsentanten allein für die USA mit ca. 46 Mrd. Dollar für einen Zeitraum von 14 Jahren angegeben: 25 Milliarden Dollar für die bodengestützte Verteidigung, 11 Mrd. Dollar für die weltraumgestützten Systeme und 10 Mrd. Dollar für die taktische Raketenabwehr (TBM). 18 John Pike Direktor des Weltraum-

John Pike, Direktor des Weltraumprojekts der Federation of American Scientists, hat bei dem erwähnten Ausschuß-Hearing des US-Kongresses im vergangenen Jahr eine andere Schätzung aufgemacht. Die normalen Kostensteigerungen vorausgesetzt, würde der zu erwartende Preis 100 Mrd. Dollar wahrscheinlich übersteigen. Hinzu kommen noch eine Reihe von Unwägbarkeiten. Noch gibt es für einige Komponenten nicht einmal Prototypen. Inzwischen liegen auch Schätzungen USamerikanischer Behörden vor, die näher an der Realität zu sein scheinen. Der USamerikanische Rechnungshof geht von einem Betrag von 90 Milliarden Dollar für die Finanzjahre 1991-2005 (in Preisen von 1991) aus. Darin enthalten sind allerdings, neben den Ausgaben für GPALS, Aufwendungen für die Fortführung der eher "exotischen" Teile des SDI-Forschungsprojekts. Das Congressional Budget Office hat errechnet, daß man durch den Verzicht auf weltraumgestützte Raketen ca. 34 Mrd. Dollar einsparen könnte. Dies ist, verglichen mit den Angaben der SDIO (s.o.), ein Verdreifachung der Ausgabensumme.19

Inwieweit es angesichts der sich zuspitzenden ökonomisch-sozialen Probleme in den USA verantwortlich ist, Summen dieser Größenordnung für militärische Zwecke auszugeben, mögen die US-Amerikaner selbst beurteilen. Solche Aufwendungen allerdings auch noch der GUS, die wirtschaftlich daniederliegt, andienen zu wollen, ist reichlich bizarr. Soll damit dem fast totgerüsteten Patienten der Gnadenstoß versetzt werden? Wenn es um Kooperation mit den "neuen Freunden" geht, wäre da nicht die Neuauflage eines Marshall-Planes für Osteuropa und die GUS angesagt? Wenn es um effektive Mittel der

vorsorglichen Krisenverhütung geht,

wäre da nicht die Aufstockung der

Entwicklungshilfe auf der Tagesord-

nung? Die Mittel für GPALS könnten

hier sehr nutzbringend eingesetzt wer-

7. Verfehlte Forschungs- und Industriepolitik

GPALS ist fester Bestandteil einer (Rüstungs-) Industriepolitik, die die vorhandenen wirtschaftlichen Strukturen und die enge Verzahnung von militärischer und ziviler Technologieentwicklung fortschreiben will. Damit wird den mächtigsten Pressure-groups zugearbeitet, ob damit der volkswirtschaftliche Nutzen gemehrt wird, erscheint mehr als fraglich. Das SDI-Projekt, das mit der Verheißung technologischer Durchbrüche lanciert wurde und das die USA-Vormachtstellung im High-tech-Sektor ausbauen sollte, hat diese Resultate nicht erbracht. Im Gegenteil: Die an militärischen Zielen ausgerichtete Technologieförderung hat sich als kontraproduktiv erwiesen. Die USA haben vor allem gegenüber Japan in diesem Zeitraum noch eher an Boden verloren. Generell gehen Experten davon aus, daß ein zunehmender Teil der für Waffenentwicklung benötigten Technologien im zivilen Sektor entsteht - und nicht umgekehrt.20

Gerade in den USA jedoch wird ein wesentlicher Teil staatlicher Forschungsförderung über das Department of Defense abgewickelt. Eine Verengung und Verzerrung der erkenntnisleitenden Fragestellungen ist unvermeidbar. Die militärischen Geheimhaltungszwänge tun ein übriges, um die produktiven Austauschbeziehungen zwischen den Wissenschaftlern einzuschränken.

SDI/GPALS steht für eine Forschungsund Industriepolitik, die Ressourcen fehlleitet und vergeudet.

8. Deutsche Beteiligung am SDI-Projekt?

Wegen der horrenden Kosten ist seitens der USA auch bei diesem Projekt an Lastenteilung gedacht. Im Missile Defense Act des Senats wird ein "Report On Conceptual And Burden Sharing Issues Associated With Deploying Space-based Interceptors (Including Brilliant Pebbles) For The Purpose of Providing Global Defenses Against Ballistic Missile Attacks" verlangt, der von der Regierung vorgelegt werden soll.

Tatsächlich wird auch hierzulande wieder über eine Beteiligung nachgedacht.²¹
Auch technologie- und industriepolitische Argumente werden wieder bemüht.

Die Politiker, die sich daran beteiligen, müssen aus dem Fluß Lethe getrunken haben. Antiker Mythologie zufolge führte ein solcher Trank zum Verlust der Erinnerung.

1985/86 wurde in der öffentlichen Debatte vorgetragen, eine Nicht-Beteiligung an SDI würde die Bundesrepublik ins zweite oder dritte Glied der Industrienationen abrutschen lassen. Wirtschaftsminister Bangemann unterzeichnete in Washington ein Memorandum of Understanding, das die Beteiligung deutscher Firmen und Forscher sicherstellen sollte. Das Resultat blieb äußerst mager. Nennenswerte Konsequenzen für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft sind nicht bekannt.

Der oben erwähnte industriepolitische Negativeffekt gilt gerade für die Länder, die sich an den Kosten von GPALS beteiligen sollen, aber an dem technologischen Output (den ein solch überdimensioniertes Programm natürlich auch hat) wahrscheinlich nicht gleichberechtigt teilhaben werden. Es gibt Hinweise darauf, daß die USA an der Weitergabe neuer technologischer Erkenntnisse kein Interesse haben.

9. Hegemoniale Politik statt kooperativer Sicherheit

Der durch die New York Times publik gemachte Entwurf eines neuen Strategie-Papiers des Pentagon hat enthüllt, welche Denkungsart in dieser Trutzburg noch vorherrscht. Das Papier mag zurückgezogen und öffentlich verworfen werden - es ist dennoch kein zufälliger Ausrutscher. "Second to None" ist das Credo der US-amerikanischen Gesellschaft.

Einige Grundelemente dieser Philosophie sind:

1. Stabilität scheint nur denkbar, wenn es eine klare hierarchische Ordnung gibt, in der die Guten und Tapferen das Sagen haben. Dieses Modell "hegemonialer Stabilität" hat sich in der Vergangenheit als untauglich erwiesen, um wirklich dauerhaften Frieden zu sichern. Auch weltgeschichtlich hatte die Existenz eines einzigen Hegemons nie allzulange Bestand.

2. Macht gründet sich wesentlich auf militärische Macht. Daher muß die US-Dominanz auf diesem Sektor gewahrt bleiben, um für den Verfolg nationaler Interessen ein wirkungsvolles Druckmittel zu haben. Diese Vorstellung mag in der Zeit des Kalten Krieges ihre innere Logik ge-

habt haben. Doch das Schicksal der UdSSR hat gezeigt, daß überdimensionierte Rüstung erheblich zur Untergrabung wirtschaftlicher Leistungskraft beitragen kann. Auch die US-Ökonomie wurde durch das Wettrüsten zunehmend überstrapaziert.

3. Machtpolitische Anwandlungen der sog. Schwellenländer erscheinen als eklatante Störung des gewohnten Ganges der Internationalen Beziehungen. Die industrialisierten Demokratien werden "erpressbar". Diese einseitige Optik stellt die Verhältnisse zwischen Nord und Süd auf den Kopf. Als ob nicht die entwickelten Industrienationen maßgeblich die terms of trade und inzwischen - über Weltbank und IWF - entscheidend die Wirtschaftspolitik vieler Staaten des Südens bestimmten.²²

4. Das Modell der marktwirtschaftlichindustriellen Zivilisation hat sich als ultima ratio der Geschichte erwiesen und gerade den Sieg über den Totalitarismus davongetragen. Auch diese Sichtweise ist auf einem Auge blind. Sie ignoriert die vielfältigen Krisenerscheinungen dieser wirtschaftlich durchaus effizienten Zivilisation. Sie erhofft sich von der invisible hand des Marktes die Loung der Umwelt- und Entwicklungsprobleme. Diese Annahme ist durch keine Erfahrung gedeckt. Im Gegenteil. Sie droht, die Menschheit an den Rand des Abgrundes zu führen. Als "Lösung" erscheint dann mehr und mehr die notfalls gewaltsame Befestigung der Privilegien einer kleinen Minderheit auf dem Globus. Dieser konfrontative Ansatz spitzt die Probleme noch mehr zu, als daß er sie einer Lösung zuführt.

Auch das GPALS-Projekt verkörpert diese Denkweise. Sie entspricht nicht den wirklichen Verhältnissen gegen Ende des 20. Jahrhunderts. Sie paßte eher in die Konfrontationslogik des Kalten Krieges, nicht in die heutige Zeit.

10. Was getan werden muß

Erstens gilt es, den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen über 1995 hinaus zu verlängern und zu stärken. Die Einlösung seines Artikels VI, in dem sich das Kartell der Atomwaffenbesitzer zu konsequenter Abrüstung verpflichtet, gehört ebenso dazu wie der Ausbau der internationalen Kontrollmechanismen.

Die Atommächte könnten ein wichtiges Zeichen setzen, indem sie rasch einen völligen Atomteststopp vereinbarten (Comprehensive Test Ban Treaty). Damit würde endlich dem qualitativen Wettrüsten auf diesem Gebiet Einhalt geboten.

Zweitens ist das Nichtweiterverbreitungsregime im Bereich der Trägertechnologien auszubauen. Bedeutend mehr Länder müssen für die Unterstützung des sog. Missile Technology Controll-Regimes (MTCR) gewonnen werden. Über einen Teststopp für militärische Raketen muß diskutiert werden. Auch hier geht es darum, die rüstungstechnologische Entwicklung "einzufrieren". Zugleich sind für den zivilen Bereich Raumfahrtprogramme zu entwickeln, an denen möglichst viele Staaten der Welt kooperativ beteiligt werden sollten.

Drittens ist die Konvention zum weltweiten Verbot chemischer Waffen rasch zum Abschluß zu bringen. Zugleich sind alle Möglichkeiten zur besseren Kontrolle des Verbots biologischer Waffen auszuschöpfen und vertraglich abzusichem. Viertens steht gerade nach den Erfahrungen der beiden Golfkriege die drastische Einschränkung der Rüstungsexporte weltweit an. Um der Gefahr der Entstehung und unkontrollierten Ausweitung regionaler Konflikte zu begegnen, muß hier eine Kehrtwende stattfinden. Das Konzept, auch in Krisengebiete modernstes, hocheffizientes Kriegsgerät zu liefern und auf verschiedene Seiten unter dem Vorwand "regionaler Stabilität" zu verteilen, ist restlos gescheitert. Dennoch wird es immer noch praktiziert: die Rüstungsexporte in die Golfregion sind auch nach dem Golfkrieg in großem Stil weitergegangen! Allein die USA lieferten 1991 konventionelle Waffen im Wert von 3Mrd. Dollar in den Nahen

Fünftens muß der ABM-Vertrag strikt eingehalten werden. Zu seiner Stärkung sollten striktere Begrenzungen für Waffen auf der Grundlage neuer physikalischer Prinzipien und das internationale Verbot von Waffen im Weltraum eingearbeitet werden.

Sechstens müssen in einem völkerrechtlich anerkannten Vertrag Anti-Satellitenwaffen (ASAT) verboten werden, wie dies auch der russische Präsident Jelzin jüngst gefordert hat. Das bisher bestehende Agreement zwischen den USA und der ehemaligen UdSSR, solche Waffen nicht zu stationieren, reicht nicht aus. Siebtens führt kein Weg daran vorbei, daß international Mittel mobilisiert werden müssen, um die Umstellung der überdimensionierten Rüstungsindustrien

auf zivil nützliche Produktion zu erleichtern. Diese Konversion steht gegenwärtig vor allem in den GUS-Staaten auf der Tagesordnung. Aber die "Abwicklung" des nuklearen Komplexes betrifft Ost und West.

Es sollte daher international ein Fonds geschaffen werden, der die nötigen Konversionsprogramme finanziell abstützen hilft. Es ist allemal sinnvoller, die Umstellung der überdimensionierten Rüstungsindustrien mit öffentlichen Mitteln zu fördern, als neue Rüstungsprojekte aus "wirtschaftspolitischen" Gründen (Sicherung der Arbeitsplätze, Erhaltung der Unternehmen...) aufzulegen.

Achtens geht es um die Entwicklung kooperativer Formen des Technologietransfers von Nord nach Süd. Daß dabei auf die Sicherung der zivilen Nutzung geachtet werden muß (z.B. durch Endverbleibsklauseln etc.), liegt auf der Hand.

Neuntens sind regionale Konflikte zu entschärfen, indem ihre Ursachen wirkungsvoll bekämpft werden. Dies gilt besonders für die brisantesten Krisenzonen: Osteuropa, die ehemalige UdSSR, den Nahen und Mittleren Osten und Südasien. Zur Stabilisierung der neuen Demokratien in Osteuropa und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten müssen gut durchdachte, gezielte, jedenfalls umfangreiche Hilfsprogramme aufgelegt werden.

Gegenwärtig müssen alle erdenklichen wirtschaftlichen und diplomatischen Mittel eingesetzt werden, um einen wirklichen Friedensprozeß im Nahen Osten zustande zu bringen. Mehr Waffen verträgt dieses Pulverfaß nicht - auch keine sog. Abwehrwaffen.

Gerade im Indien-Pakistan-Streit droht die Gefahr, daß sich religiös aufgeladene Auseinandersetzungen zu zwischenstaatlichen Konfrontationen ausweiten. Basis eines gefährlichen Fanatismus ist dort wie anderswo die Verelendung weiter Teile der Bevölkerung. Statt also die Dinge treiben zu lassen, müssen sich die reichen Industrienationen endlich zu einer massiven wirtschaftlichen Unterstützung aufraffen.

Anmerkungen

- 1 Protokoll der 13. Sitzung des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle vom 12. Februar 1992 (im folgenden "Protokoll" genannt), Bonn. Die US-Delegation wurde geleitet von Dr. J. Martin, Deputy Director for Internal and External Programms (SDIO/IE).
- 2 Vgl. dazu auch SIPRI-Yearbook 1991, The Military Use of Outer Space, p. 50 ff.

- 3 "SDIO to Pursue New Sites For Limited Missile Defenses", in: Aviation Week & Space Technology vom 24.2.1992.
 - Im Missile Defense Act des US-Senats ist zunächst nur der Aufbau eines Stützpunktes der Raketenabwehr genehmigt. Damit verbleibt diese Regelung im Rahmen des ABM-Vertrages. Sechs oder sieben Basen aber würden den ABM-Vertrag sprengen. Darüber soll mit der GUS neu verhandelt werden. Nach Aussagen von Vertretern des US-Kongresses ist für die SDIO der ABM-Vertrag bereits "den Bach heruntergegangen" (down the drain). Die bisher offiziell geplante Stationierung eines Systems auf der Luftwaffenbasis bei Grand Forks macht auch wenig Sinn. Nach Aussagen des stellvertretenden SDI-Direktors O'Neil könne damit allenfalls ein Viertel der amerikanischen Landmasse geschützt werden. (s. Handelsblatt vom 6.3.1992: "Kosten übersteigen militärischen Nutzen")
- 4 s. SIPRI-Yearbook, a.a.O., p. 54
- 5 Protokoll, a.a.O., 13/11
- 6 ebd., 13/7 7 ebd., 13/6
- 8 ebd., 13/7
- Jane's Defence Weekly, 2. Nov. 1991, p. 793
- 10 Protokoll, 13/1
- 11 s.: Jürgen Scheffran, Jürgen Altmann, Wolfgang Libert, Keine Mauer zwischen Nord und Süd. SDI kann das Proliferationsproblem nicht lösen. (Paper vom 19.2. 1992) hrsgg. von der Naturwissenschaftler-Initiative "Verantwortung für den Frieden" e V
- 12 Theodore A. Postol, Lessons of the Gulf War Experience with Patriot, in: International Security, Winter 1991/92, p. 119 ff.
- 13 Hearing des House Government Operations Committee vom 1. Okt. 1991, Wireless File from Washington (per Mailbox).
- 14 taz vom 13.3.92, S. 11.; s. auch Karlheinz Kamp, Die Sicherheit der sowjetischen Atomwaffen, Studie der Konrad-Adenauer Stiftung, 9/1991
- 15 Die Weltraumprogramme der "Schwellenländer" Indien und Brasilien gehen auf die frühen 60er Jahre zurück. Diese Staaten waren bis heute nicht in der Lage, Interkontinentalraketen (ICB-Ms) zu bauen.
- 16 Michael Stürmer, Der gefesselte Krieg, FAZ vom 25. Jan. 1992, Bilder und Zeiten, Nr. 21
- 7 Protokoll, a.a.O., 13/12
- 18 SDIO: Die Neuausrichtung von SDI durch den Präsidenten, 6. Juni 1991. Informationsmaterial überreicht durch die SDIO bei der Sitzung des Unterausschusses.
- 19 Aviation Week & Space Technology, March 16, 1992, p. 45
- s. Bernd W. Kubbig, Zivilen Nutzen schaffen mit Raketenabwehrwaffen? Technologie- und industriepolitische Aspekte der SDI-Diskussionen, HSFK-Forschungsbericht 2/1986, Frankfurt/M. 1986
- 21 Florian Gerster, Michael Hennes, Metamorphose eines ehrgeizigen Projekts, GPALS statt SDI, in: Europäische Sicherheit, Februar 1992, S. 103 ff.
- 22 Keith Payne vom National Institute for Public Policy hat es so formuliert: Die Proliferation von ballistischen Raketen könne bald dazu führen "daß zukünftigen, sicherheits- und außenholiti schen Optionen der USA Beschränkungen auferlegt werden". Er sieht die "freedom of action" des US-Präsidenten bei regionalen Krisen gefährdet. (s. Anm. 13) Auch die SDI Befürworter in Deutschland bemühen dieses "Argument" "Die industrialisierten Demokratien in West und Ossind der Erpreßbarkeit durch autoritäre, häufig illegitime und Instabile Regime ausgesetzt. (Werner Kaltefleiter u. Gerhard Mahler, in Interdependenzen von Wirtschaft und Politik. Militärische, wirtschaftliche und technologische Asnekte einer Raketenabwehr für Europa, Bericht über eine Konferenz von Heribert Schaller

Offene Gesellschaft mit geschlossenen Grenzen?

von Uta Biermann/Dirk Meyer*
"Erst dadurch, daß der staatliche Rassismus die Ausländer zu rechtlich schwachen, unerwünschten Opfern zurichtet, präsentiert er sie den Gewalttätern als brauchbare Zielscheibe."

Wer sich die Mühe macht, den rationalen Kern der Asyldebatte zu erkennen, den wird die Suche bald sehr weit weg vom Art. 16 GG führen. Schon ein zeitgeschichtliches Gedächtnis dürfte zu dejavu Erlebnissen führen, ist doch die CDU/ CSU seit mindestens 10 Jahren unermüdlich, wenn es gilt, der bundesrepublikanischen Bevölkerung zu erklären: "Daß das Boot voll ist!" Allerdings, die praktischen Folgen dieser Parolen haben sich radikal geändert. Nicht mehr nur Vorurteile und Diskriminierungen, sprich alltäglicher Rassismus, bestimmen das Verhältnis der Deutschen zu ihren nicht-deutschen MitbürgerInnen, sondern blanke Angst auf seiten der Nicht-Deutschen, die sich aus täglichen Anschlägen, Morddrohungen und Morden speist². In den Wochen und Monaten vor Weihnachten ging berechtigterweise das Wort von der Pogromstimmung um. Im ersten Jahr der deutschen Vereinigung setzte ein nationaler Denkprozeß darüber ein, wie denn den "Strömen" von "Wirtschaftsasylanten" effektive Dämme entgegengehalten werden könnten. Im Grundsatz waren sich CDU/ CSU/F.D.P. und SPD einig. Nur so konnte der Kompromiß beim Kanzlergespräch zustande kommen. Heute rühmt sich die SPD, eine Lösung "unterhalb des Artikels 16" durchgesetzt zu haben. Sie scheint stolz auf ihre Idee zu sein, Sammellager (!) im vereinigten Deutschland entstehen zu lassen. Kaum ein ernstzunehmendes Wort über die Opfer der Anschläge, kaum ein Wort über die Ursachen von weltweiter Migrationsbewegung, stattdessen Verkehrung der Opferrolle und hektische Diskussionen um Besitzstandswahrung. Eine dringend notwendige Opposition scheint es bis

heute nicht zu geben (sieht man einmal von den diversen Plakataktionen der Prominenten ab), der öffentliche Raum ist den Scharfmachern überlassen und sie sind dabei, die Tiefe dieses Raumes zu erkunden.

Die Kampagne von der "Überschwemmung"

Das Problem der gegenwärtigen Debatte ist die offenkundige Kluft zwischen dem objektiv Notwendigen im Sinne einer aktiven Einwanderungspolitik auf der einen Seite und die Verbreitung von Rassismus durch weite Teile der politischen Klasse auf der anderen Seite.

Übersledlerfunen aus der DDR waren qua Verfassung bindesteutsche Staatsbirger die Aussiedlerfunen qua hundesvertnebenengesetz demische Staatsungehörige. Somit konnte die Ideologie aufrechterhalten werden. Deutschland sei kein Einwanderungsland.

Die BRD verdankt ihre ökonomische Prosperität der Zuwanderung von ca. 17 Millionen Menschen (Vertriebene, Ausund ÜbersiedlerInnen, AusländerInnen). Einwanderung war ökonomisch immer ein problemlösender Faktor, niemals problemverschärfend. Die Korrelationen zwischen Wirtschaftswachstum und Wanderungsbewegung sind eindeutig.3 Und so wird es auch in Zukunft sein. Seit Mitte der 80er Jahre wird die Demographie-Forschung nicht müde zu betonen, daß die BRD zu vergreisen droht, dadurch an Innovationspotential verlieren wird und kaum noch in der Lage sein dürfte, den Standard der Sozialleistungen aufrechtzuerhalten. Kompensiert werden können diese Aussichten lediglich durch massive Einwanderung. Dabei ist zu beachten, daß die ca. 3,5 Millionen "Volksdeutschen" in Osteuropa lediglich ein Sechstel des notwendigen Zuwanderungsbedarfs der nächsten 40 Jahre befriedigen können.

Das heißt: Auch vom Standpunkt der Besitzstandswahrung aus betrachtet nehmen uns die EinwanderInnen nichts weg, sondern sie tragen dazu bei, unseren Standard zu halten. Das Boot ist nicht voll, im Gegenteil, wir brauchen sogar noch RuderInnen!

Diese Fakten sind der CDU/CSU natürlich auch bewußt und sie hat danach gehandelt. Die teils aktive Werbepolitik um Aus-und ÜbersiedlerInnen, teils passive Hinnahme der Einwanderung ante-1989, hatte zum Ziel, den demographischen Bedarf "kulturell homogen" zu kompensieren. ÜbersiedlerInnen aus der DDR waren qua Verfassung bundesdeutsche Staatsbürger, die AussiedlerInnen qua Bundesvertriebenengesetz deutsche Staatsangehörige. Somit konnte die Ideologie aufrechterhalten werden Deutschland sei kein Einwanderung land.

Als dann nach der deutschen Vereinigung die schon bestehenden - und selbst verschuldeten - sozialen Engpässe noch krasser wurden, hat die CDU/CSU per Dekret durch das Generalsekretariat auf der Klaviatur des real-existierenden Fremdenhasses gespielt und die unheilvolle Asyldebatte losgetreten. Die SPD ist darauf hereingefallen. Sie hatte der Kampagne nichts entgegenzusetzen und ihre interne Spaltung nicht nur in der Frage des Asylrechts, sondern auch der AusländerInnenpolitik insgesamt offenbart. Nun hechelt sie der CDU kopflos hinterher.

Gründe für den Massenerfolg

Ob die Schreibtischtäter Rühe, Schäuble, Huber und Co mit über 2000 Anschlägen gerechnet haben, bleibt zu bezweifeln. Zumindest haben sie diese nach Hoyerswerda billigend in Kauf genommen.

Wie aber ist der Massenerfolg der Debatte zu erklären?

1) Seit Beginn der 80er Jahre warnt die Soziologie vor der Zunahme rechtsextremistischer Orientierungen bei Jugendlichen.⁴ Eine Ideologie der Ungleichheit

49

Uta Biermann, Chemiestudentin Universität Bielefeld; Dirk Meyer, Geschichtsstudent Universität Rielefeld

sowie Gewaltakzeptanz, bzw. -bereitschaft stellen die wesentlichen Elemente dieser Orientierungsmuster dar. Sie speisen sich aus der Alltagserfahrung von Jugendlichen. Die Lebenswirklichkeit wird als widersprüchlich erfahren: Zwar lebt man in einer Konsumgesellschaft, kann aber immer später daran partizipieren, oder, im Falle von Arbeitslosigkeit. gar nicht.

Zwar wirkt die Auflösung traditioneller Milieus (proletarischer oder konfessioneller oder familiärer) befreiend auf der einen Seite, es fehlt aber an identitätsbildenden Substituten auf der anderen.5

Zwar wird die Lebensrealität als ökologisch extrem bedroht erfahren, es fehlt aber an Möglichkeiten, dies konkret zu ändern. Übrig bleibt Ohnmacht als Alltagserfahrung. Gewißheiten lassen sich zunehmend nur noch in leistungsunabhängigen Kategorien wie Geschlecht, Nation, Hautfarbe oder Fußballklub finden. Gewalt wiederum vermittelt Sicherheit und Solidaritätserfahrung.

Eine hochgradig individualisierte und verunsicherte Gesellschaft, das Fortbestehen einer Vielzahl rassistischer Traditionslinien in der bundesdeutschen Gesellschaft und las Pehlen einer überzeugenden Opposition liefern den Nährboden für pogromartige Zustände.

Wenn dann vormals als rechtsextrem tabuisierte Themen auch noch von den bürgerlichen Parteien normalisiert werden, dann wird Gewalt legitimiert, dann wird der Anschlag auf ein Wohnheim zur Exekution der Mehrheitsmeinung.

2) Ausländerfeindlichkeit, bzw. Rassismus ist in der BRD kein Phänomen der Randgesellschaft. Die Spielarten sind versteckt, überschneiden sich und sind bisweilen schwer zu erkennen.

Zum einen ist zu konstatieren, daß es einen staatlich-amtlichen Rassismus gibt.6 Hierzu zählt die völkische Definition der deutschen Staatsangehörigkeit. Durch das Abstimmungsprinzip bleibt deutsch, wer als Deutsche/r geboren wurde, bleibt nicht-deutsch, wer als AusländerIn geboren wurde. Die strikte Trennung in Stammvolk und Fremde wird damit zementiert. Grundlegende BürgerInnenrechte werden aufgrund der Abstammung über Generationen hinweg verweigert. Das neue Ausländergesetz von 1990 spiegelt den staatlich sanktionierten Rassismus am deutlichsten wider. Im wesentlichen geht es hierbei um ausländerpolizeiliche Regelungen. Das dahinter verborgene Bild, betrachtet "den Ausländer" als Eindringling, als Parasiten und potentiellen Kriminellen. Erwünscht ist seine materielle Verwertung, sonst nichts.

Gestützt und vorbereitet wird diese Ausprägung des Rassismus durch politisch-ideologische Positionen innerhalb von CDU/CSU, dem rechten Rand der SPD und den offen faschistischen Parteien. Die "durchrasste Gesellschaft" des Edmund Stoiber ist nur ein Beispiel.

Zu erwähnen sei schließlich noch der Alltagsrassismus, bzw. der Rassismus der öffentlichen Meinung, der sich an Stammtischen, in Ausländerwitzen, Anpöbeleien etc. manifestiert und am Armkissen in den Fenstern von Hoyerswerda visualisiert ist. Hier wird der gewalttätige, der aktive Rassist in seiner Handlung legitimiert oder lautstark angefeuert.

3) Ein dritter Erklärungsgrund ist das Fehlen einer überzeugenden Opposition gegen Ausländerhaß und alltäglichen Rassismus. Gerade im Falle der SPD grenzt es schon fast an Zynismus. Ausländerfeindlichkeit in Duisburg öffentlichkeitswirksam wegzufeiern und gleichzeitig die Einführung von Sammellagern für Flüchtlinge als Erfolg darzustellen. Indirekt bestätigt sie damit die Formel: Viele Ausländer gleich viel Rassismus, wenig Ausländer gleich wenig Rassismus. Statt die real existierenden sozialen Probleme des unteren Drittels unserer Gesellschaft als soziale Frage christlich-demokratisch-liberalen Verursachern zu benennen, statt Umverteilung der Steuermittel zugunsten der Länder und Kommunen einzufordern. statt eine Diskussion über die Ursachen von Migration und ihrer selbstverständlich zu leistenden Kosten zu beginnen, läßt die SPD es zu, ihr klassisches Politikfeld national umzudeuten.

Zusammengefaßt: Eine hochgradig individualisierte und verunsicherte Gesellschaft, das Fortbestehen einer Vielzahl rassistischer Traditionslinien in der bundesdeutschen Gesellschaft und das Fehlen einer überzeugenden Opposition liefern den Nährboden für pogromartige Zustände. Wird an den Ursachen in allemächster Zukunft nichts geändert, so werden die Monate September bis Dezember 1991 lediglich den Anfang noch viel ungemütlicher Zeiten

Multikulturelle Gesellschaft oder die Ambivalenten Gegenentwürfe der Linken

Das Schlagwort von der multikulturellen Gesellschaft erscheint immer öfter am Firmament der Gegenstrategien. Viel ist dabei die Rede vom Recht auf kulturelle Identitäten, die friedlich nebeneinander ausgelebt werden sollten. Damit aber begibt sich auch die Linke auf politisches Glatteis. Der Schritt vom Recht auf Identität zur Pflicht auf Identität - wie es die Ultrarechte tut - ist nicht sehr weit. Zu fragen wäre nämlich als erstes, was kulturelle Identitäten eigentlich sind. Auf Seiten der Rechten liegt die Vermutung nahe, daß es sich hierbei lediglich um ein begriffliches Substitut zur Rasse handelt. Man geht davon aus, daß jedes Volk ein homogenes Kollektiv darstellt und eine Vermischung zu Identitätsverlusten führt. Wenn kulturelle Identitäten beschworen werden, liegt der Verdacht nahe, daß es um eine Zementierung der Unterscheidung in eigene und fremde Kulturen geht. Damit aber transformiert man lediglich den bestehenden staatlichamtlichen Rassismus in die schier unangreifbare kulturelle Sphäre.7 Solcherlei Argumentationen sind aus der

Debatte um die Emanzipation bereits hinlänglich bekannt. Auch hier wurde und wird der Versuch gemacht, mit biologistischen und/oder kulturellen Argumentationsmustern die Einzigartigkeit des "Wesens Frau" herauszustellen. Am Ende steht dann die Unveränderlichkeit des gegenwärtigen Geschlechterverhältnisses. Denn, wenn "Frauen so sind, wie sie sind", wie kann dann am Status quo noch etwas verändert werden? Wenn "Türken so sind, wie sie sind", wie können sie dann überhaupt als gleichberechtigte Mitglieder einer Gesellschaft integriert werden?

Wer allerdings unter multikultureller Gesellschaft die Auflösung des völkischdefinierten Selbstverständnisses der bundesdeutschen Gesellschaft versteht, also die BRD als politischen, sozialen und ökonomischen Lebens-und Wirtschaftsraum begreift, der nimmt den "kulturellen Identitäten" ihren instrumentalisierbaren Charakter. Dann heißt das Prinzip: Gleichheit wo notwendig, Verschiedenheit wo möglich. Gleichheit ist dann

Staatsangehörigkeitsrechts, also die Umwandlung des Abstammungs- in das Territorialprinzip, Gleichheit ist dann die Gruppeneinbürgerung der seit 5 Jahren hier lebenden Ausländer (allerdings unter Einführung der Mehrstaatlichkeit). Kurz: Gleichheit bedeutet dann, die Dies ist ein fataler Irrtum. Wie bei der Menschenrechte zu Bürgerrechten zu machen.

Verschiedenheit wiederum bedeutet dann die vollständige Akzeptanz bürgerlicher Realität: die Lebensform, die Austibung der Religion etc. richtet sich nach den Bedürfnissen der Individuen. Die multikulturelle Gesellschaft ist dann nicht mehr und nicht weniger als eine Zivilgesellschaft.

Rettungsanker Einwanderungsgesetz?

Das Problem der BRD sind nicht die AusländerInnen, Flüchtlinge oder AussiedlerInnen, sondern die hysterisch gewordenen Deutschen. Trotzdem dürfen die Augen nicht vor der Tatsache verschlossen werden, daß Migrationsbewegungen weltweit zunehmen. Bis 1989 ist gerade die BRD aufgrund der Mauer und einer extrem verschärften Asyl-(rechtsprechungs)praxis vor Migrationsbewegungen verschont geblieben. Die Einführung der Sichtvermerkpflicht und die rigide Auslegung des Anspruchs auf politisches Asyl haben dazu geführt, Flüchtlinge entweder gar nicht in die BRD kommen zu lassen, sie also schon vor Ort abzuhalten, oder sie aber über Jahre in dem menschenunwürdigen Zustand des de-facto-Flüchtlings zu belassen. Doch alle Verschärfungen haben eines nicht vermocht: die Zahl der Flüchtlinge in der BRD zu reduzieren.

Nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus ist eine neue Situation in Europa entstanden. Die Armutsgrenze liegt nunmehr nicht ausschließlich im Mittelmeer, sie liegt nun an der Oder/Neiße-Grenze. Das riskante sozio-ökonomische Gefälle zwischen West- und Osteuropa sowie das Aufleben ethnischer Konflikte kann dazu führen, daß sich Pollnnen, UngarInnen, TschechInnen, RumänInnen, RussInnen, UkrainerInnen etc. das holen, was ihnen jahrzehntelang vorgeführt wurde: ein besserer Lebensstandard oder schlicht die Zuflucht vor Bürgerkrieg.

In Voraussicht dieser Szenarien - Bari als Beispiel - und der Notwendigkeit zu demographischer Kompensation, wird in

mindestens die Änderung des deutschen der BRD aus allen politischen Lagern der Ruf nach einem Einwanderungsgesetz laut. Meist stützt man sich argumentativ mit der Hoffnung ab, eine feste Quote an ZuwanderInnen erhöhe die Akzeptanz von AusländerInnen in der deutschen Bevölkerung.

> christlich-demokratischen Argumentation um Streichung des Artikels 16 GG wird der Bevölkerung vorgegaukelt, ordnungsstaatliche Maßnahmen könnten die Zuwanderung verhindern.8 Weder wird die Änderung des GG irgendjemanden davon abhalten. Zuflucht in der BRD zu suchen, noch wird ein wanderungsgesetz jemals in der Lage sein, die Zuwanderung den Interessen der BRD entsprechend - und darum geht es im Kern - zu regulieren. Das Stichwort hierfür lautet: Illegalität. Wer nicht in die jährliche Quote fällt, der wird sein Glück illegal in der BRD suchen. Der Staatsapparat wird dazu gezwungen sein, die Illegalen mittels Polizei und strengerer Überwachung ausfindig zu machen sowie die Grenzen noch hermetischer abzuriegeln. Dies ist schon heute Realität in allen Ländern mit Einwanderungsgesetzen.

Kann man Humanität quotieren?

Desweiteren ist die Frage zu stellen, wer über die Kontingente zu entscheiden hat: Sind es die Interessen der bundesdeutschen Industrie, des Arbeitsmarktes oder der Rentenkassen? ist es das Parlament, also die Regierungsmehrheit? Wer berücksichtigt die Interessen der MigrantInnen? Kann man Humanität quotieren?

Wie man das Einwanderungsgesetz auch dreht und wendet, es bleibt an den eigenen Erfordernissen orientiert, es suggeriert Lösungen, wo sie nicht zu finden sind und es schleicht sich an der Erkenntnis vorbei, daß Migration ein globales Problem darstellt und seine Ursachen in einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung hat. Deshalb ist der Forderung nach einem Einwanderungsgesetz die Forderung nach offenen Grenzen entgegenzu-

Muß denn der Migrationsdruck auf die reichen Länder des Nordens erst so stark werden, daß diese ihre Mitverantwortung an den Zuständen in den Herkunftsländern endlich anerkennen und zu sanieren bereit sind?

Bisher konnte Westeuropa sich dem Druck entziehen, befinden sich doch die größten Flüchtlingslager im Bereich der "Dritten Welt". Spätestens seit Bari ist aber deutlich geworden, daß die "Dritte Welt" massiv an Westeuropas Pforten gerückt ist. Das Verursacherprinzip muß endlich in der Diskussion um Migration und Migrationsdruck eine ernsthafte Rolle spielen. Auch in der Frage von Zuwanderung muß allen klar werden, daß die Zeiten nationaler Wurstelei und "Weiter so" Parolen vorbei sind, daß es hier um globale Problemlagen geht, die nur durch eine Änderung der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung, von der wir am meisten profitieren, gelöst werden können.

Unterhalb dieser strategischen Forderung nach offenen Grenzen steht die Ausdehnung von Freizügigkeit, von Bleiberecht, von Mehrfachbürgerschaft

Diese Wahrheiten mögen für die bundesdeutsche Bevölkerung unbequem sein. Viele allerdings ahnen schon, was auf sie zukommt: das Beispiel der deutschen Vereinigung spricht für sich selbst. Das "Weiter so!" ist am Ende angekommen. Der SPD kommt die Rolle zu, dies zu thematisieren, soziale Lösungsvorschläge zu unterbreiten, die CDU/CSU zu zwingen, dazu Stellung zu nehmen. Der national-chauvinistische Kurs der Regierung muß unweigerlich in die Sackgasse führen. Zur Zeit trottet die SPD auf christlich-demokratischem Wege hinter-

Anmerkungen:

- Zit. nach: Michaela von Freyhold, Überlegungen zur rassistischen Mobilisierung im wiedervereinigten Deutschland und zu möglichen Gegenstrategien, in: Kommune 1/92, S.51
- Vgl. hierzu auch die Chronik der Gewaltta gegen Ausländer, in: konkret 11 und 12/91
- Vgl. hierzu: Lutz Hoffmann, Die unaufhaltsame Einwanderung, Drei Grundirrtümer der Asyldebatte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/91, S.1469-1481
- Vgl. hierzu besonders: Wilhelm Heitmever Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen, Empirische Untersuchungen zur politischen Sozialisation, Weinheim 1989, 3. Aufla-
- ge Zur katastrophalen Lage der Jugendsozialarbeit nicht nur in den neuen Bundesländern siehe auch: Frank Schüre, Hier mal'ne Faust und da maline Faust, in: Die Zeit vom 18.10.1991, S.104 Vgl. auch: Michaela von Freyhold, a.a.O.
- Vgl. hierzu auch die Argumentation von Jost Müller, Rassismus und die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus, in: no name, das ge sichtslose studierendenmagazin nr.3 an der Uni versität Bielefeld, Oktober 1991, \$.6-13
- Vgl. hierzu: Franz Scheurer, Brauchen Flüchtlin ge und MigrantInnen ein Einwanderungsgesetz, in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, 3/91

%

%

%

Unregulierte Einwanderung als linke Programmatik? %

Replik

zu dem Teil "Einwanderungsgesetz" in dem Artikel von Biermann/Meyer

von Birgit Zoerner*
In ihrem Artikel gehen Bierman und Meyer unter der Zwischenüberschrift "Rettungsanker Einwanderungsgesetz" auf eine Frage ein, die innerhalb der Linken äußerst kontrovers diskutiert wird. Biermann und Meyer kommen zu dem Schluß, daß weder ein Einwanderungsgesetz noch folglich Kontingente einen Fortschritt in dem politischen Umgang mit den Migrationsbewegungen in der Bundesrepublik darstellen. Dieser Position möchte ich in dieser Replik widersprechen.

Zehn verschlafene Jahre

Die letzten 10 Jahr sind verschlafene und vertane Jahre für die AusländerInnen und die Einwanderungspolitik. Schon seit geraumer Zeit -und nicht erst seit Bari - fordert der mit AusländerInnenfragen befaßte Teil der politischen Linken ein Einwanderungsgesetz, das den Status der BRD als faktisches Einwanderungsland politisch anerkennt und sozialpolitisch regelt. Sie konnte sich aber mit dieser Position kaum Gehör verschaffen.

Erst die jüngere Vergangenheit - mit ihren gravierenden Veränderungen im Ost-West Gefüge und den zunehmenden Wanderungsbewegungen in die Bundesrepublik - hat diese Diskussion wieder in die breitere Öffentlichkeit zurückgeführt. Bestimmt wird sie zur Zeit von rechts und wird von dort über das Schüren von Ängsten vor einem Wohlstandsverlust und vor dem vermeintlichem Verlust gesellschaftlicher und nationaler Identität fast ausschließlich politisch instrumentalisiert. In einem wahren Durcheinander von Asyl- und Einwanderungsdiskussion gelingt es der politischen Rech-

ten fast überall in Europa, dumpfe Ängste zu mobilisieren und das Schauerbild schier chaotischer und beängstigender Zustände zu beschwören.

Fehleinschätzung bei der Beschreibung der notwendigen politischen Schritte dorthin. Wir erleben zur Zeit, wie aus dem politischen Druck, der durch die

"Linke" und "rechte" Argumentationen verwischen sich

Wenn auch aus anderen Motivationen

und Weltsichten entstanden, vermischen sich an dieser Stelle Argumentationen von links und von rechts, die vor allem die Unregulierbarkeit der Zuwanderung betonen, zu einer explosiven Ladung. Ein Teil der politischen Linken argumentiert gegen Einwanderungsgesetz und/oder Kontingente, weil er das Problem der Wanderungen ohnehin für nicht lösbar oder regelbar hält, weil dies nur durch die Änderung der ungerechten Weltwirtschaftsordnung (WWO) möglich sei. Dieser Teil der Linken kann ungeregelten Migrationen sogar etwas Positives abgewinnen, weil sich dadurch der Druck, dieses Problem endlich global anzugehen, in den betroffenen Ländern (in diesem Fall in der Bundesrepublik) angeblich erhöhe. Große Teile der politischen Rechten halten die Migration ebenfalls für unregulierbar - aber politisch unerwünscht - und treten ihrerseits für die Schließung der Grenzen, rigorose Abschiebepolitik und eine Verschärfung des Asylrechts ein. Durch die Betonung der Unregulierbarkeit - ungeachtet der jeweiligen politischen Motivation - werden die dumpfen Bedrohungsängste und die Fremdenfeindlichkeit in der BRD weiter befördert und nicht etwa Spielräume für eine fortschrittliche Politik erweitert.

Konkrete politische Etappen bestimmen

Eine Sichtweise, die die Zielperspektive der Veränderung der ungerechten WWO avisiert, ist zunächst sicherlich sympatisch, leistet aber m.E. eine eklatante dorthin. Wir erleben zur Zeit, wie aus dem politischen Druck, der durch die Migration entsteht, vor allem die "Perspektive" eines Landes bzw. Kontinentes mit geschlossenen Grenzen an Konturen und AnhängerInnen gewinnt. Ich kann bei den Verteilungskämpfen, die derzeit in unserem Land und überall in Europa stattfinden, überhaupt keinen einzigen Anknüpfungspunkt für einen Diskurs über die Notwendigkeit zur verstärkten Öffnung der Grenzen finden, der über eine einigermaßen große Popularität verfügen würde. Das Gegenteil ist der Fall. Diskursfähigkeit wäre aber die mindeste Voraussetzung, um den Kampf um die Köpfe für die Veränderung der WWO aufnehmen zu können. Aber auch in einem solchen Hegemonialkampf stellt sich die Frage nach den konkreten politischen Etappen und Reformschritten, um die in unserer Gesellschaft gerungen werden muß. Um politik- oder sogar mehrheitsfähig zu werden, bedarf es mehr als einer abstrakten Endzielbestimmung.

Ich spüre häufig in Diskussionen bei den VertreterInnen der ungeregelten Einwanderung ihr persönliches Unbehagen, sich als BewohnerIn eines reichen Landes im reichen Westen als RichterIn über die Frage aufzuspielen, wer kommen und wer nicht kommen darf. So sehr ich Verständnis für dieses Unbehagen habe, sowenig macht es uns im oben genannten Sinne politikfähig. Warum eine Position, die die Unfähigkeit der Politik angesichts der schwierigen und komplexen Lage betont, ein allumfassendes Projekt der Weltveränderung als politische Zielmarke in den Mittelpunkt rückt, das danach schreit, politisch reguliert und entwickelt zu werden, entzieht sich meinem Auffassungsvermögen. M.E. entpuppt sich der vermeintliche Rettungsanker "Nicht-Einwanderungsgesetz" und "keine Kontingente" gerade auf dem Prüfstein einer progressiven Politik als völlig untauglich.

%

Asyldebatte und Einwander rungsdebatte voneinander trennen

Ich halte es in der aktuellen Migrationsdiskussion für vordringlich, zwei Debatten voneinander zu trennen, deren gleichzeitige Behandlung nur in dem Verwirrspiel der Rechten zur Mobilisierung diffuser Ängste einen Sinn macht: der Asyldebatte auf der einen Seite und der Einwanderungsdebatte auf der anderen Seite. Wir werden in beiden Debatten nur Fortschritte erzielen, wenn uns dies gelingt und diese Fragen nicht in einen Topf geworfen werden. Nur durch eine Trennung kann auch der Druck von der Asyldebatte genommen werden. Nur so wird es möglich sein, die Debatte für die Verschärfung des Asylrechts abzuwehren und das Ziel "Kombination von Einwanderungsgesetz und Beibehaltung des Asylrechts" realistisch anzupeilen. Wer gegen das Einwanderungsgesetz eintritt, erhöht damit auch den Druck auf das Asylrecht. In dem ganzen Umfeld von Asyl - und Migrationsdebatte haben wir es mit regelrechten Horrorszenarien zu tun, bei denen das Gewicht der Argumentation - rechts wie links - vor allem dadurch an Gewicht gewinnt, das man noch eine vermeintliche Grausamkeit oben drauf setzt. Eine politische Argumentation bleibt dabei auf der Strecke, was von der rechten Seite durchaus gewünscht ist. Ich halte es deshalb für vordringlich, die rationale Auseinandersetzung wieder in den Mittelpunkt zu rük-

Für ein Einwanderungsgesetz mit Kontingenten

Ich möchte im folgenden skizzieren, warum ich für ein Einwanderungsgesetz mit Kontingenten eintrete:

1. Mit einem Einwanderungsgesetz würden verschiedenste Diskussionen wieder führbar und polarisierbar. Die Frage, warum Menschen flüchten und wie die Situation in ihren Heimatländern ist, würde bei der Begründung der jährlichen Kontingente im Mittelpunkt der Debatte stehen müssen und nicht irgendwelche diffusen Vorurteile. Wie stark dieser Teil in der Öffentlichkeit Beachtung findet, wird nicht zuletzt von der politischen Linken abhängen. Diese öffentliche Debatte müßte von uns dazu genutzt werden, eine neue Offensive in Richtung Notwendigkeit der Verän-

derung der WWO und der Lösung verschiedenster Probleme im globalen Maßstab voranzutreiben. Insofern ist die Frage, wer die Kontingente festlegt, nicht statisch zu beantworten. Sie wird maßgeblich von den politischen Konstellationen abhängen.

2. Ohne ein Einwanderungsgesetz verdammen wir jedes Jahr 100.000e von Menschen dazu, in unserem Land als Menschen zweiter Klasse zu leben. Die Frage, warum sie kommen, wer sie sind, spielt in der Debatte überhaupt keine Rolle. Im Gegenteil, wie wir zur Zeit erleben werden sie lediglich von Teilen der politischen Rechten zu einer Bedrohung stilisiert. Die Linke - in sich über mögliche Lösungen zerstritten und politisch handlungsunfähig - schafft es gerade einmal, das Recht der Menschen, in die BRD zu kommen, humanitär (bzw. polemisch ausgedrückt: moralisch) zu begründen.

3. Bei Existenz eines Einwanderungsgesetzes müssen für das festgelegte Kontingent die sozialpolitischen Voraussetzungen für die Einwanderung geschaffen werden. Dies betrifft die Schaffung von Arbeitsplätzen wie den Bau von Wohnungen und die zur Verfügungstellung von Integrationsprogrammen. Auch um diese Maßnahmen wird im politischen Bereich gerungen werden müssen. Erst durch ein Einwanderungsgesetz wird diese Frage zum Gegenstand regulativer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Hier fängt die Reformpolitik erst an. Wenn über die Qualität der Programme, über Geld etc. gerungen wird, wird die Debatte wieder führbar und politisch polarisierbar. Nur im Kampf um die verschiedenen Lösungsmuster stecken Potentiale, um in unserem Land das Kräfteverhältnis nach links zu verschieben, und Anknüpfungspunkte, um die Veränderung der WWO voranzutreiben. Erst unter so veränderten Verhältnissen könnte man überhaupt einen Hoffnungsschimmer hegen, daß ein größer werdender Problemdruck links geregelt und nicht rechts instrumentalisiert wird.

4. Dadurch daß für die EinwanderInnen die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden müssen, entzieht man der diffusen Angstmache von rechts den Boden und schafft darüber hinaus für die EinwanderInnen ein lebenswerteres Leben, sowohl was die materielle als auch die ideelle Seite betrifft. Hier spielt sicherlich eine wichtige Rolle, daß weitergehende Aktivitäten im Kampf gegen Rassismus und Veränderung

der WWO nur in Zusammenarbeit mit diesen Menschen denkbar ist. Darüber hinaus finde ich die Tatsache, daß die EinwanderInnen hier nicht auf ein ihnen so feindlich gesonnenes Klima stoßen, von erheblicher Bedeutung.

5. Last but not least haben sich die Gewerkschaften für ein Einwanderungsgesetz mit Kontingenten ausgesprochen. da sie - wie auch wir - wissen, was passiert, wenn ungeregelt Arbeitskräfte zuwandern. Nicht zuletzt ist der BDI, als ein Repräsentant eines anderen Teils der weiter oben beschriebenen politischen Rechten für eine ungeregelte Einwanderung, um einen Keil in die Gewerkschaftsbewegung zu treiben, da durch die ungeregelte Zuwanderung die Eingriffspotentiale und die Macht der Gewerkschaften verringert würden. Nun kann man sich auf den Standpunkt stellen, daß dieses Problem ein Klecks ist im Verhältnis zu den globalen Problemen. Und daß sich die Leute, die ihre Arbeit hier verlieren, deswegen nicht so anstellen sollen. Wir sollten das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Es ist recht eigentümlich, daß ausgerechnet die Linke, die die Regulierbarkeit der Politik und der Entwicklung als activalen Bestandteil diverser programmatischer Eckpunkte, wenn nicht sogar als die Philosophie ihres gesamten politischen Denkens versteht, angesichts der Migrationsbewegungen nach marktähnlichen Lösungen ruft.

Wenn wir auf dieser Erde etwas verändern wollen, brauchen wir dazu einen starken linken Block, dazu gehören auch starke Gewerkschaften.

Daß durch ein Einwanderungsgesetz mit Kontingenten nicht die allumfassend geregelte Idylle in Europa entsteht, dürfte klar sein. Probleme, wie Illegalität, wird es natürlich geben; alleine diese Tatsache reicht m.E. nicht aus, sich selbst als handlungsunfähig und dieses Land angesichts der Weltlage für faktisch unregierbar zu erklären. Wenn wir uns aufgrund des Problemdrucks achselzuckend zurücklehnen und alles, einschließlich der Menschen, auf uns zukommen lassen, wird es uns weiterhin recht gut gehen. Doch zu dem Kampf, den wir kämpfen wollten, um die Probleme zu lösen, sind wir erst gar nicht erschienen: Punkte und Sieg für den Gegner.



Birgit Zoerner, Historikerin, Mitglied der sow-Redaktion

Öffnung der SPD im Osten

 Vergangenheitsaufarbeitung in Deutschland ein Widerspruch?

von Andreas Wöllersdorf*

Carl Chung hat mit seinem Beitrag zur Situation der SPD im Osten¹ und zu dem damit untrennbar verknüpften Problem der Aufarbeitung von DDR-Geschichte eine wichtige Debatte eröffnet, die vielleicht dazu beitragen kann, daß die spw mehr wird als ein Westorgan.

Ich gehöre nicht zu denjenigen, die der Auffassung sind, daß Wessis zu dieser Debatte nichts beitragen sollen, weil sie die DDR und die Ossis ohnehin nicht verstehen könnten. Aber die unterschiedlichen politischen Sozialisationen und Identitäten müssen offen thematisiert werden, weil sie die aktuellen Sichtweisen prägen. Denn auch uns Linken geht es in unseren Zusammenhängen so wie allen anderen im vereinten Deutschland: Wie Fremdlinge bewegen wir uns im eigenen Land. Ernsthafte linke Foren - dazu rechne ich nicht die diversen Jammer-Sessions von PDS und ehemaligen DKP-Erneuerern -, auf denen der Streit ausgetragen werden könnte, gibt es in der Regel nicht. Allenfalls Ansätze finden sich in der Zeitschrift "Argument"; der sozialdemokratischen Linken scheint mir die Tatsache der Vereinigung immer noch nicht so recht ins Bewußtsein gekommen zu sein.

Reden wir über die Identitäten: Carl Chung schreibt den Artikel aus Westberliner Sicht, ich repliziere als Wossi, der seit Herbst 1990 im Osten lebt und arbeitet. Seitdem prägt mich eine doppelte Unzugehörigkeit, was mich nicht besonders stört, weil der Platz zwischen den Stühlen schon immer der produktivste war.

Im Westen streite ich mich fortdauernd, weil die Erfahrung des Zusammenbruchs der osteuropäischen Systeme immer noch nicht in ihrem ganzen Ausmaß wahrgenommen wird. Die West-Linke ist hinsichtlich des vereinten Deutschland schlichtweg politikunfähig. Dies äußert sich im dogmatischen Hinwegreden über reale Unterdrückungsverhältnisse, in der absurden Konsumismus-

Andreas Wöllersdorf, Politologe, Erfurt

Kritik einer selbst goutierenden Linken oder in einem pragmatisch-unbekümmerten "Weiter so", das die Veränderungen nicht zur Kenntnis nehmen will. Amüsiert muß ich konstatieren, daß scheinbar marxistisch geschulte GenossInnen gesellschaftlichen Verhältnissen nachtrauern, die sich als Hemmschuh der Entwicklung erwiesen haben. In letzter Konsequenz führen diese Haltungen zu einer Schlußstrich-Mentalität und zu einer Praxis, die frühere Illusionen hinsichtlich der sozialistischen Substanz der DDR-Gesellschaft tradiert. Bedenkenlos wird daher gegenüber der Ost-SPD die Forderung erhoben, daß man mit den ehemaligen SED-Mitgliedern ins Geschäft kommen müsse.

Im Osten wende ich mich gegen das elitäre "closed shop-Denken" der früheren Opposition und eine Art von Vergangenheitsaufarbeitung, die mit zu dem Eindruck beiträgt, die DDR-Bevölkerung habe nur aus inoffiziellen Mitarbeitern und Dopingsündern bestanden. Die frühere DDR-Opposition lebt immer noch in der DDR und nimmt nicht wahr, daß die Machtstrukturen heute durch den Bonner Konservatismus bestimmt werden. Weil nicht sein darf, was Mc-Bohley & Co nicht zugestehen, kann es auch keine reformorientierten, ehrlichen SED-Mitglieder gegeben haben.

Im Osten agiere ich daher mit dem Vorteil der Kenntnis westlicher, kapitalistischer Machtstrukturen, aber auch mit einer gehörigen emotionalen Distanz, da ich die spezifischen Leidenserfahrungen nicht geteilt habe. Über das MfS zu lesen, ist etwas anderes, als die Herren vor der Haustür stehen zu haben.

Der Geburtsfehler einer Pastorengründung

Carl Chung erklärt die Schwierigkeiten der Ost-SPD zu einem großen Teil ihrer Herkunft aus der DDR-Opposition geschuldet. In der Tat: Der Geburtsfehler einer "Pastorengründung" in Schwante hat zu einer sozialstruktürellen Minderheitenposition geführt. Von der sozialen Verankerung einer Volkspartei kann nicht gesprochen werden. Bleibt die Ost-SPD so, wie sie ist, ist mit ihr kein Staat zu machen, vielleicht noch nicht einmal ein gut organisierter Wahlkampf. Aber Chung bleibt die Antwort auf die Frage nach Alternativen zur Schwanter Gründung schuldig.

Die DDR war eine Gesellschaft mit extrem hierarchisierten Kompetenz/Inkompetenzstrukturen. Neben den kirchlichen Zusammenhängen konnten nur in den Staatsparteien organisatorische und strategische Qualifikationen erworben werden. D.h. im Klartext: Die Alternative zur Schwanter Gründung wäre die Konstituierung der Sozialdemokratie durch die Teile der SED gewesen, die auf eine demokratisch-sozialistische Erneuerung orientierten. Entsprechende Überlegungen gab es im Reformflügel der SED, und die SPD-West wäre, wenn ihr die Pastoren in Schwante nicht zuvorgekommen wären, diesen Weg gegangen, weil er - so meine These - in der Konsequenz ihrer entspannungspolitischen Konzeption lag.

Sozialdemokratisierung der kommunistischen Parteien - eine Alternative?

Horst Ehmke hat 1986 in einem m.E. paradigmatischen Aufsatz den Zusammenhang von "Frieden und Freiheit als Ziele der Entspannungspolitik" (so die Artikelüberschrift) untersucht. Angesichts der aktuellen Geschichtsvergessenheit in der Sozialdemokratie ist dieser Beitrag zur Re-Lektüre zu empfehlen. Ehmke setzt sich hier kritisch mit Konzeptionen einer "Entspannungspolitik von unten" auseinander. Sein damaliger Vorwurf an die entsprechenden Teile der Friedensbewegung lautete: " Eine Politik der 'Destabilisierung' der Ostblockstaaten 'von unten' läuft - ebenso wie die gerade von Herrn Hupka noch einmal propagierte Politik einer 'Destabilisierung' der kommunistischen Regime 'von außen' - im Endergebnis auf eine Liquidierung der Friedens- und Entspannungspolitik hinaus. Fühlen sich Teile der westeuropäischen Friedensbewegung in Nachbarschaft zu solchen Kräften wirklich wohl?(...)

Worum es den Menschen in Osteuropa geht, zu deren Sprecher sich die Dissidenten machen, ist die Respektierung der Menschenrechte (...) 'Freiheit ist unteilbar', hieß es schon im Prager Frühling. Eine solche Forderung des 'Alles oder Nichts' ist für die kommunistischen Regime unerfüllbar. Sie käme deren Selbstaufgabe und der sowjetischen Aufgabe des osteuropäischen Glacis gleich. Wer immer im Westen den Menschen in Osteuropa die Beseitigung dieser Regime durch Druck von außen oder von unten verspricht, betreibt lediglich Propaganda auf ihre Kosten.

Heißt das, daß die Dissidenten moralisch im Unrecht wären? Sicher nicht. Es ist für die Sozialdemokraten wichtig, sich dessen bewußt zu sein, wenn sie aus dem sicheren Hort den Menschen in Osteuropa zu Geduld und Realismus raten. Umgekehrt könnte aber eine noch so gut gemeinte Gesinnungsethik auch hier nur zu politischem Unheil führen. Zu verantworten haben wir - auch gegenüber den Dissidenten in Osteuropa - nicht unsere gute Gesinnung oder unseren guten Willen, sondern die Ergebnisse unserer Politik. (...)

Die innere Dimension der Entspannungspolitik kann weder 'Destabilisierung' noch 'Stabilisierung' heißen. Sie heißt Reform".²

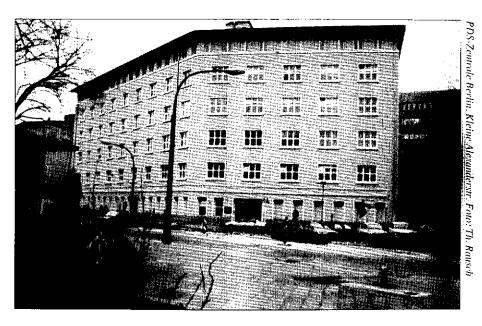
Die Entspannungspolitik war eine etatistische Friedens- und Reformpolitik "von oben", die selbst ideologische Auseinandersetzungen als destabilisierend ansah³. Solange die Politik in Moskau so war, wie sie vor Gorbatschow war, gab es hierzu keine Alternative. Es besteht kein Grund, im nachhinein die Atomkriegsgefahr kleinzureden und am Primat der Friedenssicherung - wie Tilman Fichter - zu rütteln⁴. Die Entspannungspolitik hat die Spielräume für Demokratie in Osteuropa erweitert⁵, aber die Ereignisse des osteuropäischen Umbruchs waren in ihrem Ablauf nicht Ergebnis dieser Konzeption. Denn der Umbruch war der "kurze Sommer und Herbst der Gesinnungsethiker" - weil Gorbatschow dies "von oben" zuließ. Die sozialdemokratische Entspannungspolitik erkannte nicht diesen Wendepunkt und zielte weiterhin darauf, daß demokratische Rechte "von oben" gewährt und nicht "von unten" erkämpft werden. Der Schlüssel hierfür war die

Sozialdemokratische Entspannungspilitik: Demokratisierung hieß Sozialdemokratisierung der kommunistischen Parteien.

schon von Ehmke anerkannte und später im SPD-SED-Ideologiepapier proklamierte Reformfähigkeit der kommunistischen Parteien. Zugespitzt formuliert: Demokratisierung hieß in dieser Konzeption Sozialdemokratisierung der kommunistischen Parteien.

Diese Option einer Sozialdemokratie-Konstituierung aus Teilen der SED, die

schrittliche Kräfte - gerade aus dem Bereich der Intelligenz - abgeschreckt. Die Bundespartei hat sich schnell und opportunistisch den Dämonisierungen der DDR und der SED angepaßt und betreibt sie teilweise bis zum heutigen Tag eifrig mit. Sie hat damit nicht nur den neokonservativen Angriffen auf die Entspannungspolitik selbst das Feld bereitet, die nach dieser erfolgreichen Dämonisierung der SPD den Vorwurf einer Appeasement-Politik machen konnten. Sie hat auch und gerade Menschen, denen es um eine Reform der SED ernst war und die vielleicht mit dazu beigetragen haben, daß der Machtapparat nicht zugunsten einer blutigen, "chinesischen Lösung" eingesetzt werden konnte, in



durch die frühzeitige SDP-Gründung blockiert war, hätte sicherlich zu einem größeren Maß an effizienter politischer Arbeit und zu einer sozialstrukturell breiteren Basis geführt. Sie hätte gleichwohl zu tiefgreifenden Legimitationsdefiziten und -krisen geführt, wie sich am Beispiel der CDU und ihrem Blockpartei-Arrangement zeigen läßt.

Der "Schwanter Weg" war angesichts der unabsehbaren Folgeprobleme der "SED-Option" doch die bessere Alternative. Das Problem besteht m.E. weniger in der Gründungskonstellation als vielmehr darin, daß in der weiteren Entwicklung die sozialstrukturelle Minderheitensituation der Ost-SPD nicht aufgebrochen, sondern eher zementiert wurde. Der Gang in die Große Koalition und insbesondere die Zusammenarbeit mit der stockreaktionären DSU hat fort-

die politische Apathie oder in die Arme der PDS getrieben, statt sie für die SPD zu gewinnen. Die Auseinandersetzungsformen mit der PDS - von den Sondereinsatzkommandos zum "Archivstudium" bis zur Ausgrenzung von Walter Janka aus der Enquete-Kommission des Bundestags - sprechen einer demokratischen, pluralistischen politischen Kultur Hohn. Es sind die Däubler-Gmelins und Limbachs, die Gregor Gysi unterstützen, seinen Laden zusammenzuhalten.

Es mag ein Glücksfall sein, daß die SPD nur in Brandenburg zur Regierungspartei wurde. Ein flächendeckender Wahlsieg in den neuen Ländern hätte die fehlende soziale Verankerung und fehlende Kompetenz der Ost-SPD, kurzum das Fehlen einer demokratischen politischen Klasse evident werden lassen. Es wäre

ein sozialdemokratischer "brain-train" Richtung Osten in einem kaum zu realisierenden Ausmaß nötig gewesen. Die Ost-SPD muß sich öffnen, und die-

Die Ost-SPD muß sich öffnen, und dieser Öffnungsprozeß hängt nicht nur, aber doch entscheidend davon ab, wie sie mit der DDR-Vergangenheit umgeht.

Biographien im Spannungsfeld von Anpassung und Widerstand

Hinsichtlich der Vergangenheitsaufarbeitung schwankt Chung zwischen zwei Ebenen, die zusammengedacht werden müßten. Einerseits stellt er mit Recht fest: "Das Problem der moralischen Schuld in einer Gesellschaft, die durch ein undemokratisches, repressives, autoritär-bürokratisches System geprägt wurde, läßt sich nicht einfach personalisieren" und fordert "eine ernsthafte politische Analyse des zentraladministrativen Staatsozialismus...(und) seiner Wurzeln". Gegen dieses umfangreiche Forschungs- und Arbeitsprogramm ist nichts einzuwenden. Nur kann ich mir den Hinweis nicht verkneifen, daß ein solches Programm, vor dessen Umfang ja auch wir selbst zurückschrecken, weder von der Ost-SPD noch von der Gesamtpartei zu realisieren sein wird. Wir sollten die Partei doch nicht gar so arg intellektuell überfordern.

Auf der anderen Seite hält Chung an der Notwendigkeit einer individuellen Entscheidung des Ortsvereins bei der Mitgliederaufnahme fest. Dies bedeutet aber notwendigerweise eine "Personalisierung" von Geschichte, die ich auch für notwendig halte, gerade weil eine Sichtweise überwunden werden muß, die die DDR auf die "politische Gesellschaft" mit ihren Repressionsstrukturen reduziert. Da die Menschen Geschichte machen und die Gesellschaft Handeln nicht determiniert, sondern ein Feld von Möglichkeiten strukturiert, geht es um die politische und moralische Beurteilung gewählter individueller Handlungsoptionen. Auf dieser Ebene helfen uns keine Hinweise auf das Organisationsstatut und keine schlechte Alltagslyrik von "Irrtum und Schuld" aus dem Berliner Programm. Chungs Konstruktion des "fehlbaren Menschen" hier der Verfassungsschützer/West unter sozialdemokratischer Verantwortung, da der ehemalige Stasi-Obrist/Ost - ist ein wechselseitiger Entschuldungskomplex. Gesetzt den Fall, der Genosse Chung erfährt, daß ein sozialdemokratischer Verfassungsschützer seine Redebeiträge Je nach dem, wie es uns gernde politisch patit, schwanken wir offensichtlich zwischen moralischen Rigorismus und moralischer Entlastung.

auf der Distriktversammlung sorgfältig und pflichtbewußt mitgeschrieben und an sein Amt weitergegeben hat. Kommt Chung diesem Verfassungsschützer mit Johannes 8,7? Ich hoffe, die Jusos sind nicht gar so pastoraler Gesinnung. Je nach dem, wie es uns gerade politisch paßt, schwanken wir offensichtlich zwischen moralischem Rigorismus und moralischer Entlastung.

Geschichte und Geschichtsaufarbeitung muß auch personalisiert werden, weil sich die meisten Biographien einer Logik der Eindeutigkeit entziehen. Die DDR funktionierte, weil (fast) alle funktionierten. "Für die DDR besteht das Fragwürdige in der Unmerklichkeit, mit der das persönliche Arrangement mit den gesellschaftlichen Normen, stillschweigend oder durch Lippenbekenntnis begründet, übergehen konnte in eine Komplizenschaft^{*6}. Die Biographien im Spannungsfeld von Widerstand, Opportunismus und Täterschaft können nicht an formalen Kriterien - sei es Parteimitgliedschaft, sei es Arbeitsplatz - bemessen werden. Die SED war nicht nur die Partei eines Mielke und Honecker, sondem auch die eines Walter Janka, Jürgen Kuczynski oder einer Steffi Spira, und letztere haben vielleicht mehr verändert als mancher Fundamental-Oppositio-

Und was machen wir mit demjenigen, der eine Zeitlang für das MfS gearbeitet, später aber damit gebrochen und sich für Reformen eingesetzt hat? Welcher Teil dieser Täter/Opfer - Biographie hat mehr Gewicht? Ich stimme Christoph Hein zu, "auch diesen Aspekt mit dem Namen Stasi und Stasi-Spitzel unter das übergreifende Thema Anpassung, Anpassungsdruck, Anpassungsbereitschaft oder Verweigerung zu stellen"

Moralischer Fundamentalismus oder Versöhnung

Auf dem Feld der Vergangenheitsaufarbeitung zeichnen sich zwei Pole ab: Ein Teil der früheren DDR-Opposition agiert mit einem moralischen Fundamentalismus, so daß man ihr - wie wei-

land Brecht der SED - getrost empfehlen kann, sich ein anderes Volk zu suchen. Dabei wird nicht nur geflissentlich unterschlagen, daß sie ihre Nischen-Fundamentalopposition den Spielräumen verdankt, die Entspannungspolitik, evangelische Kirche und SED-Reformer erst geschaffen haben. Der moralische Fundamentalismus legitimiert den militanten Antikommunismus des Konservatismus und sein Projekt des "Totalabrisses" der DDR. Daß Bärbel Bohlev ihre Attacken in jenem Organ vollführen kann, das hierzulande für die "Vergangenheitsaufarbeitung" durch Relativierung der nazistischen Verbrechen zuständig ist, ich meine die FAZ, illustriert diesen Zusammenhang. Auf der Basis von mal mehr, mal minder fragwürdigen Indizien und mit der Autorität des DDR-Oppositionellen werden öffentliche Vorverurteilungen produziert, die die demokratische Kultur schwer beschädigen. Wir sind wieder so weit, daß der Beschuldigte seine Unschuld beweisen

Auf der anderen Seite wird ein "Projekt der Versöhnung" gefordert, vor allem, um sich den Gegenwartsaufgaben des demokratischen Neuaufbaus zu widmen. In der Tat hält eine bestimmte Art von Vergangenheitsbewältigung die Gesellschaft so unter Spannung, daß sie von Gegenwartsaufgaben und damit von der Politik der Bundesregierung und Treuhand ablenkt und diese objektiv entlastet. Ein beachtlicher Teil der West-Linken unterstützt diese Position der Aussöhnung. Das ist insofern überraschend, als die fundamentalistische Gesinnungsethik einer Bohley der West-Linken in anderen Fällen durchaus eigen ist. Möglicherweise ist dieser Positionswechsel eine Form, um sich vor der Verbrechensgeschichte des "Realsozialismus" zu immunisieren. Vergessen wird dabei, daß Günter Gaus seine Position ausdrücklich in Absetzung von dem moralischen Rigorismus der 68er - Bewegung formuliert, das Anpassungsverhalten ausdrücklich als "Menschenrecht der Schwachen" begreift und eben nicht denunziert. Und Egon Bahr fordert die Versöhnung in Analogie zur Integration von NSDAP-Mitgliedern nach 1945 in der Alt-Bundesrepublik.8 Mag sein, der Gaus'sche Pessimismus erweist sich als ein realistisches Menschenbild. Aber wenn sich die West-Linke dies zueigen macht, müßte sich auch ihr Bild von der Frühgeschichte der Alt-Bundesrepublik gravierend wandeln: "1968" - als Chiffre der Faschismusaufarbeitung - wäre eine notwendige und unausweichliche Verspätung.

Die Gefahr dieser Position liegt darin, daß sie möglicherweise Verdrängungsmechanismen befördert.

Die Ost-SPD: Ein selbstgerechtes Völkchen?

Die m.E. offene Frage ist, ob und wie

ein "Projekt der Aufklärung" und ein "Projekt der Aussöhnung" (ich weiß, das ist eine seltsame Kategorie in einer marxistischen Zeitschrift) verbunden werden kann. Formationstheoretische Betrachtungen helfen hier nicht weiter. Ausgangspunkt einer solchen Verbindung könnte der Gedankengang Wolfgang Thierses sein, "daß auch die Geschichte dieses realen Sozialismus eine Geschichte von Idealen gewesen ist, eine Verwirklichungsgeschichte von Idealen, ich habe hinzugucken: was ist mit denen passiert, was ist da schiefgegangen, wie war der individuelle Anteil...Und da muß ich sehr genau hingucken. Blinder Antikommunismus stört. Was wir leisten müssen in diesem deutsch-deutschen Prozeß: daß wir uns nicht nur Vorurteile an den Kopf werfen, sondern unsere Biographien erzählen"9. Und genau hier liegt ein zentrales Problem großer Teile der Ost-SPD: Die Ortsvereine sind in der Regel nicht der Raum, um "Biographien (zu) erzählen", sondern Inquisitionstribunale. Ein bigottes, selbstgerechtes Völkchen, das zumeist aus Durchschnittsopportunisten besteht, die ihre Biographie auf Widerstand umprogrammiert haben, führt über iedes potentielle Neumitglied nach rein formalen Kriterien und mit Universalverdächtigungen Gericht. Wage ja keiner vom Traum einer besseren DDR oder vom Sozialismus zu reden. Verweise auf das Berliner Programm werden niemandem nutzen, da es keiner kennt. Da werden DGB-Sekretäre abgelehnt, weil die Gewerkschaften als "Altlast"verdächtig angesehen werden, da werden Bewährungsfristen vorgeschlagen wie zu Zeiten des SED-Kandidatenstatus oder Studienfachwechsel als lotterhafter, in der sauberen Ost-SPD ungern gesehener Lebenslauf ausgelegt. Das ist leider keine satirische Übertreibung, sondern erlebte, bittere Realität. Man kann keinem Jugendlichen anraten, sich solch einem beschämenden Verfahren auszusetzen. Viele Ost-Ortsvereine bewegen sich in der Gesellschaft mit einer Wir brauchen Foren und Projekte, die die SPD zu Schlüsselgruppen der Gesellschaft öffnen.

Mentalität, die für eine Partisanengruppe in Feindesland angemessen ist. Es sind Sekten, die alles dafür tun, Sekten zu bleiben.

Die Ost-SPD muß von oben reformiert werden

Die einzig funktionsfähigen Teile der Ost-Sozialdemokratie sind die jeweiligen Parlamentsfraktionen. Sie müssen die Partei "an die Kandare" nehmen, weil nur so ein realitätstüchtiger und effizienter Politiktyp durchsetzbar ist, der sich bei allen Mängeln zumindest in den Fraktionen entwickelt. Die Ost-SPD ist zu öffnen, aber nur mittels einer "Reform von oben". Ich weiß, daß solche Überlegungen den in dieser Zeitschrift gemachten Vorschlägen einer Parteireform widersprechen. Aber dort, wo von einer Parteiorganisation im eigentlichen Sinne noch nicht gesprochen werden kann, die jeweiligen Ebenen unabhängig und uninteressiert nebeneinanderher existieren und dabei mental noch in der Vergangenheit leben, kann der "Laden" basisdemokratisch nur weiter heruntergewirtschaftet werden.

Da große Teile der Ost-SPD über ein erschreckend niedriges Qualifikationsniveau verfügen und politisch daher kaum artikulationsfähig sind, kommt einer systematischen Funktionärsschulung (von Rhetorik bis zum Parteiprogramm) eine wichtige Rolle zu. Die Ost-SPD hat ihre Identität in Auseinandersetzung mit den Strukturen der DDR entwickelt, ihre programmatische Identität in einem kapitalistischen Deutschland noch nicht gefunden.

Dieser Öffnungsprozeß wird sich jedoch - entgegen den Wunschvorstellungen Chungs - nicht in schnell steigenden Mitgliederzahlen ausdrücken. Das Parteimodell politischer Artikulation ist viel zu stark diskreditiert, als daß dies erwartet werden könnte. Was wir vor allem brauchen, sind Foren und Projekte, die die SPD zu Schlüsselgruppen der Gesellschaft öffnen und zeitlich begrenztes Engagement ermöglichen. Zu denken ist beispielsweise an offene Regionalkonferenzen zur Strukturpolitik, um ein gewerkschaftliches Standbein zu

gewinnen oder an spezifische Angebote für die Intelligenz (Kulturforen etc.). Hier sind durchaus Parallelen zur o.g. Parteireformdebatte erkennbar. Die Ost-SPD könnte in einem solchen Prozeß, auch Vertrauen zu den Menschen in ihrer Gesellschaft gewinnen.

Die Ost-SPD sollte sich keinen "mittelgroßen Kreisverband West-Berlins" zum Vorbild nehmen, dessen Basis weiter abschmilzt, der - von wegen Volkspartei - schon längst nicht mehr die Gesellschaft repräsentiert und von ähnlichen Abschottungsmechanismen geprägt ist. Sie müßte sich auf den Weg machen zu einer offenen "Partei neuen Typs", die sich auf die bescheidenere Funktion von Parteien im Postfordismus einstellt.

Aber dies werden schöne Schreibtischüberlegungen bleiben, wenn es nicht gelingt, den ökonomischen Zerstörungsprozeß in Ost-Deutschland zu stoppen und - in einem langwierigen Prozeß - einheitliche Lebensverhältnisse herzustellen. Mit dem Fortdauern der Deindustrialisierung werden diejenigen Menschen abwandern, deren Qualifikationen und Kompetenzen für die Verankerung einer demokratischen Kultur dring benötigt werden. Die neuen Länder wirden dann nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch-kulturell eine abhängige Krisenregion. In letzter Instanz bleibt nun mal die Ökonomie das bestimmende Moment.

Anmerkungen

- Carl Chung: Öffnung oder Inquisition die SPD im Osten. In: SPW Heft 63, S. 10-16
- In: Horst Ehrnke et al (Hrsg.): Zwanzig Jahre Ostpolitik. Bilanz und Perspektiven. S.279-292, Bonn 1986
- vgl. hierzu kritisch Peter von Oertzen: Entspannungspolitik nach dem polnischen Winter. Sozialdemokratische Friedenspolitik zwischen Utopie und Status quo-Denken. In: ders. Für einen neuen Reformismus, S. 93 - 102, Hamburg 1984
- vgl. Tilman Fichter: Die SPD und die nationale Frage. In: NG/FH 4/92, S. 353-359 und die Replik von Peter Glotz: Fichter und Fichte. In: ebd. S.359-362
- 5 vgl. aus der Sicht eines ehemaligen SED-Außenpolitikers Manfred Uschner: Die Ostpolitik der SPD. Sieg und Niederlage einer Strategie. Berlin 1991.
- Günter Gaus: "Es ist an der Zeit, daß einer aufsteht und nein sagt" In: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/92, S.289-301, hier S.294
- 7 Christoph Hein: Die Mauern von Jerichow. Mit Selbstgerechtigkeit läßt sich die deutsche Geschichte nicht aufarbeiten. In: Freitag 14.2.1992
 8 Egon Bahr: Nachdenken über das eigene Land.
- In: Manfred Uschner a.a.o. S. 211 227, bier insbesondere S.214. Der Text stammt aus dem November 1990.
- 9 In: Günter Gaus: Neue Porträts in Frage und Antwort. Berlin 1992, S.48

Zur Beteiligung der SPD an der Inquisation im Osten

Das von Carl Chung erarbeitete und im Heft 63 SPW veröffentlichte Diskussionspapier war in meinen Augen längst fällig; ob es aber den gewünschten Erfolg hat, ist sehr zweifelhaft, da es bisher nur die Meinung eines Einzelnen zu sein scheint. Wo bleibt der offizielle Standpunkt der SPD zu diesem heiklen Thema? Warten wir es ab - was nicht ist kann noch werden. Einer muß ja den Anfang machen. Mich jedenfalls hat das Papier dazu angeregt, nach Jahren erstmals wieder etwas zu schreiben. Bei dem bisherigen Verhalten der SPD - das mehr zur Inquisation als zur Öffnung neigt braucht sich niemand zu wundern, daß es keinen großen Mitgliederzustrom zur SPD im Osten gibt.

Ich war überzeugtes Mitglied der SED, mit der Zeit jedoch zunehmend von dem Wunsch beseelt, den moralischen Verfall der Partei aufzuhalten, und zum Schluß mit der Einsicht, daß mit diesem Politbüro nichts mehr zu machen ist.

In der Wendezeit war ich für die Auflösung der SED und ich hätte mich gem einer anderen Partei angeschlossen, wenn es eine wie die frühere SPD (bis 1913) gegeben hätte. Die PDS in ihrer jetzigen Zusammensetzung (relativ viel unbelehrbare Alte, die ihre Parteirente nicht verlieren wollen, und junge Illusionisten, die wie früher noch alles geschenkt haben möchten) erinnert mich noch zu sehr an die SED. Trotzdem ist die PDS zur Zeit die einzige echte Opposition zur kapitalistischen Regierung und sie hat deshalb noch meine Sympathie. Wer, wie auch die SPD, die DDR als Unrechtsstaat und die SED als kriminelle Vereinigung behandelt, darf sich nicht wundern, wenn alle, die in diesem Staat "etwas geworden sind" oder sich etwas geschaffen haben, sich beleidigt abwenden, falls sie noch etwas Ehrgefühl haben.

In vielem bin ich mit Chung einer Meinung - aber nicht in allem. Für mich braucht sich die SPD nicht zu öffnen. wenn sie sich nicht mehr ihrer kämpferischen, internationalistischen und antikapitalistischen Wurzeln erinnert; ich wäre schon zufrieden, wenn sie ihre inquisitorische Rolle als "Gralshüter der lauteren Moral" aufgeben würde.

Wenn es zwischen den West- und Ostlinken zu einer Übereinstimmung kommen soll, muß der Westen aufhören, alles im Osten madig zu machen. Nicht einmal

vor dem Sport macht man halt. Von der kapitalistischen Konkurrenz braucht man nichts anderes zu erwarten - aber wo bleibt die Solidarität und Ehrlichkeit der Linken? Trotz aller Horror- und Greuelmeldungen über das "Unrechtssystem" in der ehemaligen DDR hat es bis heute (mit Ausnahme der hohnsprechenden Urteile über die sogenannten Mauerschützen) noch keine bedeutenden Gerichtsprozesse gegeben.

Was ich von einer linken Partei erwarte ist in erster Linie Ehrlichkeit und eine humanistische Gesinnung. Meine Erfahrungen mit den Menschen, insbesondere in der letzten Zeit, lassen mich aber daran zweifeln, daß es demnächst eine solche Partei geben wird. Für die nächste Zeit kann ich mir, wenn überhaupt, höchstens einen Verein oder Club für humanistische Aufklärung vorstellen, maximal als Flügel innerhalb einer linken Partei.

Alfred Bergmann, Magdeburg

Die "neue" spw

Das neue SPW-Format gefällt mir recht gut. Wenn Ihr noch einige grobe Layout-Fehler (der ersten Ausgabe '92) beseitigen könnt, werden - hoffentlich - auch die Meckerhänsels und -gretels von der lifestyle-Fraktion ruhiggestellt.

Dennoch zwei Kritikpunkte:

Müssen wir die Langeweile in der real existierenden Sozialdemokratie wirklich auch noch so breit dokumentieren? Warum zwei Seiten für einen Beitrag, dessen Message man wirklich kurz fassen kann: "ich bin gewählt., gez. Ralf Krämer". Die SPD-Beiträge sind in der Regel eine Ansammlung hilfloser Floskeln - die Partei müsse dies, die Partei müsse das -, die zeigen, daß wir über eine Sozialdemokratie-Analyse nicht mehr verfügen, aber aus Gründen der Gewohnheit weiter in der Partei mitspielen. Kurzum: Ich wünsche mir analytischere Zugänge.

Die GenossInnen reden zwar viel über kulturelle Hegemonie, aber ihre Alltagskultur scheint sich auf die Lektüre tröger Sachliteratur zu reduzieren. Ich muß gestehen: An normalen Arbeitstagen lese ich lieber Krimis statt Tjaden, und am Samstag ist die "Sportschau" angesagt. Wo bleiben die Beiträge zu Fangprojekten und Heiner Müller, zu Katrin Krabbe und No Wave, zur "großen Utopie" in der "Schirm" und zu den neuesten

Kinofilmen?... Andreas Wöllersdorf, Erfurt

DRITTE

Monatsmagazin für internationale Politik, Wirtschaft und Kultur

Nr.1-2/Jan. - Feb. 1992

500 Jahre Conquista

im Zeitalter der Entdeckungen « Evangelisierung mit dem Schwert Spanien in Feststimmung Nach-Denken über den Golfkrieg = Friedensprozeß in Kambodacha = Algerien: Zukunft im Vorgestern = Außerdem: Naher Osten, Südafrika

Nr. 3/Mārz 1992 Fluchtpunkt Religiosität

Fundamentalisten unter uns « Rundfunk, die "Luftwaffe" der Mission = Kalter Wind aus Rom - Siegeszug der Islamischen Fundamentalisten Westsahara: Widerstand und Hoffnung = Frieden in El Salvador? = Frauen in Palästina - Außerdem: Kenia, Zentralasien 40 Seiten, 6.50 DM Probeabo: 3 Hefte für 10 DM; keine automatische Verlängerung Jahresabo: 60 DM bzw. ermäßigt 50 DM, Ausland 66 DM

Coupon bitte einsenden an: Interabo, Postfach 103245, 2000 Hamburg 1 Ich möchte

in DRITTE WELT Probeabo (gegen Vorkasse: 10-DM-Schein oder Scheck)

☐ ein DRITTE WELT Jahresabo

Vomame, Name			
Straße			
PLZ, Ort			

Datum, Unterschrift

Vertrauenegarantie: Ich weiß, daß ich die Bestei-lung innerhalb einer Woche bei Interabo, Wenden-straße 25, 200 Hamburg 1 widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift, Zur Frietwehrung genügt die rechtzeitige Absendung

Datum, Unterschrift

KURZUM

Uwe Kremer

Von vielen "Linken" längst als Dinosaurier des fordistischen Zeitalters abgeschrieben, haben sich die Gewerkschaften in diesem Frühjahr mit einer Vehemenz und einer Breite in die sozialen Auseinandersetzungen hineinbewegt, wie es seit den Kämpfen um die Arbeitszeitverkürzung nicht mehr der Fall war. Ich denke dabei nicht nur an die ÖTV, die IGM und die IG Medien, sondern auch an den erfolgreichen HBV-Streik bei den Banken. Alles dies zeigt eines: "Lohnabhängigkeit" ist keine Kategorie von gestern - nur noch brauchbar für die Erwerbsstatistik, sondern eine konfliktträchtige soziale Größe, die Massen - auch unter den "Dienstleistern" - bewegen kann.

Dies läßt sich aus dem Interview mit HBV-Vorsitzenden Lorenz Schwegler ebenso ablesen wie aus dem Gespräch, das wir mit dem IGM-Bevollmächtigten Heinz Bierbaum in der

"Dienstleistungsmetropole" Frankfurt (am Main) geführt haben. Klar ist dabei allerdings: Die Abhängigkeit vom Lohn (und damit auch vom Lohnarbeitsplatz) und die entsprechenden materiellen Interessen sind die "Basis" der Gewerkschaftsbewegung. Aber immer bedeutsamer scheinen auch Interessen zu werden, die sich auf soziale Anerkennung, individuelle Entfaltung, offene Kommunikation und ähnliche Momente richten.

Allerdings hängt mir dieser Hinweis ehrlich gesagt zum Halse heraus. Denn wenn diese Interessen in der "linken" Debatte aufgerufen werden, verliert sie sich schnell in schwabblig-schwalligen Worthülsen - wenn's hoch kommt, noch ein wenig mit Gramsci und etwas Freizeit- und Milieutheorie aufgemotzt. Petra Frerichs versucht nun anhand der Rolle von Frauen in der betrieblichen Interessenvertretung die ganze Geschichte auf den Begriff zu bringen: Sie spricht von symbolischen Interessen. Man sollte darüber nicht hinweglesen. Denn wenn eine solche kategoriale Zusammenfassung möglich ist, dann gibt es wohl auch eine "symbolische Reproduktion" der Menschen (genauso wie es eine materielle gibt), ein System von Zeichen, in dem sich Prestige, Identität und Differenz entwikkeln - und zwar auch als sozialer Kampf um "Prestige".

Und besteht nicht insofern eine Verbindung zwischen materieller und symbolischer Reproduktion, zwischen Lohnabhängigkeit und persönlicher Identität, als es bei jedem sozialen Kampf immer auch

um das "Prestige" der Kämpfenden geht (was bei jedem Streik klar und deutlich hervortritt)? Ein Prestige, das natürlich immer mit der eigenen beruflichen Rolle. den eigenen Oualifikationen und Kompetenzen, zu tun hat. Die Aufarbeitung der "symbolischen Interessen" ist ein theoretisches Arbeitsprogramm, das helfen könnte, manche Nebelschwaden in gewerkschafts-, jugend- und frauenpolitischen Diskussionen zu lichten.

Unverdrossen gehen wir den Problemen der "Neuen Weltordnung" (NWO) nach mit einer sicherheitspolitischen Strategiebestimmung (Katrin Fuchs), einem Blick auf die Rio-Konferenz (Michael Rüter) und einer Diskussion um die Frage des Einwanderungsgesetzes (zwischen Uta Biermann/Dirk Meyer und Birgit Zoerner). Auf der Frühjahrstagung des "Projektes Moderner Sozialismus" haben wir diese Fragen auch mit unseren AutorInnen Klaus-Peter Weiner und Sabine Kebir erörtert. Und dort wurde auch folgendes Vorhaben "beschlossen":

Nach unserem ersten großen Kongreß im Dezember 1989 soll im März 1993 ein zweiter großer ProMS-Kongreß unter dem (vorläufigen) Titel "Die Euro-Linke in der neuen Weltordnung" stattfinden. Wir wollen dort versuchen, unsere NWO-Debatte mit Strategien und Projekten einer "Euro-Linken" und eines "neuen Internationalismus" zu verbinden (vergl. auch den Bericht über das Juso-Linken-Forum in diesem Heft): von "SOS Rassismus" bis "EuroSolar". Alles weitere in kommenden Heften . . .

Verlag Westfälisches Dampfboot

Für die Grünen firsg. von Barbara Böttger und Gert Fieguth Zukunft der

Informationstechnologie 1992 - 282 S - DM 36 00 - 3-924550-53-0

Anknüpfend an eine Gesetzesvorlage der Bundesregierung versuchen die Au-torinnen - Teilhehmerfinnen eines Hearing der GRUNEN im Bundestag - die Bereiche und die An der Veränderung genauer abzustecken und ihre Folgen für die Bevolkerung zu verdeutlichen Eine aktuelle Textzusammanstellung, die so-wohl innerhalb der GRÜNEN wie für die Auseinandersetzung mit den politischen Gegnem von großer Bedeutung ist. Zu den Autorinnen gehören u.a.: Herbert Kubicek, Marcrit Falck, Barbara Mettler Meiborn, Claus Eurich, Otto Ulrich, Mike Cooley, A. Wittkowsky.

Die Zukunft des Marktes

Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des 'real existierenden' Sozialismus. (2. durchges. Auflage, 992 - 386 S. - DM 38,00 - 3-924550-68-9

"Auf hohem theoretischem Niveau, sprachlich und analytisch den geschichtlichen und aktuellen Boden der Realität nicht verlassend, lesefreundlich" Vorwärts

Jürgen Hoffmann/ Hildegard Matthies/ Ulrich Mückenberger (Hrsg.) Der Betrieb als Ort ökologischer Politik

Am Beispiel einer Schadstoffgruppe 1992 ca. 300 S. ca. DM 38,00 - 3-924550-64-6

Mit dem vorliegenden Band wird - in dieser Konsequenz erstmalig - die Produktion und Verwendung ökologisch riskanter Stoffe am Entstehungsort thematisiert. Es gent um die Frage, wie Ökologie im Betrieb und in betrieblicher Politik verankert und Raum für sozialverträgliche Lösungen geschäffen werden kann. Dabei werden konkrete Lösungsvorschläge zu entwickeln versucht.

Gesamtverzeichnisse beim Verlag 4400 Münster - Dorotheenstr. 26a Tel. 0251 / 6086080

spw

das Magazin
der
sozialdemokratischen
Linken,

das Magazin für einen sozialistischen Dialog.

In den nächsten Heften:

Kapitalismus ohne klassen ?
Informationsgesellschaft